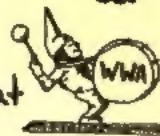


WIR WOLLEN ALLES

Doppel-Ferien Nummer 27/Juni 1975 2-

INHALT:

Neues vom Rechtsstaat



Ruhr-Info,
Abt. I
27/2741
520 635

Entlassungen bei Audi/NSU
Jugendhauskampf in Wertheim

Spanien/Portugal/Italien

WIR WOLLEN ALLES

Verlag: Politladen Erlangen

V.L.S.d.P.: Achim Bergmann, München, Josephsburgstr. 16

Bestellungen für Wiederverkäufer (mit 33 % Rabatt ab 15 Exemplar
SOVA, 6 Frankfurt 90, Postfach 900832

Postanschrift: WWA c/o SC, 6 Frankfurt 1, Postfach 420;

Bibliothek des Ruhrgebiets



30227529



Aufruf

Der Sieg in Vietnam ist ein entscheidender Anfang

Mitte der sechziger Jahre wurde Vietnam zum Spanien unserer Epoche, zum exemplarischen politischen Konflikt nach dem zweiten Weltkrieg und auch zur Scheidemünze der politischen Lage in den USA und in Westeuropa. Heute ist das Land von Fremdherrschaft befreit – ein großer, historischer Sieg. Währenddessen ist Spanien noch immer der Franco Diktatur unterworfen.

Und doch gab es hier in der Linken mehr ein Aufatmen als glückliche Begeisterung. Die Gründe hierfür liegen zunächst im Versagen der Vietnam Kampagnen nach Abschluß der Pariser Waffenstillstandsabkommen Anfang 1973, das Problem schien gelöst oder zumindest verlagert. Weiter hat die schwere Niederlage des chinesischen Volkes einen Schatten auf die stetige Entwicklung in Südostasien geworfen.

Schließlich ist die westeuropäische und die US-amerikanische Linke mit den weltpolitisch-ökonomischen Erschütterungen selbst in eine Krise geraten und von Zersplitterung, Engeirigkeit und auch Angst gekennzeichnet. Denn die unterliegenden tausend staatlichen Schikanen und Hexenjagen im Stile McCarthy's, besonders in der Bundesrepublik, so hat das reifende innenpolitische Engagement

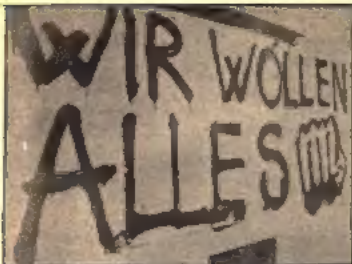
Aber auch die Lage in Vietnam nach der letzten großen Offensive mit dem Namen Ho Chi Minh ist nicht nur zum Jubeln. Zwar lehrt die siegreiche Machtübernahme durch die Volksbefreiungsarmee auch, wie human revolutionäre Änderungen von solcher Tragweite vollzogen werden können. Und ein Leben in Frieden scheint gesichert. Doch ist der Sieg über das US-Imperium und seine Statthalter in Saigon nur eine, wenngleich entscheidende Etappe der nationalen und sozialen Befreiung, einer Befreiung, die mit komplizierten religiösen, ethnischen und sozialen Klassenverhältnissen, besonders in Südvietnam zu rechnen hat.

Vor allem sind die Menschen, das Land und die Städte von dem grauenhaften Krieg schwer geschädigt. Die Opfer sind es auch, die unsere Freude dämpfen. Viele Kriegsverbrechen sind nicht wieder gut zu machen.

Gerade deshalb bleibt viel zu tun, um Vietnam wieder zu einem blühenden Land zu machen. Deshalb rufen wir auf zu helfen beim materiellen Wiederaufbau Vietnams, rufen wir auf, die soziale Befreiungsbewegung weiter mit allen Kräften zu unterstützen!

Für eine neue Vietnam-Hilfe!

Rudi Dutschke, Erich Fried, Brigitte Heinrich

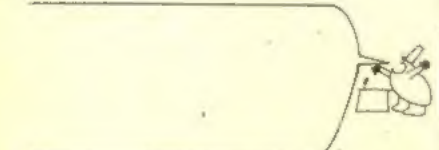


Dies hier wird erst einmal die letzte Ausgabe der WWA sein. Wo wir die Zeitung einfach nicht mehr so weitermachen können bzw. wollen!

Schon diese Nummer hier ist nur noch von einem Teil der alten Redaktion gemacht worden und wir wollen damit auch Klarheit über den aktuellen Zustand und die Perspektiven der WWA verschaffen - Klarheit, soweit wir sie selbst haben.

Im März dieses Jahres, gerade als wir dabei waren, die letzte Nummer der WWA mühsam zusammenzustellen, war innerhalb des Redaktionskollektivs die Kacke am Dampfen vor sich um im den Redaktionsleistungen immer mehr an, jeder ging nur noch aus irgendeinem diffusen Pflichtbewusstsein hin, immer weniger von den Ansprüchen, die wir im Kopf hatten, wurden eingelöst, die vielen Kleinigkeiten, die eigentlich zu machen waren, blieben liegen Bis wir schließlich einen ganzen Sonntag Nacht lang uns zumindest einen Teil des Ärgers von der Leber redieren, der sich in der Zeit davor so angesammelt hatte. Dadurch wurden wir zwar befähigt, die anstehende Märznummer doch noch fertigzustellen (und sie wurde relativ zu den vorhergehenden Nummern unserer Meinung nach ausserordentlich glücklichem Zufallfall sogar ganz gut), aber andererseits war damit der Bann gebrochen, der uns das letzte halbe Jahr immer mehr die Kehle zugeschnitten hatte: wir begannen in der Diskussion zu begreifen, daß wir einem Anspruch nachgekommen waren, der dem Selbstverständnis der WWA zu Beginn ihrer Gründung zugrunde gelegen hatte, der aber auf Grund der Veränderung der politischen Situation in der BRD und speziell der damit zusammenhängenden Veränderung innerhalb der "linken" - oder "Sponti"-Bewegung nicht mehr zu realisieren ist: "Eine Zeitung von Gruppen für Gruppen, in der die Erfahrungen der Kämpfe ausgetauscht werden usw., usw." - und dieser Anspruch stimmt auch nicht mehr mit dem heute prinzipiell wohl auch vor-handenen Interesse an einer "guten" überregionalen "Sponti"-Zeitung, "undogmatischen" Zeitung überein.

Heute schlagen wir die Entwicklung der WWA in großen Zügen so ein:



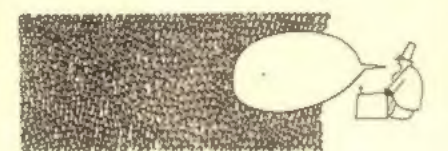
Die WWA war bei ihrer Gründung im Frühjahr 73 faktisch das Organ von Gruppen, die nach der Studentenbewegung exemplarisch begonnen hatten, neue Formen und Inhalte "revolutionärer Politik" im Zusammenhang mit deutschen und ausländischen Arbeitern innerhalb und außerhalb der Fabrik praktisch anzufangen. Trotz im Detail verschiedenen Vorstellungen gab es doch genügend gemeinsame Punkte, die eine inhaltliche Basis zur Zusammenarbeit in der WWA abgaben: die Aufgabe von Betriebsarbeit durch die früheren Studenten, die inhaltliche Abgrenzung zu den ML- Aufbauorganisationen, der Bezug auf die "neuen Inhalte und Kampfformen" der Klassenkämpfe in Italien

Auf der Basis dieser inhaltlichen Gemeinsamkeiten, dem gemeinsamen praktischen Interesse und der schon gemachten Erfahrungen entstand die WWA als ein Mittel der (bis dahin informell, individuell schon vorhandenen) Kommunikation unter diesen Gruppen und sie war gleichzeitig ein Orientierungspunkt für andere Gruppen und Genossen in der BRD, die mit den am meisten überall ML-beherrschten Blättern überhaupt nichts anfangen konnten. Orientierungspunkt konnte die WWA bzw. die "WWA-Gruppen" aber nur sein, weil sie damals wohl wirklich die entwickelte praktische Alternative zu den ML-em darstellten, - jedenfalls jedoch von vielen Genossinnen und Genossen, die sich in anderen Städten mit Mithilfe aus der ML-Umklammerung zu lösen suchten und die eine eigene praktische Alternative aufbauen wollten, so angesehen wurden.



ANDERS MACHEN!

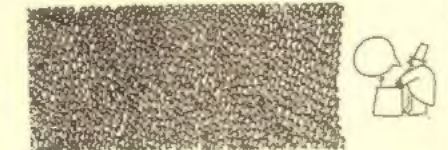
das lief so etwa im ersten Jahr des Erscheinens der WWA bis Anfang 74 ganz gut - begünstigt durch die Tatsache, daß die WWA neben der ursprünglichen Funktionsbestimmung zum Mittel der für alle interessanten und wichtigen Darstellung und inhaltlichen Auseinandersetzung mit der Streitbewegung 73 wurde. Doch schon in dieser Zeit veränderte sich die Basis der WWA, was aber erst Anfang 74 deutlich wurde: die "Gründungsgruppen" der WWA lösten sich faktisch alle bis auf den RK in Frankfurt auf, und "der RK" selber wandelte sich immer deutlicher von einer "Betriebsgruppe" in eine schwer mit einem Wort zu definierende "Bewegung" verschiedener Gruppen, Gruppen und Kompositionen. Dies führte auch dazu, daß die sich selbst ebenfalls verändernde "Opel-Betriebsgruppe", das alte Herz des RK, weder von ihrer persönlichen Fähigkeit, noch von dem inhaltlichen Interesse her gesehen weiterhin die aus Frankfurt kommenden Artikel der WWA so reibend mit der linken Hand - wie es bis dahin oft und zur Not geschehen war - suchen konnte und daher eine eigene "Frankfurter-WWA-Redaktion" gegründet wurde. Da jedoch die anderen Gruppen sich kaum noch vorhanden waren, führte dies dazu, daß dieses Kollektiv faktisch "die WWA-Redaktion" wurde.



Im Laufe des Jahres 74 veränderte sich die WWA somit in erster Linie zu einem Sprachrohr von politischen Ansätzen im Rahmen dieses RK in Frankfurt, was insoweit legitimiert war und akzeptiert wurde, wie in Frankfurt in der Tat wichtige praktische Erfahrungen vor allem im Hauskampf gemacht wurden und entsprechend "entwickelte" Diskussionen abfielen. Das hatte aber auch gleichzeitig zur Folge, daß sich in der WWA inhaltlich die spezifischen RK-Interpretationen und vor allem die RK-spezifische Auswahl dessen ausdrückte, welche allgemeinen Themen wichtig seien bzw. welche Gesichtspunkte in der Diskussion zu betonen seien. ... bis hin zu den praktischen und theoretischen Vorschlägen der "Frankfurter Bewegung".

damit war die WWA aber schon nicht mehr - oder viel weniger - ein Kommunikationsmittel zwischen städtischen Gruppen. Im Gegenteil verlor sie auf Grund der "Frankfurter Bombardierung" zum einen, und immer wegen der wachsenden praktischen und politischen Selbstständigkeit von Gruppen in anderen Städten immer mehr ihre Bedeutung als überregionaler Bezugspunkt. Wir versuchen dieser Tendenz ab Sommer 74 dadurch entgegenzuwirken, daß wir alle neu entstandenen Gruppen aufforderten, sich doch wieder unter dem Dach der WWA zu versammeln, d.h. "mitarbeitende" Gruppe zu werden.

Aber statt sich unter dem alten Gerüst der WWA zu versammeln (was einige schon auch machten - wodurch wir uns zunächst bestärkt fühlten), orientierten sich viele der beiden neu entstandenen Gruppen eher auf lokaler Ebene und meist auch an Inhalten, die die WWA nicht repräsentiert, - was für die jeweiligen politischen Ansätze größere praktische Bedeutung besaß als eine Auseinandersetzung mit der spezifischen Frankfurter Sichtweise und deren zum Großteil nicht übertragbaren Erfahrungen. "Der RK", die verbliebene Grundlage der WWA, repräsentierte immer weniger "den entwickeltesten politischen Ansatz" - die WWA konnte immer weniger Orientierungspunkt sein.

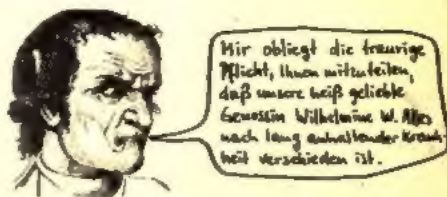


Ein Ausdruck davon war, daß die Leserzahl der WWA abnahm, gesehen abnahm. Aber wichtiger noch war, daß im Verhältnis zu der sowohl zahlenmäßig angewachsenen als auch inhaltlich enorm ausgeweiteten "linken" und "undogmatischen" oder sonstwie "autonomen" Gruppen und praktischen Initiativen in der BRD ein relativ viel kleinerer Anteil der Genossinnen und Genossen noch viel mit der WWA anfangen konnten, diese oftmals nur noch aus Tradition kauften und nur flüchtig oder gar nicht mehr lasen. Ein anderer Ausdruck davon war, daß überall parallel zur WWA andere "Sponti"-Blätter entstanden sind, die zum Teil einige der Ansprüche eher einluden, die die WWA sich selbst gestellt hatte. Dasselbe gilt für den ID.

- nachdem dann in der letzten Zeit auch der praktische Zusammenhang und die gemeinsame politische Identität innerhalb des RK immer stärker abbrochen, also die verbliebene Grundlage der WWA immer weniger oder zumindest doch zureichender als "Lebensquell" einer Zeitung funktionierte - da haben auch wir endlich die Kritik, die vor allem von Genossen und Genossinnen außerhalb Frankfurts vorgebracht worden war, verstanden:

- die WWA hat als organisatorisches Relikt die Basis, deren Ausdruck sie war, überlebt sie hängt heute in der Luft.

DIE WWA IST BEREITS TOT!



Wenn wir das heute sagen, haben wir dabei also im Kopf, daß die WWA mehr war, als nur einfach eine "überregionale Sponti-Zeitung"; sondern bestimmte Inhalte verkörperte, einen bestimmten Anspruch ausdrückte und im Rahmen einer bestimmten Struktur hergestellt wurde. Deswegen sagen wir auch, erst einmal: es hat keinen Sinn und wäre auch politisch falsch, auf diesem alten Selbstverständnis weiter mit dem Kopf gegen die Wand der neuen Entwicklung ansetzen zu wollen.

Trotz alledem besteht das zunächst ganz allgemeine, diffuse Bedürfnis nach einer "guten" überregionalen Zeitung, was auch immer das heißen mag. Und das manchmal zu hörenden Bedauern über das Eingehen der WWA drückt dieses Bedürfnis und zugleich seine Hilflosigkeit am ehesten aus: "Irgendwie und irgendwie war die WWA halt auch besser wie gar nix!"

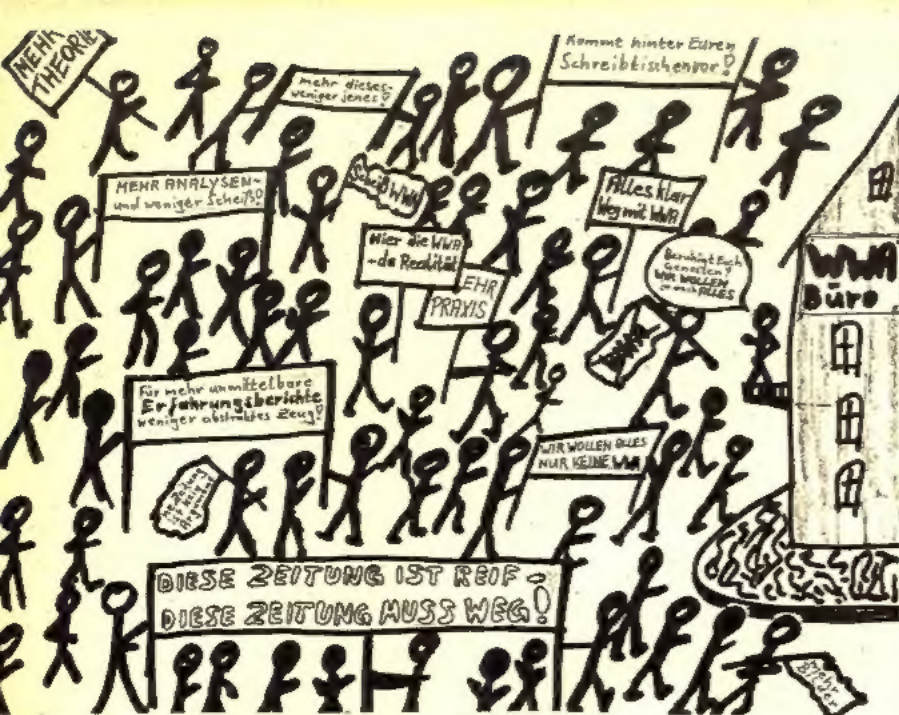
Und das ist auch ein wichtiger Grund, warum wir diese Ausgabe hier, zwar mehr schlecht als recht, aber immerhin nach gemacht haben: wir wollten nicht einfach die WWA von der Bildfläche verschwinden lassen und gleichzeitig Unsicherheit über die Gründe und Gerüchte nützen. Wichtig finden wir eine bewußte Aufbereitung der bestehenden WWA, damit Genossinnen und Genossen, die daran Interesse haben, unter Ausnutzung der Erfahrungen ein neues Projekt einer besseren Zeitung anschauen können.



Es gibt auch in Frankfurt ein paar Leute, die Interesse an einem solchen Projekt einer neuen überregionalen Zeitung haben. Unter anderem "wir", die dieses Blättchen hier zusammen gestellt haben. Wir haben dabei noch kein fertiges Konzept, wollen aber hier kurz beschreiben, in welche Richtung wir dabei denken:



Ach, sie wird mir fehlen so - meine WWA für's Klo!



1 Eine überregionale Zeitung sollte sich nicht allein auf "Gruppen" und damit die von ihnen "offiziell" geduldeten und behandelten Themen beziehen, sondern auf die gesamte Breite der Inhalte und Bedürfnisse der "Bewegung". Diese Bewegung ist äußerst vielschichtig und diffus, was ihre soziale Zusammensetzung und die Bereiche, in denen sie besteht (Jüngere Arbeiter und Arbeitslose, Lehrer und Schüler, Lehrlinge und Studenten, Büroangestellte, Emigranten und Frauen).

Zunehmend arbeiten die Genossen und Genossinnen dort politisch, wo sie zunächst einmal wirklich arbeiten, also ihr Geld verdienen oder ihre Ausbildung machen - und das reicht von den Lehrlingswerkstätten und den Betrieben über Kliniken bis zu Rundfunkanstalten und hoch entwickelten u.ä. Aber diese diffuse Bewegung hat auch einheitliche Momente: was sie irgend wie zu einer politischen Bewegung macht: eine gemeinsame Geschichte, beginnend mit der "anti-autoritären Revolution" (auch wenn viele diese selbst nicht mitgemacht haben, sind sie doch in ihrer Politisierungsgeschichte mit dadurch geprägt worden): eine gemeinsame Ablehnung der reformistischen, revisionistischen und dogmatischen leninistischen Modelle; eine Praxis des Widerstandes, nicht nur hier und da in Straßenschlächten und Hausbesetzungen, sondern auch des sehr alltäglichen Widerstandes gegen Vorgesetzte und Lehrer, kommunale Bürokraten und Hausbesitzer. Sie hat - wenn auch nur höchst vage - Grundzüge eines gemeinsamen theoretischen Selbstverständnisses. Sie hat - und das ist vielleicht die wichtigste Gemeinsamkeit - Verhaltensformen und eine Organisation der Lebensverhältnisse entwickelt. In der Annäherung einer Emanzipation vom bürgerlichen Leben vorhanden sind: Wohngemeinschaften, die Art von Liebesverhältnissen, von Kindererziehung, von Konsum - und die Reflexion über die eigenen Bedürfnisse und diese alternativen Versuche. Diese Gemeinsamkeiten verwirklichen sich in keiner bestimmten Organisation und auch nicht in der Summe der vorhandenen Gruppen, und das wird sich in absehbarer Zeit auch nicht ändern.

2 Ein sinnvolle Zeitung müßte leisten, was die WWA immer weniger zu leisten in der Lage war: die Vielfalt der Arbeits-, Lebens- und Kampfbereiche wiederzuspiegeln und darin gleichzeitig die Gemeinsamkeiten herausarbeiten, "die Probleme diskutierbar zu machen. Eine solche Zeitungsidee haben wir einmal "Journal" genannt: es bedeutet zunächst einmal, inhaltlich breiter zu werden, auch die Alltagslichkeiten politisch zu begreifen, ist nicht nur der Kampf dort, wo er sichtbar und spektakulär wird. Es ist kein Zufall, daß in der alten WWA niemals etwas über Kinderläden, über die Probleme von linken Lehrern, über die Organisierung eines Jugendhauses nach der Anei graus, über Filme, Musik, Wohngemeinschaften, Reisen, ... über Angst und Äußerungen, über Sexualität, über Geld und Konsum gestanden hat. Da all dies immer weniger Gegenstand von Gruppen war (ausgenommen Gruppen der Frauenbewegung, auf die sich die WWA nie hat beziehen können), erwies sich die Gruppenfokussierung als fatale Einschränkung und Ausgrenzung der WWA. Wichtig wird jedoch gerade, daß ein zukünftiges Journal sich den Ideen, den Interessen, der Phantasie, die indieser "linkenradikalen Bewegung" durchaus vorhanden sind, öffnet.

3 gerade in Bezug auf die "traditionellen" Themen eines solchen Journals meinen wir, daß eine alte "politische Reportage" darüber, was irgendwo, ab in Wyl, in Neuchâtel, in Spanien oder sonstwo läuft oder auch nicht läuft z. B. eine Reportage, die die real dahinterstehenden Interessen und Bedürfnisse und die die Kräfte, die sich organisieren und politisch werden (oder dies auch vielleicht nicht schaffen) erfahren und beschreiben kann (und alle Problemstellungen und Streitgedankensituationen auf dieser Basis dann beginnen kann)...

- daß ein solcher Bericht besser ist als eine der gängigen Interpretationen über die "politische Bedeutung" ob es "revolutionär" oder "konkret-revolutionär", ob es "reformistisch" oder vielleicht nur "einseitig/andererseits" ist und was, bitte schön, der Leser daraus lernen sollte. Was wir da im Auge haben, ist nach sehr vage wie viele Genossinnen und Genossen sind auch wir nach dem langen Nebeneinander von erklärter "Theorieförmlichkeit" und uneingeschränkter theoretischer Schematisierung an einer diskutierten, bewußten theoretischen Klärung unserer Erfahrungen, der gegenwärtigen Klassenrealität und der politischen Perspektiven interessiert. Das Unbefriedigende an den ganzen Interpretationen auf der Grundlage der traditionellen "revolutionären Theorien" ist dabei jedoch, daß sie jeden Prozess, jedes Ereignis ausschließlich von seiner Bedeutung für die kapitalistische Gesellschaft her betrachten: revolutionär sei, was perspektivisch gegen "den" Kapitalismus gerichtet ist, was ihn beiseite kann. Dabei fällt jedoch leicht unter den Tisch (und hat mit dieser "revolutionären Logik" auch in der Tat nichts zu tun),

An alle, die ein WWA-Abo haben
- und nicht warten wollen, bis es (vielleicht) eine neue Zeitung geben wird
- und ihr bereits gezahltes Abo-Geld zurückhaben wollen,
sollen uns das Schreiben und wir schicken - Zähneknirschend zwar - aber bestimmt - den zuviel gezahlten Betrag zurück.

was die bestimmte gesellschaftliche Entwicklung, was das bestimmte Ereignis für die Leute und deren Interessen bedeutet, die daran teilhaben, die davon unmittelbar betroffen sind. Man kann sich das an ein paar typischen Beispielen aus ganz verschiedenen Bereichen selber verdeutlichen: die Bedeutung der MFA in Portugal, die Bedeutung der "Anti-Kraftwerk-Bewegung", oder auch die Bedeutung der Frauenbewegung oder auch nur des Erfolges von oppositionellen Listen oder Kandidaten bei den Metall-Betriebsratswahlen dieses Jahr - das ist alles mit dieser gängigen traditionellen Sicht im besten Fall mit der "einseitig/andererseits"-Formel zu beurteilen. Nur sagt dies etwas weniger über diese Ereignisse oder Prozesse als vielmehr über die Unfähigkeit der traditionellen Raster aus, und zweitens treibt diese Sicht zu einer Verkleinerung, von abstrakten Ansprüchen bestimmten Praxis. Uns scheint dagegen eher vor, daß die politische Bedeutung einer Initiative, eines Ereignisses von der Bedeutung für die Betroffenen her zu bestimmen ist: revolutionär ist sie, weil sie andere Interessen und Bedürfnisse freisetzt und durchzusetzen sucht, die zu den im Kapitalismus erlaubten, geduldeten bzw. erzwungenen "Interessen" gehören oder ihnen vollkommen widersprechen. Sicherlich trifft diese Durchsetzung dann immer auch irgendwann gegen die Macht der Kapitali-

sten, aber sie nimmt diese Auseinandersetzung neu von ihrer eigenen Dynamik her - und nicht voraussetzbar von abstrakt-revolutionären Theorien.

4 Wir sind inzwischen von der Gruppenfokussierung insoweit geheilt, daß wir nicht mehr glauben, daß ein Artikel, immer schon deswegen gut ist, "konkret" ist, weil er von Gruppen verfaßt wurde. Es hat schon Artikel gegeben, die von Gruppen gemacht waren und mit denen andere was anfangen konnten - aber es gab auch sehr viele Gegenbeispiele. Zu den guten Artikeln der WWA gehörten aber gerade auch Berichte von einzelnen Genossinnen oder Genossen, die nach Wyl oder nach Argentinien, nach Portugal oder nach Mailand gefahren waren, und dann etwas darüber aufgeschrieben haben. Dies zeigt, daß das Etikett "Gruppenbericht" nicht das ausschlaggebende Kriterium für die Qualität eines Artikels sein kann.

Ein Artikel ist immer eine "Übersetzung" einer Aktion, einer Diskussion, von Erfahrungen usw. Ein Journal muß, wenn es sich als politisches verstehen will, sich dieses Übersetzungsproblem bewußt stellen: zu lernen, wie man das macht oder besser machen könnte (mit dem Tonband, Interviews, Recherchen usw.) und zwar "inhaltlich" so, daß die politischen Erfahrungen der Leute zum Ausdruck kommen, wie die es jeweils geht - und nicht etwa Projektionen des Schreibers. Ein Journal muß daraufhin organisiert sein, daß interessante und politisch wichtige Ereignisse auch außerhalb unserer unmittelbaren Zusammenhänge passieren.

Wir gehen zudem von der These aus, daß die linkenradikale Bewegung auch in Zukunft - ob es uns paßt oder nicht - keine Kontinuität als Gruppen oder Organisationen finden wird, sondern daß es gerade darauf ankommt, flexible Bezugspunkte zu schaffen, die fähig sind, sich inhaltlichen und personellen Veränderungen anzupassen.

Dieses Problem stellt sich genauso in der "Organisationsfrage" der politischen Arbeit, wo ganz viele die Perspektive eines bestimmten Verständnisses von Zentren als praktisch-politischer Bezugspunkt diskutiert wird, wie bei dem Projekt eines überregionalen Journals.

Aber das setzt eben voraus, daß die Macher der Zeitung nicht allein auf die Gruppen oder die Briefe, die zufällig im Postfach liegen, vertrauen, sondern daß sie selber aktiv werden.

5 Das ist wohl der wesentliche Grund, warum die bisherigen nach übrig gebliebenen Macher der WWA nicht einfach mit der Arbeit an einem Journal beginnen können. Das schaffen wir einfach nicht. Diese hier vorliegende Zeitung zeugt davon: Vieles, was als Projekt notwendig gewesen wäre, fehlt. Ein solches Journalprojekt müßte sich die spezifischen Fähigkeiten von Genossen nützlich machen. Es gibt in der Bewegung Leute, die bisher in linken Zeitungen kaum mitgemacht haben: Fotografen und Karikaturisten, Schriftsteller und Berufsjournalisten, Filmemacher und viele andere, die ohnehin gerade an einem bestimmten Thema arbeiten, das auch für ein Journal interessant sein könnte. Diese Genossen - die häufig am Rande der "Szene" stehen, zu denen die "politisch Aktiven" häufig ein arrogantes Verhältnis haben - müßten einbezogen werden in die Arbeit. Man müßte ein Korrespondentenetz schaffen, in dem die mitarbeitenden Genossen und Genossinnen nicht mehr ausschließlich als "Gruppendelegierte" sich ausweisen müssen, sondern sich in der beschriebenen Weise beteiligen können.

Mit dieser Ausgabe hier wollen wir die Diskussion über ein solches zukünftiges Zeitungsprojekt anregen.

Wir wenden von uns aus versuchen, in der nächsten Zeit mit uns bekannten Genossinnen und Genossen in anderen Städten darüber zu diskutieren.

Wir wollen Allen, die Interesse daran haben, die Möglichkeit geben, über unsere Postadresse in Kantale zu einer solchen Initiative zu treten.

Wir schlagen schließlich vor, über den Stand der Diskussion und über die praktischen Perspektiven im ID zu informieren oder vielleicht, wenn alles gut geht, im Herbst in einer Zeitung.



AUF ZUR PRAXIS!



der Schwab ist wach geworden, h öffentlich schläft er nicht wieder ein!

Was uns bei unserem NSU - Trip von vornherein dubios war und wir als Unbehagen empfanden, geriet bei einigen Genossen zum Verdikt, es sei ein Fehler gewesen, sich dort einzumischen. Wir wollten mit dieser Reportage zeigen, daß sowas kein Fehler sein muß und auch kein Fehler war, sondern daß da ein "objektiver Fehler" vorliegt. Da es für uns noch sehr ungewohnt ist, linke Radikal zu theoretisieren und die Klassenrealität in der BRD von unserer Position als einer neuen revolutionären Geschichte her zu begreifen, wählen wir diese Darstellungsweise der Reportage. Gerade wir mit unserer unbewußt ligten, und doch verdorrt intensiven Opel-Intervention haben die Fähigkeit und damit auch das Recht, die aktuellen Klassenkämpfe in ihrer Originalität, ihrer traditionellen Struktur, ihrer Verschiedenheit darzustellen. Wir wollen nicht mit Audi den Opel überholen, sondern das was aus der Distanz zu diesem Schwabenland klar erfahbar ist, auch klar benennen. - Wir sind keine "Kommunisten" und keine "Zigeuner", die mit Agitationswagen über Land fahren und den kämpfenden Massen vor Ort Linienblättern andrehen und ihnen dabei ihre revolutionäre Substanz stibitzieren.

Das, was uns veranlaßt hat, nach Neckarsulm zu fahren, die mehrmaligen Streiks und Demonstrationen der von Massenentlassungen bedrohten 10 000 NSU-Beschäftigten, vergessen wir nahezu während der Fahrt. Die Landschaft wird als schöner, je mehr wir die Klingelacke Rhein-Main hinter uns lassen. Auf der Autobahn-Strecke den Neckar längs Richtung Heilbronn beschließen wir auf der Rückfahrt über die alte Bergstraße zu fahren. ...

Die etwas unwidliche, für unser Hlm und Sinne ungewohnte Situation ändert sich auch nicht, als wir in die Stadt gelangen, die von den Entlassungsplänen des VW-Konzerns am meisten betroffen sein wird und die sich nach am meisten gewehrt hat. Wir zackeln durch die eine Verkehrs- und Einkaufsstraße, downtown - wo sind die Wohnviertel, die Betonklötze, wo ist das Werk? Aber während wir keine Betonviertel - Klein Monbatten nennt man in Rüsselsheim zehle einen neu erbauten Stadtteil - entdecken können, ist DAS WERK nicht schwer zu finden. Vor der Brücke, die über die Sulm führt, weist ein bescheidenes Schild Fußwarte: AUDI-NSU. Der Sonntagsidylle in der Stadt entspricht die Leere auf dem großen Parkplatz zwischen Haupt- tor, Kasino und Fabrikanlagen. Hier haben 6-7000 NSU-Arbeiter eine Protestversammlung gemacht, den Rufen vom Betriebsrats - und Vertrauensleutechef gelauscht. Und wehe, einer der Kommunisten mit seinem Rote-Fahne-Bläutchen hätte es gewagt, sich an den Lautsprecherwagen zu machen, das Mikro zu ergreifen und seine Revolution auszurufen - den Hint mir kaputtgeschlagen, so ein kämpferischer Vertrauensmann zu uns am nächsten Tag im Genossenschaftshaus. Und stellt promptwiegend lächelnd die Gretchen-Frage, "wo kommt ihr denn her, seht ja

auch nicht wie von hier aus?" - "aus Rüsselsheim" sagen wir großräumige Frankfurter und berichten, daß beim Opel insgesamt 10 000 Arbeiter entlassen werden sollen, so nach und nach, und daß das ohne merklichen Widerstand abgelaufen sei. Wenn wir gekommen wären, um was zu lernen, dann sei das gut, meinte er.

Zur Krise bei AUDI NSU

Wir wollen. Und wir sehen überall in den Schaufenstern der Stadt, am Kasino, - bei der Werksbesichtigung in den Hallen; am Werkbus, an den Gabelstaplern, an Maschinen, die zentrale Lösung der IG-Metall stehen, in kräftigen Himmelblau, der traditionellen Firmenfarbe also (Opel hat gelb):

AUDI NSU MUSS BLEIBEN
IG METALL

Sicher eine realistische und korrekte Forderung; aber auch eine sehr bodenständige und deutsche. Denn die Emigranten, die immerhin ein Drittel der Belegschaft bilden, darunter hauptsächlich Griechen und Türken, stehen garantiert eher hinter einer optimalen Geldforderung. Wegen viel Geld nämlich sind sie in diesen schönen Landstrich gekommen und nicht wegen der blauen Audi-Augen. Jedoch die Emigranten sind einkulturiert als diejenigen, die zuerst entlassen werden, natürlich mit einer Abfindung. Sie werden sehr mangelhaft von der Gewerkschaft informiert über die Entlassungs- und Sozialpläne, über den Stand der Verhandlungen, es sind auch nur wenige, die bei den Demonstrationen und Kundgebungen dabei sind. Das außerhalb der Stadt gelegene Wohnheim und die abweisende familiäre Häuschen an Hausangidyle verhindern eine größere multinationale Vermischung im Lebenszusammenhang. Daß sie als Entlassungspuffer sowohl vom VW-Konzern als auch von der Gewerkschaft und letztlich auch von den deutschen Kollegen eingeplant sind, wissen die Emigranten natürlich, sie bekommen es jeden Tag zu hören und zu spüren. "Warum soll ich für die Arbeitsplätze der Deutschen kämpfen?" fragt uns ein Grieche. Die zentrale Forderung "Kampf um den Arbeitsplatz" spaltet somit zwischen den Deutschen und den Emigranten. Auf dieser inhaltlichen Basis kommt bestimmt kein gemeinsamer Kampf zustande. Dazu kommt noch, daß für viele ein Ferien-Sommer bei der Familie natürlich viel verlockender ist als der Kampf um die beschissene Arbeit und das Ghettoleben. Mag sein, daß damit Illusionen mitspielen, daß mit der Abfindung sogar der Sprung

In eine ersehnte Kleinhändler-Existenz zu schaffen ist, mag sein, daß die Hoffnung, im Herbst wieder eine andere Arbeit zu finden, sich nicht erfüllt. Aber das ist jetzt alles kein Gegenargument und der Aufzug zum "Kampf um den Arbeitsplatz" ist ihnen gegenüber ungeheuer aufgesetzt, abstrakt, lächerlich. Uns fiel dazu ein, was eine Frankfurter Genossin kürzlich erzählte: sie traf im Zug nach Mailand einen Italiener, der so glücklich war, wie schon lange nicht mehr. Er hatte die Abfindung von VW-Wolfsburg in der Tasche und den entbesten Zug nach Süden genommen - basta!

Es wundert einen fast, nach mehreren Gesprächen, die die Parole nicht heißt: "Unser Werk muß bleiben!" Dann "unser Werk", "die NSU" oder nach von früher her "das Fahrrad" sind die häufigsten Begriffe für diese Fabrik, die seit 100 Jahren existiert, seit 100 Jahren den einen Lohn, den anderen Gehalt, den dritten Gewinn bringt, allen aber ihren heutigen Wohlstand. Das damit dieser Betrieb eine enorme Einrichtung ist, nicht wegzudenken, weder für die dort arbeitenden, noch für die daran verdienenden Bürger, ist so klar, wie der Sonnenschein über dem

jeder Widerstand hat
seine Geschichte

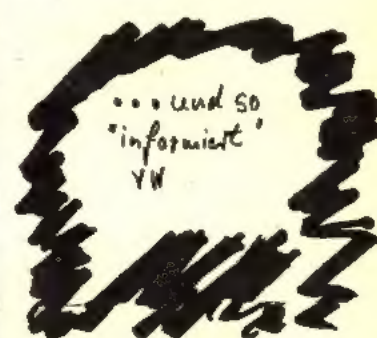
Neckar. Der Betrieb ist der Höhepunkt der Vergesellschaftung, das Maximum an geleisteter Arbeit. Doch dieser hochentwickelten Arbeitsorganisation (die im Vergleich zu Ingolstadt allerdings nicht mehr so modern sein soll) mit ihren progressiv-gewerkschaftlichen Errungenschaften (z.B. 40 Minuten Bandpause) steht eine traditionell entwickelte, d.h. eben unterentwickelte Lebensorganisation und wohl auch Lebens- und Denkgang gegenüber. Diejenigen, die dicht gedrängt am Band stehen oder dicht und allein an den Maschinen hängen, verlieren sich nach der Arbeit in den vielen Einfamilien-Häuschen, die sich eins nach dem anderen zwischen die Obst- und Weinberge schmiegen. Und der duftige und politisch angepumpte junge Facharbeiter, den wir zu Hause besuchen, führt uns die Treppe hinauf in sein schräges Dachzimmer, die Blicke von Vater und Schwesterchen folgen uns aus der Wohntube, auch die Nachbarn gucken sich nicht nur in den Gärten, bestimmt auch in den Kochtopf, man riecht jedenfalls, was es so gibt.

Es gibt keine kollektive Alternative zur Fabrik, keine massiven Konflikte außerhalb, und so entwickelt sich ein durch und durch traditionelles Politikverständnis, das natürlich auch seine Sprengkraft haben kann. Eine noch ziemlich ungebrochene, patriarchalische Familien- und rigide Sozialstruktur, eine Homogenität der Metallfacharbeiter - Szene müssen diese zwar progressive, kämpferische, aber stark gewerkschaftliche autoritär kontrollierte Bewegung gegen die Entlassungen bedingen.

Die Abwehr jeder Fremdeinmischung, sei von Kommunisten oder Maoisten, sei von dem recht harmlosen einheimischen Unterstützungskomitee, kommt aus der Bodenständigkeit sowie der begrenzten Zuwendung von Arbeitskräften. Sie bewirkt einen merkwürdigen Lokalchauvinismus, der alles Fremde mitäußlich betrachtet und sich lieber auf die guten alten Institutionen stützt und da ist die Gewerkschaft ebenso dabei, wie der junge dynamische Stadtviertel, OB Dr. Klotz, SPD, der "viel zu schade für diese Stadt ist", so unser Vertrauensmann und dieser, ebenso wie ein zweiter Vertrauensmann, den wir bei einem weiteren Besuch kennenlernen, gehst zu der sich erst jetzt allmählich formierenden gewerkschaftsinternen Opposition.

Für uns ist das ein Widerspruch, an dem wir nicht vorbeikommen, vor dem wir aber auch nicht passen wollen: 7000 in 20-30 Jahren über die Bundesstraße, eine kleine Rebellion. Auf diese Rebellion angesprochen und die Macht, die darin steckt, flüchtet der Vertrauensmann vor dem Chaos, das wir diskussionenmäßig in seinem Kopf anfallen, zu einem merkwürdigen Reiter, Nein, nicht Strauß. Ein kleiner Hitler müßte hier, sagt er plötzlich.

Für linke Radikale Politik ist in diesem Raum kein Raum. Der leicht tiefste und doch handelsmäßige Reformismus umspannt die Gegend absolutistisch. Gestützt auf 2 Kollegen, hat der reichlich dicke Betriebsratsvorsitzende Woltz, Karl, seine Mannen die sechs Kilometer nach Heilbronn geführt, als sei es das feindliche Wolfsburg, die Kaiserresidenz. Jeder Widerstand hat seine Geschichte - "der Schwab ist wach geworden, hoffentlich schläft er nicht wieder ein".



Die Deutschen haben sich gut gehalten in dieser Krise, sie sehen die Notwendigkeit der Beschränkung als Sie schreiten aber auch, was das Auto für sie bedeutet: Unabhängigkeit und Beweglichkeit.



Das Auto ist ein Stück Freiheit.



Jugendhauskampf in Wertheim

Wertheim ist eine Kleinstadt, die zwischen Frankfurt und Würzburg am Main liegt. Mit umliegenden Eingemeindungen zählt sie 20 000 Einwohner und ist hauptsächlich durch ihre Glasindustrie und Häuserbesetzungen bekannt. Die Gegend um Wertheim ist überwiegend reaktionär (wenn man den Stimmzettel der CDU von 70% zu Grunde legt) und wird nicht unwesentl. "Bodisch-Sibirien" genannt.

GESCHICHTE UND VORGESCHICHTE DER AKTION JUGENDHAUS

Die Vorgeschichte fing damit an, daß 1969 das erste Berufsverbot der BRD in Wertheim ausgesprochen wurde. Im Kampf gegen die Entlassung des Lehrers Kommer bildete sich eine unabhängige Schülerinitiative, die anfänglich nur im Schulbereich arbeitete. 1970/71 bildete sich aus den reifen Zellen der Schülergruppe heraus der Kern von Jugendlichen, der 1971 das erste Jugendhaus besetzte. Dazu kam es, weil wir uns durch bloße Schülerarbeit immer mehr isolierten und zu Lehrlingen keinen Kontakt finden konnten. Das Haus wurde kurze Zeit darauf abgerissen. Eine inhaltliche Arbeit konnte sich auf Grund der kurzen Zeit und unserer mangelnden Erfahrung (man muß bedenken, daß zu dieser Zeit erst der Kampf in Frankfurt und Berlin - Rauchhaus - begann) nicht herausbilden. Auch hatte die Besetzung mehr symbolischen Charakter, da klar war, daß das Haus dem Straßenbau weichen mußte. Immerhin hatten wir Erfahrungen gesammelt und erkannt, daß wir zu solchen Aktionen fähig waren.

In der Zeit seit dem Abriß des Hauses bis 1969 gab es von unserer Seite immer wieder Versuche, das uns bereits 1969 durch Bürgermeister Scheuermann (SPD) zugesagte Jugendhaus auf dem Verhörhandlungswege zu bekommen. Es wurde viel versprochen von Seiten der Stadt, mehrere Häuser und Räume in Aussicht gestellt aber letztlich tat sich nichts.

Durch das Verhalten der Stadt wurden wir zur zweiten Hausbesetzung 1973 gezwungen. Sie war auf Grund unserer gesammelten Erfahrungen gut vorbereitet. Der Besetzung voraus liefen eine Unterschriftensammlung mit 2 800 Unterschriften (bei der damaligen Einwohnerzahl von Wertheim mit 8 000 immerhin beträchtlich), ein symbolischer Mauerbau auf dem Marktplatz und viele Vollversammlungen. Diese Aktionen waren zur Mobilisierung notwendig, sie schufen ein Problembewußtsein in der Öffentlichkeit und bezogen mehr Jugendliche mit ein. Das 1973 besetzte Haus wurde drei Tage später polizeilich geräumt, und trotz unseres Protestes (Spontandemos, Rathausbesetzung, Wiederbesetzung Verhörblockade, Bullenschlagerei und Solidaritätsdemo mit 600 Jugendlichen) sofort abgerissen. Und das, obwohl das Haus unter Denkmalschutz stand und angeblich kein Geld für ein Jugendhaus bereit stand (für den Abriß aber über Nacht 17 500 DM).

Als "Alternative" wurde uns eine Bruchbude angeboten, die nicht nur baufällig war sondern auf Grund der kleinen Räume auch keine Selbstverwaltung zuließ (eine Vollversammlung durchzuführen war unmöglich). Wir lehnten dieses "Haus" ab, konnten aber selbst keine Alternativen bieten. Da es kein neues Haus gab, und die Bewegung durch die halbjährige Verhandlungspause noch dem Abriß abgeflaut war, schloß die Aktion Jugendhaus ein. Im Januar 1975 nahm die Bewegung einen neuen Anfang. Eine Diskussionsveranstaltung über die Ereignisse von 1971 und 1973 fand so breiten Anklang, daß sich die Aktion Jugendhaus neu formieren konnte.

Es wurde ein Info über unsere Geschichte erstellt, ein Straßentheaterstück aufgeführt und eine Rockfete veranstaltet. Über die Aufarbeitung der Erfahrungen, die Informierung der Öffentlichkeit und die Mobilisierung der Jugendlichen wurde unsere dritte Hausbesetzung vorbereitet: sie erfolgte am 7.3.75, durch die Aktion Jugendhaus, die aus 60 - 80 Jugendlichen bestand.

Seit dem 24.3.75 besteht die Auflage der Stadt, das Haus abends ab 22.00 Uhr zu räumen und die Parolen am Haus zu entfernen. Dieser Aufforderung kamen wir nach etlichen Auseinandersetzungen nach, weil das Interesse der Normalisierung des Betriebes und der Legalisierung des Hauses vor der Perspektive hinausgeworfen zu werden steht. Das Haus gehört in diesem Sinne nicht mehr uns, es kann aber andererseits nicht unser Haus sein, wenn es nicht endlich gelänge, die Selbstverwaltung funktionsfähig zu machen. Der Aufbau der Selbstverwaltung hängt nun erst richtig an, nachdem die Hausbesetzung aufgehoben ist.

SELBSTVERWALTUNG BEDEUTET NÄMLICH NICHT, IN DER LAGE ZU SEIN, EIN HAUS MILITÄRISCH VERTEIDIGEN ZU KÖNNEN, SONDERN ES IM BEWUßTSEIN DER LEUTE JEDERZEIT VERTEIDIGUNGSWERT ZU MACHEN!



Wir gehen nach vorn!

Seite 5

AUFRUF

Die aktuelle Situation sieht momentan so aus, daß die Stadtverwaltung die notwendigten Reparaturen im Haus ausführt und wir selbst dabei sind, das Haus zu renovieren und die Selbstverwaltung aufzubauen.

Nicht nur finanzielle Unterstützung für diese Arbeiten, sondern auch Solidaritätsadressen, Erfahrungsberichte usw. sind wichtig. Sie zeigen, daß wir nicht allein kämpfen, daß es Solidarität gibt und verhindern, daß sich ein 1971 und 1973 wiederholt.

- Schickt Solidarisches und Erfahrungsberichte! (Aktion Jugendhaus, 698 Wertheim, Mühlenstr. 7)
- Schreibt an den Stadtrat (Durchschlag bitte an uns) (Bürgermeisteramt 698 Wertheim, Rathaus)
- SPENDET FÜR UNSEREN KAMPF (Spendenkonto der AKTION JUGENDHAUS; Bezirksparkhaus Wertheim, Nr. 80 637)

SCHAFFT, EINS, ZWEI, DREI, VIELE JUGENDHÄUSER BLEIBT HEITER, DER JUGENDHAUSKAMPF GEHT WEITER

Jeder muß selbst ein Interesse am Haus haben, er muß wissen, was er für (sein) Haus kämpft. Dies ist ein Lernprozeß, der noch nicht abgeschlossen ist. Selbstverwaltung konnte sich auch nicht auf die Rund-um-die-Uhr-Besetzung beziehen, denn es ist wichtiger am Tage eine funktionierende Selbstverwaltung zu haben, als über Nacht im Haus zu sein und keine zu haben. Natürlich muß das Recht, über Nacht im Haus bleiben zu können auch weiterhin erkämpft werden.

EINE HAUSBESETZUNG IST ERSTER ANFANG EINER LANGEN KAMPFES, FÜR DEN WIR ZITZ BRAUCHEN, DIE UNS DER KARTALISIMUS ABER NICHT GEBEN WIRD.



Ein zentrales Problem war das Verhältnis der Leute zum Haus: viele fühlten sich nicht als Hausbesitzer, sondern schon als sichere Hausbesitzer. Dieses Gefühl ist einerseits damit erklärbar, daß es durch die Besetzung unser Haus wurde, war aber andererseits ziemlich gefährlich, da unser Feind "hauptsächlich die Stadt" war.

Interesse, uns rauszuschmeißen, uns zu kriminalisieren, leicht nachgehen konnte. Falsche Euphorie führt immer zur Selbstüberschätzung und diese zum Leichtsinns und zur Unterschätzung des politischen Gegners. Dieses wurde dann auch in den Diskussionen auf den Vollversammlungen klar, daß selbst ein Nutzungsvertrag mit der Stadt uns nicht als Garantie, daß keine weiteren Angriffe erfolgen werden, gelten könne. Das Ziel der Stadt ist weiter, daß sie uns kaputt machen will, das aber auf Grund unserer momentanen Stärke nicht konnte und deshalb uns versuchte, durch legale Tricks wie Verhandlungen und Verträge zu kassieren. Die Stadt will kein Jugendhaus und wird alles daran setzen, unsere Selbstverwaltung zu zerstören. Neben dem Hausbesitzern gab es noch solche, denen jedes Gefühl und damit auch wahrscheinlich Interesse am Haus abging: sie fühlten sich als Hausbesitzer, machten Druck und verschwanden dann wieder. Es ist eigenartig, daß sich gerade an so "kleinen" und alltäglichen Dingen wie Substanzverlust Bewußtsein und Interesse dokumentieren. Bei jeder Vollversammlung kam dieser Punkt neu zur Sprache. Es wurden Beschlüsse gefasst, aber es änderte sich nichts: alle machten Druck, wenige, oft die selben, räumten auf.

Andere Probleme waren, daß viele Leute einfach wieder gingen, weil "nichts geboten wurde", daß der Begriff der Selbstverwaltung in der Weise fälschlich verstanden wurde, daß man ihn als Freibrief, alles zu tun, wozu man gerade Lust hatte, begriff. So kam es zum Beispiel vor, daß Türen und Gittern verheizt wurden, weil Holzhacken zu anstrengend war und das andere viel mehr Spaß machte.

Um eine selbstgewählte Ordnung aufzubauen bedarf es langer Lernprozesse, diese Ruhe läßt uns die Stadt aber nicht: sie greift uns permanent an und zieht unsere Arbeitsenergie auf sich. Obwohl der äußere Druck eine gewisse innere Geschlossenheit erzeugt, zieht diese bloß negativ bestimmte Solidarität nicht aus, längere Zeit zu überleben. Wir müssen uns selber definieren können, wie müssen in der Lage sein, uns selbst entfalten zu können, inhaltlich-relevante perspektivische Arbeit zu leisten. Ja, wir sind in gewisser Weise Utopisten, weil wir die konkrete Utopie, die alternative Lebensweise heute hier und sofort wollen.

Wir sind aber auch Realisten, denn realistisch sein heißt, das - von den Herrschenden bestimmte - UNMÖGLICHE zu wollen?

Anfänglich wird aber auf die Konsumtätigkeit nicht verzichtet werden können, weil gerade in Kleinstädten ein Konsumdefizit, d.h. ein relativ geringes Konsumangebot besteht. Aus dieser Mangelsituation heraus kann über ein alternatives Angebot durchaus etwas positives entwickelt werden.

Haben wir selbst das Interesse weiter zu machen, oder tendieren wir mehr zum Aktionismus? Können wir wirklich langfristig und kontinuierlich arbeiten und mit den Leuten zusammen weiterkommen, ohne sie zu überfordern und uns selbst zu isolieren? Können wir das, was wir in unseren Köpfen als Alternative haben, vermitteln und an uns selbst realisieren, oder fallen wir nicht selbst in unser Alltagsverhalten zurück und bieten weiterhin das Ideal des Sonntagsozialismus an? Dies sind Fragen, die die eigene Person mit einbeziehen und deshalb existenzieller Natur sind. Sie können deshalb nicht technisch gelöst werden.

DIE HAUSBESETZUNG SCHUF NEUE FORMEN VON ÖFFENTLICHKEIT

Das Positive an der Hausbesetzung war zweifellos, daß man mit Leuten, zu denen man vorher überhaupt keine Beziehung hatte, Kontakt bekam. Das gemeinsame Aufstehen, das Frühstück, die Gewissheit, daß viele auf einen warten, während man in der Schule sitzt oder an der Werkbank steht, die langen und tiefen Gespräche, die Lebensgeschichten, die während der Nachtwachen erzählt wurden. Das eigene Leben war plötzlich reicher geworden, man hatte mehr Beziehungen zu vielen Leuten. Natürlich kein Idealszustand, denn es gab auch Reibereien und zum Teil nur oberflächliche Miteinandersetzungen. Aber es existierte zumindest emotional eine Atmosphäre, die grundlegend anders war, als der Alltag. Man saß zwar lange runter und tat nichts, es wurde eben aber nicht langweilig. Man arbeitete schwer und es machte Spaß. Es hatte sich im Kleinen etwas verändert. Man darf nicht nur das "Große" sehen, sonst übersteht man das, was wirklich anders geworden ist.

JUGENDHAUSKAMPF IST KLASSENKAMPF

Der Klassenkampf wird überall dort geführt, wo sich Menschen kollektiv gegen die Unterdrückung ihrer Bedürfnisse und gegen den Kapitalismus wehren. Politisches Bewußtsein kann in allen gesellschaftlichen Bereichen durch diesen Kampf entstehen. So kann der Kampf im Reproduktionsbereich, der Kampf um ein selbstverwaltetes Jugendzentrum genauso dazu beitragen, bürgerliche Ideologien zu durchbrechen, neue Kampfformen zu entwickeln und Selbstorganisation zu lernen. Außerdem ist der Kampf um ein Jugendhaus immer ein Kampf gegen diese Gesellschaftsordnung und ein Kampf für die Interessen aller Jugendlichen. Die Jugend wird durch diese These keineswegs zur neuen Klasse, sondern diese Bestimmung des Klassenkampfes wird einfach der realen Situation gerecht: der Jugendhauskampf hat sich nicht nach der objektiven Klassenzugehörigkeit der Jugendlichen, sondern nach der politischen Zielsetzung, ein Haus für alle, weil wir alle eine brauchen, organisiert. Kein Haus zu haben ist für uns alle ein Verlust. Deshalb soll man keine künstliche Trennung zwischen Arbeiterjugendlichen und den übrigen Jugendlichen ziehen, eine Trennung, die durch den gemeinsamen Kampf und die Selbstorganisation der Bedürfnisse schon überwunden wurde. Unsere gemeinsame Basis ist die Erfahrung der Beschissenheit und des Willens, daran etwas zu ändern. Und jeder tut dies mit den Mitteln, die er zur Verfügung hat. Die gelebten Kopfarbeiter dadurch, daß sie den Schreibkamm übernehmen und die gelebten Handarbeiter dadurch, daß sie die technischen Arbeiten übernehmen. Daß diese Aufteilung nicht zur Trennung wurde, sondern jeder dann auch jedes machte und machen konnte, zeigt wiederum, daß nur die ein Interesse an der Arbeitsteilung haben können, die über uns bestimmen wollen.



WIR ABER BESTIMMEN ÜBER UNS SELBST, WIR VERWALTEN UNS SELBST, WIR KÄMPFEN FÜR UNS UND DAMIT FÜR ALLE! DAS VERGNÜGEN BRACHT SICH NICHT ZU RECHTFERTIGEN!



das hat andreas baader nach notizen gemerkt, die er sich in einer verhandlungspause gemacht hat, nachdem henk (der antipsychiater) bei seiner vernehmung damit auskam, isolation sei wohl folter als solche aber ein "philosophisches problem". prinzing und bundesanwaltschaft haben ihn 17 x unterbrochen - um zu verhindern, daß andreas eine geschlossene argumentation entwickelt, die folter/isolation auf ihren politischen begriff bringt.

das gehört unmittelbar zu dem text - erklärt auch die löcher, und es macht klar, was hier jeden tag abläuft.



der ablauf war genau traid - und als es nicht klappte - das geständnis nie hat kam, die zwangszuflucht: der einfall des bundesgerichtshofes, ihnen kopf aufzumachen, um festzustellen, woher die gedanken der menschen kommen - wieder traid, der hungerstreik, die kampagne, als reaktion auf die kampagne des gesetzes, das es möglich macht, verdinglichte auszuschießen und ohne gefangene zu verhandeln, d.h. den rest öffentlicher kontrolle zu beseitigen denn der "anhörungstermin", bei dem verhandlungsunfähigkeit festgestellt wird, ist nicht öffentlich, das gericht kommt in den traid - wie in stahelheim.

lass bei der zwangsuntersuchung zu diesem termin gefangene verhandlungsunfähig gemacht werden können, ist vorige woche in zweifelszweifel an oarl (manfred gabler) bewiesen worden.

der tote traid in köln wird weiter eingesetzt um gefangene zu brechen - als folter unmittelbar zur informationsbeschaffung des staatschutzes, e. von djk lat zur zeit im toten traid in osenrodt und das, obwohl sie in der schweiz entlassen wurde und hier gegen sie nur die aussage eines anonymen zeugen vorliegt, der haag beschuldigt hat waffen transportiert zu haben.



ANDREAS BAADER AM 6. TAG DER HAUPTVERHANDLUNG (18.6.1975)

wir wollen sicher nicht mit der folterargumentation, wie sie in dem antrag entwickelt ist, identifiziert werden, d.h. wir machen uns nicht zu ihrem objekt, über den, der gefoltert wird, zum begriff der folter zu kommen, ist ein ambivalenter versuch und es ist unmöglich, weil es sich hier nur folgeraus auf das einsetzen eines liberalen staatsverständnisses über die deformation seines staats beziehen kann, die zwangsläufig ist, weil sie in den widersprüchen der kapitalbewegung selbst bedingt ist, in der staatlichen counterbewegung gegen revolutionäre politik, die folter muß, muß der imperialistische staat nur deutlich werden, sie wird durch die empörung des verkommenen bürgerlichen antifaschismus nur verschleiert, er ist schon so schwach in seiner korruptionierung in der sozialdemokratie oder im revisionismus gefesselt, daß er sich nicht mal mehr relevant artikulieren kann.

das alte elend - wie er sich dem staat angedient hat in der hoffnung, ihn zu verändern - hat ihn der staat verändert, ihn instrumentalisiert, solange es opportun war, um einer radikalisierung zu entgegen und schließlich liquidiert als einen ausdruck der tradierten bürgerlichen ideologie, bürgerlichen humanismus, bürgerlicher freiheit, der den erweiterten reproduktionsprozeß des kapitalis im bereich der ideologischen staatsapparate stört.

über folter ist nur zu sprechen mit den inhalten und der strategie, die sie abschaffen wird: denen revolutionärer politik, vom standpunkt des bürgerlichen antifaschismus aus wird das gerade darüber zur klage, die den gefolterten denunziert.

sicher, isolation ist folter, wie sie das, der ihr ausgesetzt wird, erlebt ist sie als der langsame und so reflektierbare prozeß der zerstörung revolutionärer identität. richtigerlicher als jeder physische schmerz - mit dem wir erfahrung haben, politisches bewußtsein ist in der folter der wünschenswertheitschaft - der folter aus entfremdeter produktion und entfremdetem konsum mit ihren komplexen kulturellen und psychologischen vermittlungen, gegen die sich identität nur entwickeln kann, immer ein prozeß, der erkämpft wird, in der oganise der isolation soll dieser prozeß gebrochen und revidiert werden - durch den entzug seiner bedingung: praxis, bewusster sozialer interaktion, wird dem gefangenen seine geschichte genommen, seine, insofern sie seine bewußte, seine politische geschichte ist.

das ist auch das ende seiner persönlichkeits, wie geschichte der prozeß ist, der und in dem sich persönlichkeits konstruiert, verliert er mit ihr sich, nicht weil er sein gedächtnis verliert (obwohl auch das eine erscheinung ist), sondern weil die fähigkeit, sie nachzuvollziehen, sie zu reflektieren, sie widerzuerkennen, zerstört ist. er wird unfähig, sich zu dem, was an ihm vollzogen wird, sich vollzieht, zu verhalten, der apparat wird das verhältnis. er regrediert und zappelt sich zu tode zwischen den mystifikationen bürgerlicher sozialisation die ihn einholen und ihn, wie er ist - als ein - als totale, feindliche, nicht mehr begriffliche mochte belagern. er wird weis, wie wir gesagt haben, opfer (und so wird er vielleicht auch unerschütterlich), in dem moment, in dem er aufhört zu kämpfen - nicht mehr kämpfen kann, wobei das was sein selbst ist, daß er diese a moment lange kommen sieht und weiß, daß isolation über Jahre so eindringlich ist wie ein schuß, - nur unvorstellbar und auch das gehört zur methode - die unvorstellbarkeit - viel qualvoller. der mensch ist im wörtlichen sinn ein zoon politicon, nicht nur ein geselliges tier, sondern ein tier, das nur in der gesellschaft sich vereinzeln kann, die produktion der vereinzeln einzelnen außerhalb der gesellschaft - eine rarität, die ohne durch zufall in die wildnis vorgeschlagenen zivilisierten wahl vorkommen kann, der in sich dynamisch schon die gesellschaftskräfte besitzt - ist ein ebensolches unding als sprachentwicklung ohne zusammen lebende und zusammen sprechende individuen." (marx, grundrisse)

wir haben ziemlich lange gebraucht - im traid, um die methode und die absicht der isolation zu erkennen. ich würde sagen, die manna hat ihre logik in der perspektive des ganzen systems: den zwang, auf den widerspruch, den es hervorbringt, mit vernünftigen regieren zu müssen, weil es in ihm seine endliche vernichtung begreift. denn was "unzerzogen" werden könnte, zerstört der traid, er ist kein projekt der zwangsozialisation - obwohl auch die das problem, das sie ist, im gefangenen nicht anders lösen kann als durch seine zerstörung.

der versuch, das ding und die harte darin so zu verstehen und zu rechtfertigen, kommt vom klug, faarischen jüdisenator in hamburg, ganz natürlich - weil er eine korruptierte libe-rale masken ist - die ihnen drückigen job mit der illusion von werten - die auch umzerziehung verlangen würde - verkürt, über die diese gesellschaft nicht mehr verfügt.

ihre grundproblem ist auch in diesem detail des antagonismus, daß umzerziehung oder geirrtüme als projekt legitimierung vom apparat verlangt, das heißt, um es zu unterwerfen muß der apparat das subjekt kooperieren können.

sache zwischen repressivem staatsapparat und (gefangenen) revolutionär ist aber, daß beide wissen, daß sie in ihrer unerschlichkeit (wie ihrer beziehung) ausdruck der reife der entwicklung sind, in der der widerspruch zwischen produktivkräften und produktionsverhältnissen antagonistisch wird, zur letzten krise des kapitalis und damit ausdruck der tendenz, in der die legitimierung des bürgerlichen staates zerfallen ist.

die ahnung der potenz dieses zerfalls entwickelt die staatliche vernichtungsstrategie gegen uns, power als sozialdemokrat meint das - (und er erhebt sie konkret an der wirkungslosigkeit seiner politischen dementale).

er war gar nicht erst auf umzerziehung aus, sondern auf die zerstörung ulrikes und die reibungslose propagandistische verwertung des zerstörten gefangenen im prozeß, die ihn das geständnis verschaffen sollte: der zusammenbruch, als funktionär der staatsregierenden partei ist er pragmatischer: das reibungslose ritual der macht ist der inhalt, den er vermitteln will, um das loch zu stopfen.

als reibungen auftraten - weil der sache die diskretion, die sie noch braucht, durch die mobilisierung der anwälte entzogen war - verteil er so etwa analog der wahrheit der sozialdemokratie ihrer künftigkeit, schließlich ist die ganze parteispitze brandt & chomacher 43 vom amerikanischen kapital gegen das deutsche proletariat gekauft worden - darauf, dem staat einen zeugen zu kaufen, natürlich auf regierungsebene.

(... gegen das deutsche proletariat ist vielleicht nicht genau genug, die funktion der sozialdemokratie ist, die initiative des kapitalis vermittelt über die klassenorganisationen des proletariats in der krise zu sichern.)

also den kranzzeugen, den staatszeugen. der als institution die verfassung des ganzen ideologischen begründungszusammenhangs rechtsstaat allerdings bezeugt, und sicher für unsere politik, auch, wenn er nur ein beiläufiger ausdruck des bruchs ist, in dem unsere bestimmung der staatlichen reaktion auf bewaffnete politik zu begreifen ist, denn die strategische bestimmung ist in dieser phase - die krise des kapitalis und die ökonomische krise des staates - deren politische interpretation jede guerrillakation ist - durch die kontinuier des angriffs in einem sicher langen und widersprüchlichen prozeß in die endliche politische krise des staates zu verwandeln, den bruch, darüber werden wir hier noch sprechen.

naja, ich kann auch nicht über den, der gefoltert wird, sprechen. am ihm beweist sich schließlich auch nur in der endlich offenen liquidierung der fiktion des subjektstums des objektis staatlicher repression, daß die werbe bürgerlicher rechtsideologie für den imperialistischen staal lästige antiquitäten sind, wenn sie den verwerfungsbedingungen des kapitalis nicht mehr entsprechen.

zu reden ist über deren folter, den staal, und den prozeß, in dem die staatliche counterstrategie auf folter angewiesen ist und sich entsprechend der entwicklung eines neuen faschismus im staatsapparat die technologie, die apparate und immer etwas hinterherhinkt die gesetze - (und schließlich die strukturelle und organisatorische voraussetzung in der massenkommunikation - die reflexe neutralisiert) schafft, die folter institutionell voraussetzt.

wir sagen nochmal:

folter ist kein revolutionärer kampfbegriff.

aufklärung darüber hat vielleicht eine schutzfunktion - aber die mobilisierung, die sie braucht, muß sich gegen die politik wenden, auf die der staal mit folter reagiert und damit zu letzt gegen die gelungenen selbst, solange das verhältnis ihrer politik der massen reflex derer ist, die in diesem staal noch zu hause sind (und sei es, weil sie ihn als revisionisten übernehmen wollen).

das heißt, die mobilisierung muß gegen uns laufen, wenn sie nicht mit der propagande bewaffneter politik vermittelt ist -

ihre moral und strategie propagiert, was immer heißt selbst zur bewaffneten aktion kommt.



Am 6.6.1975 fand in Frankfurt zum Prozeß in Stammheim gegen die RAF eine Podiumsdiskussion statt. Im Zentrum der Veranstaltung stand die Diskussion um den Begriff "neuer Faschismus oder bürgerlicher Rechtsstaat?" und der Versuch, zur Stadtguerilla eine Position zu formulieren. Universitätspräsident Krupp hatte es abgelehnt, einen Hörsaal in der Uni für diese Veranstaltung zur Verfügung zu stellen mit der Begründung, es bestehe die Möglichkeit, daß dort gegen die freiheitlich-demokratischen Rechtsstaat "politisierung" werde. Die Uni war mit Bülen umstellt, als sich 1500 Genossen zu der Diskussion im Studentenhaus trafen. Alle Beiträge wurden auf Tonband aufgenommen - sie werden als Broschüre erscheinen.



FOTO VON HULGER MEINS NACH DER OBUKTION - (Dieses Foto - es ist keine Montage - wurde bislang in der BRD unterdrückt...)

der Brief zum Anklage der WWA über die Lorenzentführung

In der neuesten Ausgabe der Zeitschrift PARDON finden wir, auf der zweiten Seite in ganzseitiger Form, eine Karikatur zur Einführung von Peter Lorenz - eine Type mit seitlichen Haaren, eine Maschinenpistole in der Hand und einen Stern auf der Brust mit der Aufschrift "RAFSC". Der Kopf dieses Menschen läßt sich wie ein Deckel abnehmen, ein kleines Männchen, mit dem Profil Hitlers, steigt aus dem Hals der RAF-Figur, die politische Personifizierung des deutschen Imperialismus in der Bewältigung der Weltwirtschaftskrise ist also der wahre Gehalt derjenigen Genossen, die heute schon den bewaffneten Kampf in unserer friedlichen Republik aufgenommen haben.

Das "sozialistische Büro" erklärt zu der Lorenz-Entführung, daß die wildgewordenen Kleinbürger von "2. Juni 60" in Wirklichkeit das Geschäft der Reaktion betreiben. Das "Büro" erklärt auch, daß es sich bei diesen Linken nur um Linke handelt, die sich für Linke halten, aber in Wirklichkeit nicht links sind, nichts Neues. Was schreibt in dieser Situation die WWA, die sich so sehr dafür eingesetzt hat, die Zusammenhänge zwischen westdeutschem Kapital und der Kontarrevolution in Chile zu erhalten und die überhaupt für alle bewaffneten Kämpfe außerhalb der BRD so viel Verständnis hat? Beinhaltet sie sich wenigstens, die Herkunft und Entwicklung der linken Stadtguerilla zu verstehen, die Auswirkungen der bewaffneten Aktionen in der BRD auf die politische Lage hier zu analysieren? NEIN! Dafür etabliert sie eine Behauptung in den luftleeren Raum. Die Lorenz-Entführung sei für Westdeutschlands Linke eine schädliche Angelegenheit, da die "aufkommende Massenbewegung gegen das Terrorregime des Bundesverfassungsgerichtes" (§318) damit abgelenkt wurde. Wie ist das möglich? Akzeptiert die Bevölkerung - oder der weibliche Teil davon - das Urteil seit der Entführung von Lorenz? Oder lehnen die Massen zwar das Urteil ab, aber Aktionen dagegen werden mit Rücksicht auf Peter Lorenz abgeblasen? Macht auch doch nicht lächerlich.

Ihr beklagt euch, daß ihr in der ganzen Zeit nur Zuschauer der Aktion wart. Wolltet ihr bei der Entführung mithelfen? Wolltet ihr vorher eine allgemeine Konferenz der Linken einberufen oder wenigstens einen laien Wink? Ihr beklagt euch bei der Gruppe "2. Juni", daß ihr zu etwas anderen, als zum Zuschauen, unfähig seid. Ihr beklagt euch, daß ihr noch nicht so weit seid, ihr bittet die politischen Kämpfe auf euch zu warten. Und zwar Vorschlag ist die Massenmilitanz. Nach dem Entschlafen des Frankfurter Häuserkampfes, nach der Straßenschlacht an der Bockenheimer, in der eine Menge Genossen in ihrem ohnmächtigen Haß den Pfeilerstein als Waffe benutzten, nachdem also die Massenmilitanz nur noch das letzte Aufbegehren gegen die Zerstörung unseres Lebens war - da der politische Inhalt dieser Kämpfe seine Grenze erreicht hatte - nachdem die Straßenkämpfe bei der FVV in Wirklichkeit nur noch von einem kleinen Teil wirklich militant geführt wurde, danach predigt die WWA in ihrer Hilflosigkeit die Massenmilitanz. Hat nicht gerade der Häuserkampf gezeigt, wie hilflos eine Massenbewegung in verschäfften Klassenkämpfen ist, die die Guerilla nicht in der Hinterhand hat? Die "Brigade rouge" in Italien haben mit denselben Vorwürfen wie die Guerillagruppen hier zu tun, obwohl den italienischen Arbeitern wohl kaum ein Gang zum Pazifismus nachzuweisen ist. Sie beschrieben ihre Auffassung von bewaffnetem Kampf in einem Interview im September 1971: "Die brasilianischen Genossen meinen, daß der Ursprung der sozialdemokratischen Rückwendung der kommunistischen Parteien in der Unfähigkeit ihrer Organisation zu suchen ist, dem Niveau der Auseinandersetzungen zu begegnen, das die fortgeschrittenen Bourgeoisie der Arbeiterklasse aufzwingt. Es ist also nicht der Verrat der Führer die Ursache von allem, sondern vielmehr die strukturelle Unangemessenheit der Kräfte, derer sie sich bedienen, d.h. ihrer Organisation. Das haben die bewaffneten Organisationen in den Metropolen zur Kenntnis genommen, die von Anfang an so aufgebaut sind, daß sie der Auseinandersetzung auf allen Ebenen gewachsen sind."

Der dickste Hammer in eurem Artikel ist aber der, daß die Bourgeoisie jetzt endlich den Vorwand für die Aufrüstung im Innern gefunden habe, den sie seit dem John-Deere Streik und dem Ford-Streik so flüchtig gesucht habe. IDIOTEN!!! Wenn die Bourgeoisie solche Vorwände nötig hätte, dann wäre ein zentrales Moment in dem Kampf zwischen Bourgeoisie und Proletariat das Finden von Vorwänden. So etwas zu behaupten ohne auch nur einen einzigen Beleg dazu vorzuweisen - ohne Zahlen, Fakten, Untersuchungen - ohne jede Grundlage, das ist so abgrundtief verlogen und so offensichtlich nur Rechtfertigung für die eigene Unfähigkeit - das zeigt nur, daß ihr glaubt, ihr könntet ewig wie die Made im Spack leben. Wo sind eure Kämpfe oder Untersuchungen über Werkschutz, innere Aufrüstung? Was habt ihr darüber je sehr gebracht, als die Kommentierung von Zeitungsartikeln? Einmal eine chronologische Aufstellung zur Geschichte des Werkschutzes.

Auf der nächsten Seite der WWA wird das Flasko mit Brigitte Heine beschrieben. Fünfzig Leuten demonstrierten in Mainz dagegen, daß die deutsche Bourgeoisie einfach jemand im Knaat verfaulen lassen kann, der ihr nicht in den Kram paßt - das Brigitte Heine sich je in irgendeiner Form an bewaffneten Aktionen beteiligt hatte, glaubt doch in Frankfurt kein Mensch, aber bestimmt wären tausende nach Mainz geströmt, wenn der "2. Juni" nicht mit seiner Aktion alle vernünftigen Menschen vor solchen Demonstrationen abgeschreckt hätte. Der bewaffnete Kampf steht seit 1789 auf der Tagesordnung, und so ist die Organisierung bewaffneter Kämpfe für einen Revolutionär nie verfehlt, sondern höchstens technisch und politisch unzureichend organisiert.

Theodor Reichmichniet
6 Frankfurt
Katräse



Unterstützt das Komitee:
"Für die Freiheit der politischen gefangenen Frauen in Chile"

Worum ein spezielles Komitee für die Freiheit der gefangenen Frauen in Chile?
Das Schicksal der Frauen ist besonders grausam. Die Repression der Junta trifft seit einiger Zeit in verstärktem Maße die Frauen. Es handelt sich um Frauen, die schon durch ihre politische Aktivität zur Zeit der UP bekannt sind. Außerdem sind es Frauen, durch deren Verhaftung und Faltung Informationen über den Widerstand erprellt werden sollen. Diese Frauen werden auch als Geiseln benutzt zur Erpressung ihrer Inhaftierten oder gesuchten Männer. Auch Folterungen von Kindern werden zu diesem Zweck durchgeführt. Oft ist es ganz einfach auch eine unvorsichtige Meinungsäußerung, die Frauen ins Gefängnis bringt.

In den Gefängnissen sind die Frauen den grausamsten Folterungen ausgesetzt. Der sexuelle Sadismus der Wärter und Folterpezialisten trifft sie in besonderer Weise. Es gibt keine einzige Frau, die nicht mindestens einmal vergewaltigt worden wäre. Medizinische Hilfe bei Verletzungen und Schwangerschaften gibt es nicht. Zur Vergewaltigung werden auch dreierlei Hunde eingesetzt, wie im Fall der 23-jährigen Maria Lopez, die man zudem solange hungern ließ, bis sie den Mörkel ihrer Zellennetze aß und wahnsinnig wurde.

In den letzten Wochen, vor allem in verschiedenen Städten wie Frankfurt, Bochum, Tübingen, etc., während der Solidaritätswoche für die politischen Gefangenen in Chile, ist die Einsicht gewachsen, wie wichtig es ist, ganz speziell die chilenischen Frauen im Widerstand zu unterstützen und sich für die von der Junta gefangen gehaltenen Frauen einzusetzen. Das geschah z.B. durch Informations- und Solidaritätsveranstaltungen, Flugblätter, Briefaktionen etc., wonit verstärkter Druck auf die Junta ausgeübt wurde. Dessen Reaktion zeigt, daß es für diese Arbeit mehr Erfolgserwartungen gibt. Auf Druck der Frauenbewegungen in den verschiedenen Ländern (England, Frankreich) wurden in den letzten Monaten viele, sehr gefährdete Frauen freigelassen oder zumindest ihre Verhaftung und ihre Aufenthaltshaltung bestritten (z.B. von Gladys Diaz).

Dabei wurde auch unter den Frauengruppen in der BRD das Interesse, sich speziell mit den Erfahrungen auseinanderzusetzen,

setzen, die die chilenischen Frauen im Klassenkampf in Chile gemacht haben. Denn es ist schon erstaunlich, wie schnell mit dem Übergang von der Frei-Regierung auf die Allende-Regierung die Frauen in der Klassenauseinandersetzung eine zentrale Rolle zu spielen begannen - sowohl auf der Seite der Bourgeoisie, wie auf der Seite der Arbeiterklasse und der Bauern und des Volkes. Aus diesen beiden Motiven heraus haben sich am 10. Mai verschiedene Gruppen getroffen, um die Solidaritätsarbeit mit den chilenischen Frauen im Rahmen eines nationalen Komitees zu beginnen. Insgesamt beteiligten sich bisher Gruppen aus 14 Städten. Einige der beteiligten Gruppen hatten schon gewisse Erfahrungen gemacht - man hatte bereits Informationsveranstaltungen gemacht oder Stipendien oder Arbeitsplätze besorgt, was Voraussetzung für die Einreise in die BRD sind. Das Ziel ist, durch möglichst schnelle Arbeit, Frauen zu retten, die in Lebensgefahr sind.

Daraus ergibt sich, daß das Komitee einen möglichst breiten Raum für die Beteiligung verschiedener Gruppen, Organisationen und Einzelindividuen bieten muß, um effektiv im Sinne wirksamer Befreiungsaktionen arbeiten zu können. So bemühen wir uns um Zusammenarbeit mit Amnesty International, JuSo's, kirchlichen Hilfsorganisationen etc.. Deshalb ist ein Komitee, das sich speziell um die gefangenen chilenischen Frauen kümmert, kein Parallelismus, im Gegenteil: konzentriert man die Arbeit, kann vermehrt Öffentlichkeitsarbeit gemacht werden. z.B. darüber, daß es in Chile zwei Kategorien von Gefangenen gibt: die anerkannten und die nicht-erkannten, zu denen viele Frauen gehören. Auch soll versucht werden, die politische Debatte und Auseinandersetzung über die chilenische Erfahrung und die besondere Rolle der Frauen mit den beteiligten Gruppen und Frauen weiterzuführen.

Die Arbeit des Komitees:

Wir haben eine Liste von gefangenen Frauen zusammengestellt, die stets auf den neuesten Stand gebracht wird. Die verwendeten Listen von Gefangenen sind: OPRECH, Amnesty International, Chile-Komitee Berlin, und die von verschiedenen politischen Parteien. Außerdem ist eine Liste über Beschneidungen für Arbeitsurlauben anzufertigen (damit nicht in zwei Städten gleichzeitig für dieselbe Chilestin gesucht wird).

(2) Potenschaften

Wie schon im Aufruf für das Komitee vorgeschlagen, sollen die verschiedenen Gruppen eine Frau betreuen, d.h. ganz speziell für diese Frau in der BRD Öffentlichkeitsarbeit machen (Briefe an Presse, an entsprechende Berufsorganisationen, die zur Solidarität aufgefordert werden). Frauengruppen, die sich überwiegend mit Film (oder Gewerkschaftsarbeit etc.) beschäftigen, sollten also am besten eine inhaftierte Filmern (Gewerkschaftlerin etc.) zur Betreuung übernehmen.

Um auf die Junta Druck auszuüben und die Freilassung der Frauen zu fordern, sollen Briefe an die Junta, Ministerien, KZ's und Komitee por la Paz geschickt werden. Natürlich muß auch an die Genossinnen geschrieben werden. Oft muß auch ihre Aufenthaltshaltung herausgefunden werden. Es sollte auch versucht werden, mit den Eltern oder den Verwandten in Kontakt zu kommen.

(3) Briefaktionen

Unabhängig von den Potenschaften sollen sich die einzelnen Gruppen auch weiterhin um die anderen genannten Frauen kümmern, d.h. Briefe an die bekannten Stellen in Chile schreiben, in denen die Freilassung der Frauen der Frauen gefordert wird. Beispiel: für Gladys Diaz wurde von der Berliner Genossinnen schon ein Arbeitsplatz besorgt. Doch die Junta verweigert weiter ihre Freilassung. Gladys Diaz, 24, ist Mitglied des MIR und war unter Allende die Präsidentin der Gewerkschaft der Rundfunk-Journalisten. Sie wurde am 20.2.75 zusammen mit ihrem 6-jährigen Sohn vom Geheimdienst DINA verhaftet und gefoltert. Deshalb ist massenhafter Protest wichtig! Schreibt viele Briefe! Die Adresse ihrer Gefangenensicht: Tres Alamos - Departamental von Vicuna Mackenna

Die Adresse der Frauen in Chile

Die Adresse des Innenministeriums:
General Cesar Benavides
Ministerio del Interior
Edificio Diego Portales
Santiago de Chile

(4) Verschickung von Material über Chile, z.B. Folterberichte oder über die Zeit der UP. Wichtig ist es auch, die Diskussion über die Rolle der Frauen in Chile anzuleiten.

Falls ihr Lust habt, Genossinnen, Euch an der Solidaritätsarbeit zu beteiligen, schreibt an das Postfach der WWA, die leiten das dann weiter.

Um zu zeigen, daß unsere Kampagne nicht sinnlos ist, drucken wir hier eine der Antworten ab, die wir von den chilenischen Frauen erhalten haben:
"Santiago de Chile, 6-Mai 75"

Meine Freunde Paul und Nadine, gerade habe ich euren Brief bekommen, - so schön, so erregend, so warm. Gleichzeitig mit meinem Dank will ich euch sagen, daß das Unglück, die Leiden und die Ungerechtigkeit nicht meine eigenen Privilegien sind.

Alle arbeitenden Männer und Frauen erleiden heute in mei nem Land unter dieser oder einer anderen Form das gleiche Unglück.

Aber wir wissen, daß wir nicht alleine sind. Wir wissen, daß wir in der ganzen Welt Freunde haben, Freunde wie Paul und Nadine, die an uns denken und sich für uns mobilisieren.

Herzlichst Seite 7

In Kroatien in Zentralsind sind die Kroat, Stenno, Mantro, Grashof, Wolfgang Grundmann und Klaus Jümsche, und seit neuestem auch Lutz Tauter, der in Stockholm festgenommen worden ist.

NACH Regeln

Am 28.5.75 wurde der Beschluss des Landesgerichts Kassel vom 14.4.75, Grashof, Grundmann und Jümsche (alle JVA Zweibrücken) "auf ihren gegenwärtigen Gesundheitszustand zu untersuchen" (durchs staatliche Gesundheitsamt Zweibrücken) in die Tat umgesetzt. Verantwortlich für den Beschluss zeichneten Dr. Stiefenhöfer, Vorsitzender Richter am Landgericht Kassel und Rubel und Hoffmann, beide Richter am Landgericht Kassel. Zur Begründung wurde angeführt: "Es ist abzuschätzen, den Angeklagten Gelegenheit zu geben, sich vor Gericht zur Angeklagten zu äußern". Deshalb soll zunächst festgestellt werden, ob ihr gegenwärtiger Gesundheitszustand eine solche Anhörung zulässt, auch wenn diese (angesichts der umfangreichen Anklage) mehrere Stunden bzw. Tage in Anspruch nehmen sollte. Die Anordnung beruht auf §81a StPO.

Mit anderen Worten: das Gericht befürchtet - nach dreieinhalb Jahren U-Haft, davon fast zwei Jahre in totaler Isolierung nach zwei Hungerstreiks gegen diese Form der Vernichtungshaft, der letzte über 140 Tage und schließlich, nachdem die Anklageschrift bereits über ein Jahr lang vorliegt, jedoch noch immer kein Termin verbindlich in Sicht ist - die Zweibrücken drei können nicht mehr ganz fit sein. Gegen dieses bürokratische Verhalten spricht jedoch eindeutig die Tatsache, daß dasselbe Gericht bis heute alle von den Gefangenen nach Beendigung des letzten Hungerstreiks gestellten Anträge auf Gesundheitsuntersuchung durch einen Arzt des Vertrauens verschleppt hat. Wie schon aus der Begründung im obigen Beschluss hervorgeht, beschränkt sich das Interesse der Vernichtungsjustiz ohnehin lediglich auf "mehrere Stunden bzw. Tage", die die Gefangenen zur Anklage in Anspruch nehmen könnten. Dahinter steht die Konstruktion der Bundesanwaltschaft (auch wenn in diesem Verfahren nicht/mehr/öffentlich zu strafen), der Hungerstreik der Gefangenen aus der RAF sei ein Selbstmordversuchungsmanöver, sollte die Prozedur unfehlbarkeit herbeiführen. Obwohl durch die entsprechenden Änderungen der StPO seit 1. Jan. 75 die Möglichkeit

der ärztlichen Kunst.

besteht, das Verfahren auch ohne Anwesenheit der Angeklagten durchzuführen (wobei nicht der geringste Anlaß, außer in den Himmeln der Staatschutzmagazine, diesem), wollten sich Stiefenhöfer und Co. klappert rückversichern. Das Gesundheitsamt wird beauftragt, eine Zwangsumsicherung vorzunehmen - §81a läßt "zur Feststellung von Tatsachen...", die für das Verfahren von Bedeutung sind

das zu, ... wenn kein Nachteil für seine (des Beschuldigten) Gesundheit zu befürchten sind. - Um fürs Gericht als Gutachten anzufertigen. Es können "Blutproben und andere körperliche Eingriffe... nach den Regeln der ärztlichen Kunst" vorgenommen werden.

Die Regeln der ärztlichen Kunst sah es aus sich die drei weigerten, freiwillig an der Prozedur teilzunehmen, woran sich (es lief nachfolgender ab) jeweils 10 Schläger - die vermeintliche Schlägermafia - drauf und verschleppten sie in die (mit dem Hungerstreik bestehende) "Intensivstation" und dort auf ein hergeköhltes "Intensivbett": dort Fesselung mit breiten Lederriemen ans Bett (Unterschlenkel, Brust, Arme), die Füße wurden nach mal extra mit Riemen festgezogen. Rückenlage. Der gesamte Körper wurde von 10 Mann fixiert: zwei am Kopfende hielten den Kopf permanent an den Haaren unten an jedem Arm zwei Mann, die die Arme über die Bettkante runterhebelten und durch diverse Knüttelgriffe völlig leblos drehten (quetschten); zwei auf der Brust; zwei an den Beinen. Sodann schritt ein Herr vom Gesundheitsamt, der seinen Namen nicht nennen wollte ("den können ja ihre Anwälte rauslocken") - weißer Kittel und blauer Hintergrund - zur Tür: fragte den sich heftig in den Riemen Windenden (man konnte kaum was sehen, so viele Grüne über einem), ob man derzeit Beschwerden hätte, frühere Krankheiten usw. Kommentierte die ausgesprochene Ablehnung gegen diese Untersuchung sowie den Wunsch zur Hilfe zu gehen, mit der Bemerkung: "Wie ich sehe, verfügen sie über ungeheure Kräfte". Um dem Patienten das Sprechen, mühsam genug, zu ersparen, drückte man ihm noch schnell ein Kissen ins Gesicht - das blieb auch drauf, zwanzig Minuten. Sodann Blutentnahme

in beiden Armbögen, mehrmaliges Danebenstechen. Ob Blut entnommen oder was eingespritzt wurde, ließ sich nicht feststellen. Daß gestochen wurde, merkte man erst hinterher, an den Phlebern. Als zweite und letzte Maßnahme: EKG. Realisieren der Brust wurde erzwungen, dann ließ man sein und brachte die Elektroden ohne weiteres an. Unterm Kissen: Entleerungsgang; insgesamt total ausgeliefert, gefühllos am ganzen Körper. Der Zeiger am EKG mußte Amok laufen seine Herzstätigkeit räumend. Danach Entfesselung usw. Das ganze vor den Augen des eifrig Notizen machenden pol. Inspektors Bouquet. Als jetzt - bei Grashof - das EKG-Gerät umfiel und der Arzt sich in die äußerste Ecke zurückzog, sich neben dem pol. Inspektor verschwand, warf sich die ganze Meute von hinten erneut auf ihn, riß ihm Arme, Beine und Kopf in alle möglichen Stellungen und zerrte ihn auf den Boden. Dann fielen alle zu, und unter Fußtritten gegen Kopf und Oberkörper ging der arme Mann Weg zurück. Beim Verlassen des Zimmers im Tieflauf mit dem Kopf gegen Stahlrahmen der Tür des "Intensiv-Zimmers". Dabei halb bewußtlos. Dann über den Gang (jeder durfte einmal zutreten - mit entsprechenden Begleitkommentaren) bis zur Zelle. Tür auf und wie ein Kartoffelsack unter Waschbecken/gegen Toilette. Wieder mit dem Kopf zuerst.

Zwei Stunden später Einlieferung ins Katholische Krankenhaus von Zweibrücken zwecks Röntgen des Schädels und der Nackenwirbel wegen Verdachts auf Wirbelbruch/Schädelfraktur. Selbsten Halsmassagen trugen und Schwierigkeiten, den Kopf zu bewegen, Auflage für den Kopf baute Schloß zu finden. Die ganze hintere Partie, Kopf und Nacken, ist taub, ohne Gefühl. Schwierigkeiten beim Sprechen, beim Kauen, Kiefer geschwollen. Und - wie bei den anderen auch - Prellungen an Schultern, Schenkelwunden und Hämatome von Danebenstechen bei der Blutentnahme.

Meinte einer der Knechte: Du bist ja noch länger hier! Allerdings, nach ist da der anstehende Prozeß. Und klar, daß die Rache für Stockholm da drin war und für ne Menge anderes. Und die Schläge, Tritte, die Schüsse: immer ist der Kopf ihr Ziel. Der Prozeß kann jetzt - nachdem ihn die Gefangenen dreieinhalb Jahre verzögert haben - anfangen. Der gesundheitliche Zustand der Angeklagten läßt es zu, daß sie sich zur Anklage äußern.

28.5.75

Nicht verunsichern LASSEN



Allzeit aus dem Flugblatt:
ES IST NICHT UNSERE SACHE, DEN BULLEN BEI DEM KAMPF GEGEN DIE GUERRILLA ZU HILFEN!

Durch die Guerrillaktionen, der Entführung von Peter Lorenz und der Befreiung von fünf Genossen mußte der Staatsapparat eine Niederlage einstecken, die er mit seiner nachfolgenden faschistischen Jagd zu beantworten suchte. Brutal und offen in Berlin, heimlich und schmierig in Flensburg, Hamburg, Bremen, Frankfurt und München.

Am 6.3.75 starteten die Bullen bei 200 Genossen und bei einigen Anwälten eine informelle Befragungskette. Sie erschienen an der Wohnungstür und benahmen sich wie Fernsehbulle.

1. Sie fragten z.B. nach dem Alibi für die Zeit der Aktion der Bewegung des 2. Juni.
2. Sie versuchten die Ausweis- und Kfz-Papiere zu sehen.
3. Sie versuchten, ohne Gewalt und Durchsuchungsbedarf in die Wohnung zu kommen.
- Auf diese äußerlich harmlos aufgezogene Methode fielen viele Genossen rein!
- Deshalb nochmal:
1. Mit den Bullen nicht reden, auch keine "Nebensächlichkeiten"! Keine Alibis sagen, denn ohne es zu wissen, belasten sie andere.
2. Bei Befragung an der Wohnungstür die Bullen nicht reinlassen! Tür zu!
3. Bei Personalfeststellung nur ein Papier vorzeigen, entweder Personalausweis oder Paß.
4. Kfz-Schein und Führerschein nur im Auto vorzeigen.

Immer daran denken, daß die Bullen einen als Kreuz legen wollen. Inhaltliches Entgegenkommen ist kein Mittel, es ist (sowas) werden, sondern bringt sie dazu, noch weiterzubohren.

Es sind von jetzt an allen solche informellen Befragungen zu erwarten. Gehört zu der neuen Bullenstrategie gegen die Guerrilla. Sie versuchen, die Fische nicht nur zu fangen, sondern durch Vergiften des Wassers zu vernichten. Darum sich auf solche Situationen vorbereiten, Maßnahmen mit Genossen diskutieren, sich mit den Erfahrungen von Genossen auseinandersetzen. Sich klarmachen, daß es richtig ist, wenn massenweise die Bullen abgewiesen werden, auch wenn sie mit Drohungen kommen wie: wir nehmen Sie mit, falls Sie keine Aussagen machen.

Auszüge aus einem Flugblatt über Ralph Stein

Am 14. April wurde unter Genosse Ralph Stein um 4 Uhr morgens in seiner Wohnung festgenommen und wird seit dem im Gefängnis Köln-Ossendorf festgehalten. Der Haftbefehl, der bereits im Januar ausgestellt wurde, basiert auf der Aussage eines Jungen und eines Mädchens, die am 26. November 74 im Rahmen der bundesweiten Palisadenaktion "Winterreise" festgenommen wurden (diese auf Aussage des Denunzianten Jürgen Bodewitz hin. Sie haben Ralph Stein beschuldigt, sie zu einem Waffenversteck geführt zu haben. Ralph Stein war aktives Mitglied der Gewerkschaft IG Metall und der Bürgerinitiative in Nippes, einem Arbeiterviertel in Köln. Beim Fordstreik in Köln war er aktiv und ist nach Beendigung des Streiks entlassen worden. Als Mitglied der Schwarzwasser-Rote Hilfe korrespondierte er mit Inhaftierten Genossen. Das Postfach der "Befreiung" lief auf seinen Namen.

Zeigt ganz solidarisches, indem ihr ihm schreibt (JVA 5 Köln 30, Rochstr. 350). Weitere Informationen über Ralph Stein über c/o R. Aurand, 5 Köln 30, Tietzstr. 49.

Presseerklärung der Regionalkonferenz der ROTEN Hilfen NRW

In Bezug auf den Artikel im "Express am Sonntag" vom 11.5. "Wahnsinniger Terror - Sowjetkretzen auf Stuttgart" erklären wir:

Mit dieser Drohung sollten angeblich 2 000 000 DM erpresst und den Roten Hilfen zugeführt werden. Diese Meldung ist eine faschistische Provokation, um die Bevölkerung in Panik zu versetzen und die Isolierung der RAs vorzubereiten. Die Aktionen der revolutionären Linken richten sich niemals gegen das Volk. Beispiele solcher faschistischer Aktionen und Provokationen gibt es genug: die Bombendrohung auf Stuttgart, die Bombe im Bremer Hauptbahnhof, die Raketenandrohung auf das Fußballstadion in Stuttgart während der Fußballweltmeisterschaft, Bombenanschläge auf die Mailänder Landwirtschafsbank und auf einen Personenzug in Bologna. Was haben alle diese Aktionen gemeinsam? Im Gegensatz zur Aktion der Guerrilla, die sich ausschließlich gegen die Herrschenden und ihre Interessenvertreter richten, sind faschistische Aktionen ausschließlich gegen das Volk gerichtet.

Warum sollen die Roten Hilfen illegalisiert werden? Die RAs sind die einzigen Gruppen, die versuchen, die Isolation durch den Kroat aufzubrechen, die nach solidarisch sind, indem sie Briefe schreiben, Anwälte befragen, Informationen verbreiten, die die Presse unterschlägt und diese Aktivitäten passen den Herrschenden nicht, weil sie die Gefangenen als von der Bewegung losgelöste Einzelpersonen darstellen und verurteilen wollen.

Seite 8



Zur Zeit finden in San Sebastian und Madrid Prozesse gegen diese Genossen statt. Ihnen wird vorgeworfen, am 13. Sept. 1974 einen Sprengkörper in die Cafeteria Rolando in Madrid gelegt zu haben. 11 Menschen wurden dabei getötet, 72 verletzt. Bis heute hat keine Organisation die Verantwortung übernommen. 3 Tage später wurden die Genossen festgenommen. Es ist inzwischen bewiesen, daß die ganze Aktion nichts als eine infame Verleumdung gegenüber einer Gruppe revolutionärer Genossen ist. Tatsachen beweisen, daß dieses Attentat eine faschistische Provokation war. Es ist gekennzeichnet von demselben mörderischen Bandwurm, wie die letzten Provokationen in Italien. Das Attentat zeigt die konterrevolutionäre Gewalt, die keine Unterschiede macht und gewissenlos unschuldige Menschenleben auf Spiel setzt. Revolutionäre Gewalt dagegen, richtet sich niemals gegen das Volk! Den angeklagten Genossen droht die Todesstrafe. Seit sie im Gefängnis sitzen, werden sie bestialisch gefoltert.

einer von 1100

haus drei/hinter dem Fenster mit gebeugtem Kopf setzt er Hülserklammern zusammen: über fünfzig/rotes Hemd obere schneidezähne fehlen. Freundlich grüßt er den kommunisten beim einzelhohgang - wird er dabei nicht geschau. wird er entlassen kehrt er bald zurück - über fünfzig. eine mark zwanzig am tag: läster- und haarklammern druckknöpfe und röhren. wer so freundlich grüßt ist - noch - nicht kaputt.

der harte kern
der harte kern
- einer kirsche
zum beispiel -
ist immer ungenießbar
er wird ausgespuckt
bei wunden boden
wird ein baum
aus ihm

peter-paul zahl
schutzimpfung
gedichtet
rotbuch verlag berlin
seit 1972 in isolationshaft
kasselerstr. 2.27. 5 köln 30
rochstr. 350

(NZZ 1. 10.) Vizepräsident Europhry:
"Die Vereinigten Staaten haben Seiten in Vietnam stehen, weil die eigene Sicherheit der Vereinigten Staaten auf dem Spiel steht. Der Feind muß wissen, daß wir niemals aufgeben und dort bleiben werden, bis der Geschäft erledigt ist." (NZZ 1. 10.)





Portugal

Wo ist der Weg wo ist die Richtung - Ich seh da unten eine Richtung...

- Was Portugal für mich heißt -

Zunächst bin ich auf Portugal recht zufällig gestoßen - es war einfach im letzten Sommer die Frage, wo man seinen Urlaub verbringen sollte, nun also, warum nicht dort, vielleicht ein bisschen das Angenehme mit dem Nützlichen verbinden. Eine Weile Algarve am Strand, eine Weile Lissabon, eine Weile auf dem Land. Es zeigte sich es ist nicht schwer, in Portugal Leute kennenzulernen, die einem ein wenig dabei helfen, die Augen aufzumachen, auch wenn man kein Bündel von "Kontaktdressen" mitbringt. Und wir mochten immerhin die Augen auf, daß es bei der Rückkehr nach Frankfurt klar war, daß man nicht einfach so tun konnte, als sei nichts gewesen; so entstand die Portugal-Gruppe. Nicht nur wir in den Diskussionen in der Gruppe wurden ständig durch das Übermaß, was sich dann weiter abspielte - so ging es auch Spínola, so ging es der Kommunistischen Partei, deren "Sofortprogramm", beschlossen auf dem außerordentlichen Parteitag vom 20. Oktober wenig später durch sehr viel radikale Maßnahmen gegenstandslos wurde, so ging es vor allem auch unserer deutschen Presse, die überhaupt nicht mehr hinterherkam, so ging es aber vor allem den linken Gruppen hier, für die es ausgemachte Sache war, daß der 25. April nur ein neues Gewand bürgerlicher Herrschaft und für die die MFA ein repressives Organ zur Annäherung Portugals an den westeuropäischen Kapitalismus bedeute. Das sage ich gar nicht hässlich. Man kann und muß aber daraus lernen wie sehr man mit vorgestanzten, scheinbar aus gesellschaftlicher Erfahrung gewonnenen Einschätzungen so ungeheuer an der Realität vorbeischießen kann, und auch: daß der Begriff "Dynamik der Massenbewegung" nicht nur so ein hohles Wort ist, daß die Dynamik sich immer wieder als Kalkül und Manipulation zeigt.

Lieber ein wütender Hund sein, als ein Schaf, das zu dem Schafherd ja sagt den ganzen Tag, und das ihm Wolk, Fleisch und Leben gibt und dazu mit dem Hindernis wackelt. Lieber kein Schaf sein. Lieber ein wütender Hund, der weiß, wo er zupackst, mit wachsamem Prugen, die Füße auf dem Boden. Lieber es leben, es leben der wütende Hund, mit gestraubtem Fell,

geleschten Zähnen, und der Nase in Wind - wütender Hund, wütender Hund, Richtung.

Lieber ein wütender Hund sein, als ein Krebs, der vorwärts und rückwärts geht und sich gährend vollt und bei dem, wenn er spricht, man nur das Gurgeln im Hals hört. Lieber kein Krebs sein, Lieber ein wütender Hund, der weiß, wo er zupackst, mit wachsamem Augen...

Lieber ein Hund sein, als eine Sardine, abgezogen, in einer Dose eingeklemmt, gut bezogen, schon bereit gegessen, verschluckt, verdaut und ausgeschieden zu werden. Lieber keine Sardine sein, Lieber ein wütender Hund sein, der weiß, wo er zupackst, der die Fackeln packt, sie versetzt mit wachsamem Augen, die Füße auf dem Boden...

der die Zähne zeigt, immer bereit zuzubeißen und die Antwort zu geben, auf alle und jede unter der Kruste versteckte Faulheit unter der Kruste der schönen Ideen die versteckte Katze mit dem Schwanz drauf.

Wenn wir auch davon durch die Entwicklung (zu, September - Spínolas Abgang - Entwicklung der Volksinitiativen - die große autonome Demonstration vom 7. Februar, - der 11. März, die Nationalisierungen - der Revolutionset - die Entartung des linken Flügels der MFA - das Anwachsen der Arbeiterkommissionen, der revolutionären Räte, der Landbesetzungen bis hin jetzt zum von der MFA-Spitze propagierten Aufbau der Räteemokratie) überrascht wurden, so haben wir doch an zweifelsfrei seit Beginn der Gruppe festgehalten: erstens an einem grundsätzlichen Optimismus hinsichtlich der revolutionären Entwicklung, zweitens an einer im wesentlichen positiven Einschätzung der MFA für eine nicht allzu kurz zu bemessende Übergangsperiode. Soweit zu übersehen ist, haben wir diese Grundannahmen innerhalb der westdeutschen Linken nur mit dem KB geteilt, dessen Organ "Arbeiterkampf" in jeder Ausgabe sehr nützliche Informationen und Analysen über Portugal geliefert hat. Ein Genosse in Lissabon hat uns gesagt: "Es ist immer die Gefahr, aus einem Minimum an Information ein Maximum an Analyse zu machen", und das ist in der Tat ein großes Problem: einerseits will man diese Gefahr vermeiden, zumal man steht, zu was für irrwitzigen Ergebnissen das führen kann, andererseits kann man die Informationen, die einem ja täglich durch die Presse serviert werden, nur richtig verarbeiten, wenn man ein (stets korrigierbares 1) Bild von den Kräfteverhältnissen, den wesentlichen Problemen, den jeweiligen Hauptgegnern einer revolutionären Entwicklung usw. hat.

Portugal hat für uns den ungeheuren Vorteil - etwa gegenüber Chile, etwa gegenüber Vietnam oder Kuba - daß man relativ einfach dorthin fahren kann - man mag das als "Politourismus" beschimpfen, ich glaube aber, daß eine solche Reise das beste Heilmittel gegen Dogmatismus ist. Wenn man eine revolutionäre Umwälzung nicht in erster Linie unter theoretischer oder machtsstrategischen Gesichtspunkten sieht, sondern als eine Angelegenheit von Menschen, die in diesem Prozeß agieren, die durch ihn verändert werden, deren Verhältnisse zueinander und deren materielle Existenz auf neue Füße gestellt werden, dann ist das Dabeisein durch nichts ersetzbar.

Meine zweite Reise nach Portugal - zu den Wahlen und zum 1. Mai - zusammen mit Genossen aus der Gruppe, sollte auch der Vorbereitung einer "Portugal-Woche" in Frankfurt im Mai dienen. So fuhr ich diesmal unter anderen Vorzeichen, gezielter. Wir hatten zuvor in Frankfurt zwei Offiziere der "Dynamisierungskampagne" der MFA kennengelernt, wir hatten die Adressen der wichtigsten Gruppen der revolutionären Linken, wir wollten - zwei Wochen standen

nur zur Verfügung - insbesondere die Zeit und die strategischen Vorstellungen dieser Gruppen und zum zweiten Beispiel des Aufbaus der "podar popular" kennenlernen, zum anderen natürlich anwesend sein bei den Massenversammlungen in den letzten Tagen vor der Wahl und zum 1. Mai. Gerade weil wir so relativ "offen" hinfuhren - d.h. eine eindeutige Sympathie für eine bestimmte Organisation und ohne eine fertige Analyse - waren wir in den ersten Tagen sehr verzehrt durch die Vielschichtigkeit der politischen Realität, immer bereit, uns den Standpunkt dessen zuzueigen zu machen, mit dem wir gerade sprachen oder ein Interview machten. Aber noch uns nach kristallisierten sich für uns folgende Themen heraus, die wir auch in den Versammlungen der "Portugal-Woche" vertreten und die zu revidieren bis jetzt, da ich dies schreibe - auch wenn seither wieder viel passiert ist - kein Anlaß besteht:

- 1) die MFA ist für eine Übergangsperiode der Garant des revolutionären Prozesses. Sie hat eine wichtige Funktion darin, den Prozeß gegen einen reaktionären Umsturz, gegen ausländische Intervention, aber auch gegen eine sozialdemokratische Lösung und gegen eine KP-Verharmlosung zu schützen und zu verteidigen. Daher ist es notwendig, wenn sie trotz ihrer internen Widersprüchlichkeit als Einheit für einen gewissen Zeitraum bestehen bleibt.
- 2) In diesem Windschatten der MFA ist der Aufbau und die Koordinierung autonomer, re-ähnlicher Organisation in Betrieben, in Dörfern, Stadtteilen und der Armeen vordringlich. Sie allein können die Zersplitterung innerhalb der Arbeiterklasse und der revolutionären Linken überwinden, den Bewußtseinsprozeß mit vorantreiben und gemeinsam mit der MFA bewaffnete Verteidigungskomitees aufbauen (statt diffuser, unkontrollierter "Vollabkaffung"). Ein großes Problem dabei ist die Beschneidung auf Parteilinien, daher ist überparteiliche und überregionale Koordinierung wichtig.

In diesem Prozeß spielen all die Gruppen eine große Rolle, die sich aktiv eine politisch-ökonomische Interessen an dem Aufbau der autonomen Organe beteiligen, was - in unterschiedlichem Maße - für die LUAR, die MES, die FSP, die PRP-BR (Rev. Brigaden) und möglicherweise auch für die ML-Organisationen UDF gilt, wobei deren Wählerfolge, sofern sie an der Wahl teilgenommen haben (MES, FSP, UDF) wenig ausreicht.

Wenn man - wenn auch nur für kurze Zeit - die Offenheit, die Begeisterung, die Aufbruchstimmung, die Phantasie, die Angewohnheit in Portugal erlebt hat, ist die Rückkehr in die Bundesrepublik bedrückend. Wenn die Polizisten in Lissabon stehen, weißt du, daß sie keine Macht haben, daß sie ein bisschen gelangweilt dastehen, wenn die Militärpolizisten stehen, die Macht haben, weißt du, daß sie vermutlich Genossen sind. Du steigst aus dem Flughafen von Foz, du siehst anders aus als die anderen deutschen Touristen, die da ankomen, der Militärpolizist mit Leopardenuniform und Knaure auf dem Rücken macht dir, ein bisschen verstoßen, die Fous Seins Abflug wird dir nur gefragt, ob du portugiesisches Geld dabei hast; mit der kurzen Durchsuchung der Koffer nach Geld kommt du dich identifizieren, denn du weißt, welche Gefahr in der Kapitalität steckt. Du liegst in den Tagen vor dem ersten Mai in durchweg alten Zeltungen von der Befreiung Solange, nicht vom "Fall". Du siehst in den Zeitungen, die angeblich alle KP-bezogen sind, seltenlanges Kommuniqué oder Aktionsberichte von revolutionären Gruppen, auch denen der ML. Du siehst, wie die Leute aus den Trepp springen, um sich die neueste Nachrichtenzeitung zu kaufen, du siehst, wie Jugendliche auf einen vorbeifahrenden Panzerwagen klammern und ein Stück mitführen. Du siehst wie Genossen aus allen möglichen Ländern voran "provenitiv" besetzten Zentralgebäude der MFA over- und eingehen, um Informationen, Plakate, Flugchriften zu holen, du siehst, wie der Soldat, der den Eingang dieses Hauses bewacht, die Hände in den Taschen läßt, wenn der Flottenchef, Admiral Coutinho, hineingehst du siehst, wie Mario Soares, als er das Haus betritt, seinen Personalausweis abgeben muß wie jeder andere. Du siehst den - natürlich besetzten - Sitz der PRP-BR (eine Organisation, von der jeder weiß, daß sie bewaffnet ist) zwanzig Meter entfernt von der MFA-Zentrale in derselben Straße, du siehst, wie PRP-BR-Genossen und MFA-Leute gemeinsam ihren Vorratstafeltrinken und die neuesten Ereignisse durchsprechen, du erfährst, daß der "zweite

Mann" der LUAR am Tag, bevor er nach Frankfurt kam, ein-nige Stunden mit Coutinho strategische Probleme diskutierten hat.

Und du erlebst, daß all diese Leute vor dem Land Angst haben, in das du gerade zurückkehrst: vor der Bundesrepublik, vor das vielleicht, als vor das USA. Das ist ein merkwürdiges Gefühl, ein ganz klein bisschen ähnlich vielleicht, wie es die deutschen Emigranten in den dreißiger Jahren gehabt haben müssen. "BRD-Imperialismus" - dieser Begriff nimmt plötzlich sehr konkrete Formen an. So nach und nach verdichtet sich das, was Portugal für mich heißt, wird es mehr, als die "Beschäftigung" mit irgendeinem Land, in dem sich eine Revolution abspielt. Die Geschichte ist voller schlechter Beispiele dafür, was es heißen kann, sich auf die Revolution in einem anderen Land allzu sehr zu beziehen; Rußland, Cuba, China ... erachtete A-kehr oder totale Identifikation. Aber vielleicht ist das ein Vorgriff, vielleicht stellt sich für Portugal das Problem noch gar nicht: denn dort hat sich noch nichts etabliert, es gibt kein "System", kein "Modell", sondern "nur" einen Prozeß. Mir scheint, es ist gefährlicher, sich mit einer Entwicklung zu identifizieren, als mit einer etablierten Macht mit einer Entwicklung, die eine Richtung hat: eine sozialistische Basisdemokratie, ein "eigener Weg".

Die portugiesischen Genossen betonen, soweit sie nicht Dogmatiker sind, so häufig diesen eigenen Weg, und das hat schon viel Verwirrung ausgelöst. Eigentlich heißt es nicht mehr und nicht weniger, als daß keinerlei Importierung eines Modells angestrebt wird, schon gar nicht des moskauer beherrschten Ostblockmodells. Aber auch nicht jene ominöse Art von "Dritte-Welt-Socialismus" in seinen unterschiedlichen Spielarten von Algerien über Nasser-Ägypten bis zu Peru. Bis jetzt gesehen, stellt dieser Weg zweierlei in Frage: zum einen, daß einzig eine Avant-garde-Partei zur Revolution führen kann (das ist nicht ganz richtig),

zum anderen, daß die Gewehre der bewaffneten Kräfte der Bourgeoisie nicht immer in die gleiche Richtung zielen in Richtung Proletariat. Vielleicht liegt die größte, durch Portugal hervorgerufene Verunsicherung das Imperialismus darin, daß er sich auf seine Armeen nicht mehr so bedingungslos verlassen kann, daß er allzuoft noch eine Armee in einem gewissen Kolonialkrieg schicken kann, daß aber die Rückkehr dieser Armee zu einem unkontrollierbaren Risiko wird. Dieses Ergebnis ist für die Bourgeoisie so unfähig, daß ihre Presse - teilweise bis heute hin - die Rolle der MFA völlig verkörpert hat, und das ist gut so.

Ja, was kann man denn nun tun? Haben wir nicht genug Schwierigkeiten mit uns selbst, hier? Natürlich kann man auch für Portugal rufen, daß die beste Form der Solidarität Klassenkampf im eigenen Land ist, und das gilt hier vielleicht diskret, unmittelbar als jemals in den vergangenen Jahren. Und doch wenn wir nicht recht, was wir mit der Partei anfangen sollen. Etwas tun, bevor es zu spät ist. Auch die scheinbar ganz kleinen Sachen sind wichtig. Gespräche dort, wo man arbeitet, ein Flugblatt. Eine Veranstaltung zu Portugal, in einer Schule, in der Uni oder sonstwo. Es gibt sehr gute Filme, die vieles konkreter machen, als wenn man nur redet. Und dann gibt es viele Zentren von Portugiesen, gerade auch in kleineren Städten, meist von der Caritas eingerichtet, der katholischen Kirche, sehr häufig Zentren der Reaktion, des Antikommunismus. Mit dem Genossen der LUAR, der in Frankfurt war, haben wir vereinbart, daß in Lissabon ein portugiesisch-deutsches Kontaktzentrum errichtet wird, wo außer der LUAR: auch die MES, die FSP und evtl. die PRP-BR mitmachen sollen, offiziell, in Verbindung mit der MFA. Das soll nach Möglichkeit noch vor den Sommerferien anfangen zu arbeiten.

Nach einem Urlaub in Lissabon...



Kannst niemand einfach so davor.

Ansätze von Gegenmacht:

Poder

Soldatenräte
Mieterräte
Landbesetzungen
Arbeiterkommissionen

RAL 1-Interview mit der französischen Zeitschrift "Revolution" Nr. 89 vom 11.4.75

"Die Soldaten des RAL 1 sind sich vollkommen darüber bewußt, daß sie an der Spitze der Kämpfe stehen, wir müssen aber gut begreifen, daß unsere Situation eine relativ außergewöhnliche ist. Die autonome Soldatenbewegung ist das Produkt der Entwicklung der Klassenkämpfe. Es gibt eine enge Verbindung zwischen der Entwicklung der Initiative und Autonomie der Arbeiterbewegung und der Entwicklung der autonomen Soldatenbewegung. Die Bewegung der Soldaten widmet der Aufrechterhaltung dieser engen Verbindung sehr viel Aufmerksamkeit..."

Konkret realisiert sich die Verbindung zwischen Arbeiter- und Soldatenbewegung in dem kontinuierlichen Kontakt der Soldatenräte mit den Arbeiterkommissionen, Räten von Stadtteilbewohnern und Landbesetzern. Die Arbeiterkommissionen entstanden noch dem 25. April haben den gewerkschaftlichen Strukturen aus dem Arbeiterkampf in den Betrieben, die sich dadurch auszeichnen, daß sie von Anfang an auch das politische Bewußtsein der Arbeiter ausdrückten mit Forderungen, die vereinheitlichend und verallgemeinerbar für die gesamte portugiesische Arbeiterklasse waren. Wie einerseits die ökonomische Forderung nach Mindestlohn und Lohnfortzahlung bei Urlaub und Krankheit und andererseits die politische Forderung nach der Entlassung von Faschisten aus der Betriebsleitung und der Wiedereinstellung entlassener Arbeiter, außerdem Forderungen, die die kapitalistische Arbeitorganisation angreifen, wie Abschaffung von Akkordarbeit und Überstundenarbeit.

Im agrarischen Bereich entwickelte sich die Basisbewegung durch kollektive Landbesetzungen und die Gründung von Kooperativen. Beides wird von der MFA unterstützt (s. Bericht über die "Kommune Roter Stern").

Weitere bedeutsame Masseninitiativen und Ansätze von Selbstorganisation finden man in den Kämpfen "Moradores" (Stadtteilbewohner). Am Ausgangspunkt dieser Kämpfe steht das enorme Defizit an sozialen Einrichtungen, das der faschistische Staat hinterlassen hat. Aber auch noch dem 25. April sind die staatlichen Institutionen unfähig, ein umfassendes Konzept von Sozialpolitik zu entwickeln oder gar zu realisieren. Dies liegt einmal an der ökonomischen Krise der portugiesischen Wirtschaft, aber auch an der Instabilität der politischen Machtverhältnisse. Die Befriedigung ihrer sozialen Bedürfnisse müssen die proletarische Massen also selber organisieren.

Voraussetzung für die Einrichtung von Volkskliniken, Schulen etc. war die Beschaffung von Raum, was zu der massenhaften Hausbesetzungsbewegung in ganz Portugal führte. Dabei kam es zu Konflikten mit den bürgerlichen Besitz- und Machtverhältnissen und den Institutionen, die sie verteidigen. Dazu ein Beispiel aus Lissabon: Die Bewohnerkommission eines Vorortes besetzt ein Haus; der Besitzer erreicht bei der Justiz, daß das Haus von der Polizei brutal geräumt wird; später besetzen die "Moradores" zum zweiten Mal das Haus, nachdem sie sich vorher der Unterstützung des Copcon versichert haben, das verspricht, die Besetzung vor der Polizei zu schützen. (s. ID Nr. 82, Interview mit Hausbesetzern).

Ein anderes Beispiel für die Auseinandersetzung zwischen staatlichen Institutionen und Basisorganisationen kommt im Kampf für menschenwürdige Wohnungen zum Ausdruck. So fordert die "Intercomissões de moradores" (gemeinsame Kommission der Bewohner von verschiedenen Elendsvierteln hauptsächlich) von der staatlichen Wohnungsbaubehörde Unterstützung für ein Wohnungsbauprojekt, bei dem Charakter und Art der Durchführung von den in der Intercomissão organisierten Bewohnern selbst bestimmt werden soll. So fordern sie die entschädigungslose Entlohnung von Grundrissen für das Projekt, Begrenzung der Miethöhe auf 10% des Lohns, die Einstellung arbeitsloser Bauarbeiter und für sich selber die Entscheidung über den zu bewohnenden Haushalt. (s. Arbeiterkampf Nr. 61, S. 13 Mieterkämpfe in Portugal). Diese Forderungen an die staatlichen Baubehörden zeigen, wie stark von heute Basisorganisationen den Anspruch stellen, das Handeln staatlicher Organe zu beeinflussen.



Um solche sozialen Projekte herum entwickelt sich auf städtischer Ebene eine Organisationsstruktur der Bevölkerung, die doktriniert, die Beschränktheit auf soziale Selbsthilfe zu durchbrechen. Ein konkretes Beispiel dafür ist die Organisationsstruktur der "Comissão de moradores" von Olivais-Sul, die sie sich nach der Besetzung eines Hauses gegeben hat. So hat die Planungsversammlung der Kommission die Konstituierung von 6 Arbeitsgruppen beschlossen: a) für antifaschistische Verteidigung, b) für Preis- und Qualitätskontrolle von Produkten, c) für Arbeit und Gesundheit, d) für Kindergärten, Kinderkrippen und Schulräume e) zur Verteidigung aller Rechte der Bewohner, f) für Kultur und Erholung. (aus Diário de Notícias vom 8.5.75, S. 6).

All diese Basisorganisationen, Räte, Kommissionen sind Ansätze einer alternativen Lebensorganisation, die der kapitalistischen Ordnung und Logik zuwiderläuft und ihnen eine eigene autonome proletarische Form und Logik entgegenstellt. Diese Organisationsansätze zielen hin auf die Entwicklung der Poder Popular, der Vollmacht, d.h. der Bedingung für die Eroberung der politischen Macht und dem Aufbau eines alternativen gesellschaftlichen Blocks, der nicht in bloß subjektivem Bewußtsein, sondern bereits in der konkreten Organisation einer "Macht des Volkes" zum Ausdruck kommen soll.



Antifaschistische Verteidigung heißt heute ständige Wachsamkeit gegenüber konterrevolutionären Putschversuchen, Aufstellung von Alarmrufen und Einsatzplänen, Kontaktaufnahme mit Soldaten, um evtl. eine Bewaffnung zu ermöglichen. In den Dörfern an der spanischen Grenze gibt es "Wachmannschaften" zum Schutz vor faschistischen Anschlägen und vor Infiltration.

Allerdings sind die Ansätze der Poder Popular in Portugal sowohl im Bewußtsein der Massen als auch im konkret existierenden Organisationszusammenhang erst schwach entwickelt. Daher ist eine der schwierigsten Probleme die Koordinierung dieser verschiedenen Basisorganisationen, das Herausbrechen aus ihrer Isolation und ihr Zusammenschluß auf lokaler und auch nationaler Ebene.

Weitere Schwierigkeiten für die Poder Popular - Ansätze entstehen daraus, daß die großen reformistischen und revisionistischen Parteien diesen autonomen Prozeß nicht wollen. Die Sozialistische Partei hat sich inzwischen eindeutig für ein parlamentarische System ausgesprochen, während die Kommunistische Partei undurchsichtiger faktiert. Aber auch sie ist natürlich nicht an einer Stärkung der Basis auf Kosten der Parteien interessiert, da es ihr Ziel ist, auf der Ebene von Staats- und Gewerkschaftsapparat ihre Macht auszuweiten. So versucht sie, die Entstehung von autonomen Organisationen - besonders in der Fabrik, ihrem traditionellen Tätigkeitsfeld - zu verhindern, und wenn ihr dies nicht gelingt, sie durch Unterwerfung zu kontrollieren. So hat sie versucht, die Arbeiterkommissionen zu einem gewerkschaftlichen Organ zu reduzieren, also rein auf die Fabrik bezogen und mit nur ökonomischen Inhalten.



Auch die "Parteiaufbau" verstehen die Räteorganisationen höchstens als geeignetes Rekrutierungsterrain. Revolutionäre linke Organisationen wie LUAR, MES, FSP und PRP-BR und - was besonders wichtig ist - Teile der MFA wie Copcon-Chef Carvalho und Rosa Coutinho, Mitglieder des Revolutionsrates, haben die revolutionäre Bedeutung, die diese Basisorganisationen bekommen können, erkannt und intervenieren in der Richtung, sie in "Sowjets", d.h. Organe der Vollmacht zu transformieren.

Das Beispiel Chile hat gezeigt, daß in dem Maße, wie sich die Ansätze von Poder Popular entwickeln, die Polarisierung im Klassenkampf fortschreitet und die Bourgeoisie ihre gesamte ökonomische und politische Macht einsetzt, um den revolutionären Prozeß zu sabotieren. Deshalb ist es auch für Portugal notwendig, die Poder Popular so schnell wie möglich weiter zu entwickeln, um die ökonomische und politische Macht der Bourgeoisie endgültig zu brechen.

Der portugiesische Revolutionsprozeß ist begleitet von einer Zersetzung des bürgerlichen Staatsapparates. Die portugiesische Bourgeoisie ist noch nicht geschlagen, sie ist aber in einer Defensivsituation. Die staatlichen Institutionen, die vormals der politische und machtbildende Ausdruck des Bürgertums waren, sind durch die Massenbewegung von unten z.T. aufgelöst, zumindest aber desorientiert. Sie sind außerdem für die Tatsachen, die diese Basismobilisierung schafft, zu träge und schwerfällig. Ihre gesetzlichen, verwaltungsrechtlichen Richtlinien, Vorschriften, Satzungen etc. stammen aus der vorrevolutionären Zeit. Sie werden durch die tägliche Praxis mehr und mehr aufgehoben.

Die basisdemokratische Mobilisierung ist nicht nur eine revolutionäre Alternative zur bürgerlichen Organisationsform des Staates - sie ist zugleich das politische und organisatorische Gegenstück zu den überlieferten oder noch dem 25. April neu gegründeten Parteien. Auch schon deshalb, weil diese Parteien die staatlichen Institutionen nicht aufheben, sondern in ihrem Sinne übernehmen und reformieren wollen. Hier gewinnt die Absicht der Linken in der MFA, sich nicht auf die Parteiapparate zu stützen, sondern über sie hinweg sich direkt auf die Selbstorganisation der Arbeiter, Landarbeiter, Mieterkommissionen usw. zu beziehen, eine ganz konkrete Dimension. Für die Basisdemokratie selbst ist diese Politik zugleich ein Garant dafür, daß sich ihre Ansätze heute zu einer tatsächlichen Gegenmacht entwickeln können.

Neben den Selbstorganisationsansätzen von unten werden auch von oben, von der MFA, neue revolutionäre Organe geschaffen, die unabhängig von den parlamentarischen Institutionen (wie provisorische Regierung, Verfassungsgebende Versammlung) existieren und diese sogar kontrollieren (Revolutionär). Auch andere Funktionen werden z.T. von der MFA übernommen: So intervenieren die Militärs (Copcon) bei politischen Auseinandersetzungen an Stelle der - weiter bestehenden - Polizei, meistens, um die revolutionären Kräfte zu unterstützen. Diese Rolle können die Militärs nur deshalb spielen, weil sich die Streitkräfte selbst in einem umfassenden Politisierungs- und Demokratisierungsprozeß befinden, der durch die Bildung von Soldatenräten und die Zerstörung der militärischen Hierarchie tendenziell auf die Schaffung eines Volkheeres hinzielt. Dieser Prozeß ist Resultat und zugleich auch Bedingung der sich entwickelnden Massenbewegung. Dies kommt zum Ausdruck beim Selbstverständnis der Soldaten des RAL 1, der am weitesten bestehenden Armeeeinheit, von den Arbeitern "Kasse des Volkes" genannt.





POPULAR

"O Terra e quem a TRABALHA"
DIE ERDE GEHÖRT DENEN, DIE SIE BEBAUEN

Der Trennungstrieb zwischen Nord- und Südpotugal läßt sich in zweierlei Hinsicht ziehen: politisch-ideologisch und auf agrarstruktureller Ebene. Im Norden wird hauptsächlich Wein auf Tausenden von kleinen Parzellen angebaut, während im Süden fast ausschließlich Korkkorken und Eukalyptuskulturen in großen Grundbesitzen (Latifundien) zusammengefaßt zu finden sind. Der extensive, verschwenderische Anbau von Monokulturen hat bislang die notwendige optimale Ausnutzung des Bodens verhindert. So wurden bisher kaum oder nur in unzureichendem Maße lebenswichtige Grundnahrungsmittel angebaut. Das heißt für Portugal: Import dieser Güter, womit die nur wenig vorhandenen Devisenreserven für Investitionen auf industriellen Sektor nicht verwendet werden können.

Schon unter Späola wurde ein Gesetz erlassen, das als erster Schritt zu einer Agrarreform angesehen werden kann, dessen Anwerfungsmöglichkeit und Auswirkung damals sicherlich nicht voll erkannt (und auch nicht beachtet) wurde. Es besagte, daß jeder, der Land oder Arbeitsplätze ungenutzt läßt, Wirtschaftsbetriebe begeben und deshalb bestraft wird. In der Praxis sah das bis jetzt so aus: Es wurden Erkundigungen über Betriebe, die nach Arbeitsplätze freihaben, und über Agrarkulturen, die nicht bebaut wurden, eingeholt. Die Besitzer werden aufgefordert, soundsoviel Arbeitskräfte einzustellen. Sie nehmen diese Arbeiter auf, weigern sich jedoch, ihnen Lohn zu zahlen. Lohn zahlt dann die I.R.A. (Instituto da Reforma Agrária), eine staatliche Institution. Jetzt tritt das Gesetz in Kraft, die Lohnzahlungsweigerung ist Wirtschaftsdelikt. Die Ernte wird einbehalten, die Staat spricht den Bauern das Land zur Bebauung zu (indirekte Enteignung). Der Staat unterstützt den Aufbau der neuen Kooperative mit einem 3-monatigen Kredit.

Ein neues Gesetz zur Agrarreform, das seit Anfang Mai in Diskussion ist, wendet sich auch explizit gegen die Großgrundbesitzer. Zukünftig sollen Landbesitzer ohne Sache unbewässert und über 50ha bewässert enteignet werden. Die Frage ob überhaupt und wenn in welchem Ausmaß entscheidet werden soll, ist offensichtlich nach nicht beantwortet.

Die Kooperative "Estrêla Vermelha" (Kommune Roter Stern) Die e.v. liegt ca. 50km östlich von Santiago de Compostela in Alentejo. Der 2.100 ha große (Spiegel Nr.22) Besitz gehört der Familie Barreiros, die außerdem noch über 200 000 ha Land (die eigenen nennt (nicht mehr lange). Herr Barreiros kam nur gelegentlich zur Faserfabrik hierher, sein Domizil liegt im Limonbar Prominentenviertel. Der Verkauf von Kork aus diesem einen Landbesitz brachte ihm spielend eine halbe Mio. DM ein (jährlich).

Ablauf der Besetzung
 Die Initiative ging von Landarbeitern und Molbauern der umliegenden Bezirke Alentejo, Évora und S. Domingos aus. Im Februar 78, nachdem man von dem total verwilderten Zustand dieses Besitzes der MFA berichtet hatte, gingen die Landarbeiter mit der "Urbarmachung" (Eröffnung von Dickicht und Büschen) unter eigener Regie an. Viele der 120 Arbeiter (mit Herzwelle ist die Zahl auf 250 angestiegen) sind PC-Sympathisanten oder sogar alte PC-Parteimitglieder, von denen auch der direkte Kontakt zur MFA hergestellt wurde, und die auch jetzt führende Positionen in den verschiedenen Kommissionen innehaben. Dennoch wäre es falsch anzunehmen, diese Besetzung sei von der PC-Partei aus von oben herab diktiert worden.

Organisation
 Nach der Besetzung kamen Soldaten der MFA. Sie waren zufrieden mit der geleisteten Arbeit und gaben Unterstützung zu. Seitdem finden zweimal monatlich Treffen mit Vertretern der MFA statt, die einmal monatlich "Inspektion der Lage" an Ort und Stelle macht. Von den Bauern und Landarbeitern wurden drei Kommissionen jeweils 6 5 Personen gewählt, die sich in Comissao tecnica (Respektieren), comissao comercial (An- und Verkauf), comissao administrativa (allgemeine Probleme, Verbindung zu MFA und zu anderen Koops) aufgliedern.

Einmal wöchentlich wird in den alten Räumen des Gutshofes eine Vollversammlung abgehalten, auf der die gesamten anliegenden Probleme diskutiert werden. Bisher erhielten Männer (16 DM pro Tag) und Frauen (12 DM) unterschiedlichen Lohn, der seit kurzem bewilligte Kredit der I.R.A. ermöglicht (jetzt gleiche Lohnzahlung für alle. Der erwirtschaftete Gewinn (Kork an die UdSSR für 700.000 DM verkauft) wird für 1) Kauf von Rohmaterial, 2) Rückzahlung der Kredite und 3) Lohnauszahlung verwendet.



Längerfristige Ziele
 Die Latifundienbesitzer in Alentejo, die Rinder verhungern und fruchtbaren Boden ungenutzt lassen, haben wie die Großgrundbesitzer in Spanien nie ein "echtes" kapitalistisches Bewußtsein entwickelt. Mariagezeiten wie Akkumulation, Reinvestition und Profitmaximierung sind ihnen fremd geblieben (ganz zu schweigen von der Existenzbedürfnissen ihrer Abhängigen). Das Land mußte nur soviel abwerfen, wie zur Aufrechterhaltung ihres luxuriösen Lebensstils benötigt wurde. Diese feudal-mittelalterliche Ausbeutung des Bodens muß sich in eine den Grundbedürfnissen des portugiesischen Volkes angepaßte Agrarstruktur umwandeln, um den Wunsch, unabhängig zu werden auf landwirtschaftlicher Ebene zunächst realisieren zu können. So ist die Entscheidung richtig, nach Besetzungen und Enteignungen die vorgefundenen Agrarkulturen nicht einfach zu übernehmen, sondern diese zu Gunsten anderer lebensnotwendigen Kulturen zu ersetzen. In der e.v. hat man damit schon begonnen, riesige Korkkulturen zu roden. Hier sollen bald Rinder, Schafe, Schweine und Ziegen weidung angebaut werden soll weiterhin Tomaten, Getreide, Mais, Pfeffer und Reis. Der in der Nähe liegende Stausee ist bislang zur Bewässerung der gesamten 2.100 ha noch nicht genutzt worden.

Weiterhin ist der Bau einer Schule für die Kinder der Kooperative, deren Schulweg manchmal noch über 5km beträgt, geplant, sowie eine landwirtschaftliche Fachschule, um den Bedarf an qualifizierten Spezialisten selbst zu decken. Geplant ist eine Art Agrarschule mit 6.000 Arbeitern und Bauern.

LEERE VILLA-BESETZUNG-KLINIK-neue Medizin!

Cova da Piedade ist ein Arbeiterort von Lissabon, auf der anderen Seite des Rio Tejo. In der Umgebung liegen einige der wichtigsten Fabriken Portugals: Lisnave (Schiffbau) und Siderurgia Nacional (Stahlwerk). Im Zentrum von Cova da Piedade steht seit Jahren eine große Privativilla leer, ein Privathaus aus dem letzten Jahrhundert. Anfang März wird die Villa besetzt, die Initiative ging von der LUAR aus. Hier soll eine Clinica Popular entstehen. Warum gerade eine Klinik? Die medizinische Versorgung in Portugal ist äußerst schlecht. Die Ärzte tollten sich in der Hauptstadt, kaum jemand will auf Land, wo es keine "Kultur" und kaum eine Infrastruktur gibt - und wo man nichts verdienen kann. Das "Land" beginnt se (jenseits des Tejo, im Industriegebiet).

Wie macht man sowas, eine Volkaklinik? Wie bei all diesen Aktionen wird nicht lange diskutiert und geplant: die Zeit drängt. So entsteht alles auf einmal: der Umbau der Villa, der Aufbau ambulatorischer, bald auch stationärer Behandlung, die Beschaffung von Medikamenten und medizinischen Geräten, die Propaganda in der Bevölkerung. Ein Mitarbeiter der LUAR, ein Arbeiter, wird mit der politischen und technischen "Leitung" betraut. In kürzester Zeit melden sich 19 Ärzte, die abwechselnd nach Zeitplan in der Klinik arbeiten - umsonst. Alle haben noch irgendwas von einem Job, machen dies also in der "Freizeit". Medikamente werden gespendet, teilweise, alle Arten durchsichtige - von Werkstoffkonstruktionen, von sympathisierenden Ärzten und Apothekern. Gespendet wird auch die medizinische Einrichtung: 30 Krankenzimmer kommen aus Holland, das Gesundheitszentrum von Lissabon stellt ein Röntgengerät zur Verfügung.

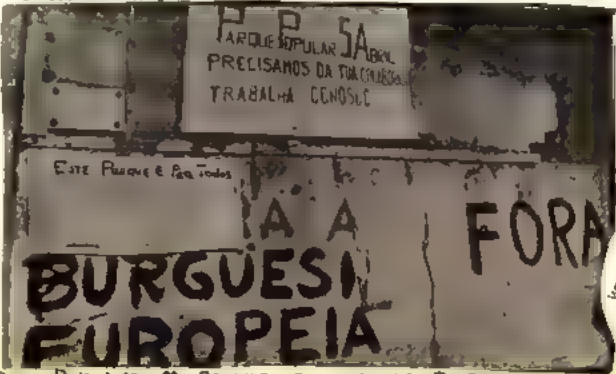
Die Klinik soll hauptsächlich für Kinder und Frauen sein. Im ersten Stock entsteht eine Entbindungsklinik (früher war dort der Speisestapel der "Herrschaffen"); zwei Kinder sind hier schon geboren. Das Wartezimmer ist gerammelt voll - aber es herrscht nicht das "peinliche Schweigen". Mißtrauen gibt es offenbar nicht, und das ist schon erstaunlich genug - waren doch Jahrzehntlang die Ärzte entdeckte Mitglie der herrschenden Klasse. Die Patienten zahlen nichts - weder für die Behandlung noch für Medikamente. Aber auch die Art der Behandlung unterscheidet sich von "normalen" Krankheitszuständen: hier besteht die Möglichkeit, eine nicht-bürgerliche Medizin zu entwickeln. Das beginnt mit der Ehrlichung einer Beratungsstelle für Hygiene, Verhütungsmittel, Familienplanung, Sportmedizin. Nicht nur der Patient soll untersucht werden, sondern auch die Ursachen seiner Krankheit.

Bis die Sache wirklich "steht", die Renovierung und Einrichtung abgeschlossen ist usw., will die LUAR nach der Kontrolle behalten. Dann soll eine Vollversammlung aus den Stadtbewohnern und den bisherigen Patienten abgehalten werden, auf der eine Kommission gewählt wird, die alle Entscheidungen trifft.

Die technischen Arbeiten bezeugen Arbeiter in ihrer Freizeit und einige chilenische Flüchtlingsfamilien, die von einem antifaschistischen Komitee bezahlt werden: sie sollen später auch in der Klinik wohnen. Übrigens sind auch Räume zur Unterbringung ausländischer Ärzte geplant.

Nun kann man sagen, schön und gut, eine Klinik, der auch noch ein paar andere gefolgt sind, aber das sind doch Einzelfälle, auf ganze Land gesehen, bringt das doch wenig. Genau da liegt der Punkt, der für alle diese Aneignungsaktionen zutrifft, ob es sich um Landbesetzungen, Fabrikbesetzungen, Wohnraumbesetzungen, Kliniken, Sozialzentren oder sonstwas handelt: sie haben zum einen große Bedeutung in sich, sie schaffen politische Basis, sie verkörpern ein erwachendes Selbst- und Machbewußtsein, sie sind Lernbeispiele dafür, wie man sich autonom organisiert und seine Probleme bewältigt - und das ist bei dem aus Jahrzehnte langer Abhängigkeit resultierenden autoritären Bewußtsein der Portugiesen besonders bedeutsam.

Aber zum anderen beeinflussen sie unmittelbar die allgemeine politische Struktur, sind Vorimpulse für eine Neugestaltung aller Lebensbereiche und stoßen die MFA und den Revolutionen nach vorn. Bleiben wir bei der Volkaklinik und ihren Nachfolgeaktionen: das hat entscheidend den Aufbau der Service Nacional Saude (SNS), eines staatlichen Gesundheitsdienstes vorangetrieben, der später auch solche autonomen Kliniken finanzieren soll. Das kann eine bürokratische Einnahme solcher Volksinitiativen von oben bedeuten. Es kann aber auch heißen, daß die Erfahrungen von Selbstverwaltung, von Barterbeilegung der sozialen Verhältnisse der Patienten, von einer inhaltlich anderen Medizin, von einem neuen Verhältnis zwischen Ärzten und Patienten verallgemeinert werden. Dann wird sich erweisen, was das Wechselverhältnis "Volk - MFA - Volk" wirklich heißt. Darum ist es so wichtig, daß diese Initiativen von Poder Popular sich zunächst einmal autonom entwickeln (d.h., auch ohne staatliche Gelder), um die staatliche Gesamtplanung, ob im medizinischen Bereich oder anderwo, vor vollendete Tatsachen zu stellen.



Wir haben in der Portugiesische in Faktion der e.v. eine Klinik (ca. 2000 DM), so daß wir nicht nur Geld bekommen haben, wir hatten auch Spenden (nicht geringe) von 1000 DM. Kontakt: Paulo e Hilda - 1553 28180

Dieser Park ist für alle - RAUS MIT DER EUROPÄISCHEN BURGERSCHEN

PS-Republica-BRD

Die Solidarität der Demokraten feierte wieder einmal eine Sternstunde. Brandt, Pass, Mitterand, Cernomy, die SPD Hessen-Stad und Kai Uwe v. Hassel fanden sich in einer Forderung. Unterstützung für Portugal verlor die Demokraten! Die Linken wollen die Pressefreiheit abschaffen! (Wenn man weiß, wie unter dem Schweigen der Medien nur so dastehen Demokraten in Portugal bis vor 13 Monaten wirkliche Demokraten wirklich verfolgt wurden, kann man wiederum sehen wie weit der Zynismus unserer Politiker geht.)

Was ist geschehen? Ein schon lange schwebender Konflikt zwischen der Redaktion und den Druckern der Zeitung "Republica" ist offen ausgebrochen. Die "Republica" war bis zum 25. April ein Organ der breiten antifaschistischen Koalition, praktisch die Zeitung des CDE (= antifaschistische Sammlungsbewegung). Nach dem Auseinanderfallen des antifaschistischen Blocks geriet die Zeitung immer mehr unter die Kontrolle der sozialistischen Partei von Soares. In den letzten Monaten wurden 18 Redakteure, die nicht zur PS gehörten, aus dem Blatt gedrängt. Dieser Völlig auf PS-Linie eingeschwenkte Redaktion stehen die Honorarbeiter, die vor allem die Drucker, in ihrer Mehrheit gegenüber. Über diese Drucker wurde in der BRD-Presse immer nur als straff organisierte PC-Kampfruppe berichtet. Als Gegeninformation ein Ausschnitt aus einem Brief von einer in Lissabon arbeitenden Genossin:

"Es ist eine verdammte Lüge, daß die 'Republica'-Arbeiter, wie angeblich alle Arbeiter in den Massenmedien, alle PC-Mitglieder seien, und daß sie alle Massenmedien generalisierend aufrollen würden. Die PS hat auch einen neuen 'Beweis': Radio 'Renaissance', der katholische Sender Portugals, ist besetzt und in Selbstverwaltung übergegangen. Ich arbeite mit den 'Republica'-Arbeitern eng zusammen und habe auch mit den 'Renaissance'-Leuten lange gesprochen. Sie gehören alle Parteien links von der PS an, die Mehrheit scheint sich partiell sogar noch nicht gebunden zu haben, manche fragen auch noch aus Protest ihr PS-Abzeichen, weil die Partei sie gerade ausschließen will. Die sich verteidigenden 'Republica'-Arbeiter werden geschützt und finanziell unterstützt von einer Organisation, deren Standhaftigkeit gegen alle reformistischen und stalinistischen Konzepte ihr unläugend in der BRD und in Westberlin selbst überprüft werden kann." (gemeldet ist die Luze).

Am 2. Mai kam es zum ersten offenen Knoch. Die Drucker weigern sich, einen Artikel zu veröffentlichen, in dem einseitig die Intendenz für die Zwischenfälle des 1. Mai verantwortlich gemacht wird. (PS-Soares war nach einer Reihe von Provokationen der PS-Demonstrationen von Intendenz-Ordnern am Betreten der Redaktionsräume gehindert worden.) Die Redaktion wendet sich über die PS an die Öffentlichkeit und beklagt die Gefahr für die Pressefreiheit. Für sie ist Pressefreiheit eine klare Sache, die Freiheit des Herausgebers und der Redaktion, zu schreiben, was sie wollen, und die 'Freiheit' der Arbeiter, gefälligst zu drucken, was ihnen vorgelegt wird. Die Arbeiter fordern Mitspracherecht an der inhaltlichen Gestaltung der Zeitung, sie fordern Berichte

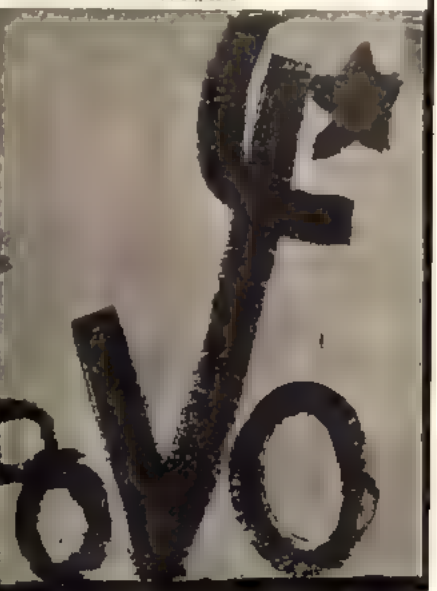
Die Maoisten der MRPP beteiligten sich auf so schönen Parolen wie "Die Zeitung gehört dem Volk, nicht Moskau", die Arbeiter werden als Sozialimperialisten beschimpft. Es beginnt nun eine Offensive der PS, die nicht überraschend kommt, und die das eigentlich Wichtige an der ganzen Affäre ist: Soares muß und will sich so schnell wie möglich seinen Wohnsitz in der Münze politischer Macht bezahlen lassen. Die "Republica" wird der Aufhänger dazu. Die Unpäßlichkeit der Forderungen - Widerschein der 'Republica', Eindämmung des PC-Einflusses in der Massenmedien - werden bald ergänzt durch die eigentlich wichtigsten Forderungen: Parlamentarismus, Gemeindefürsorge, Gewerkschaftswahlen.

Man darf sich von den 38 % Stimmen der PS nicht täuschen lassen, sie wurde aus den verschiedenen, teilweise sehr diffusen Gründen gewählt und hat auch keine der PC vergleichbare Organisation. Zwischen ihren linken, teilweise sehr radikalen Sprüchen im Wahlkampf und ihrer objektiven Funktion klaffen Welten. Viele PS-Wähler sind in der Arbeiterkommission, Mietervereine etc. gemeinsam mit Genossen der revolutionären Linken. Diese Selbstorganisationsformen des Volkes sind für die PS eine direkte Gefahr. Die Basis beteiligt sich an Kämpfen, gegen die die rechte Führung klar opponieren muß und die sie nicht tolerieren kann. Die revolutionäre Linke Portugals weiß, daß es eine der Schicksale



Mano, am'go, am Geld alles nicht liegen - für unsere FREIHEIT ist mir nichts zu teuer!

fragen des portugiesischen Prozesses ist, ob es gelingt, möglichst schnell, die PS-Basis von der rechten Führung abzulenken. Die Formen des 'poder popular' bieten dazu die Möglichkeit. Heute werden Selbstverwaltung und Ratemodelle bereits innerhalb der MFA diskutiert. Die Sprecher der Linken in der MFA, Rosa Coutinho und Otello de Carvalho, haben öffentlich erklärt, daß sie in den Annäherungen des 'poder popular' die Keimzellen der revolutionären Organisation des portugiesischen Staates sehen, und sich damit also gegen den bürgerlichen Parlamentarismus ausgesprochen. Soares' Reaktion auf die 'Republica'-Affäre müssen aus diesem Hintergrund gesehen und diskutiert werden. Sein Ziel ist es, möglichst schnell eine parlamentarische Parteiendemokratie zu institutionalisieren, in der für direkte Basis-Demokratie kein Platz ist; mehr noch: über seine Auslandskontakte international die Atmosphäre zu schaffen, in der alle anti-demokratischen Versuche als Mißachtung des Wohlwollens und damit als antidemokratisch gelten. Ge-mau also die Atmosphäre, die die verschiedenen ausländischen Interventionen und Erpressungsstrategien brauchen. Man ruft: "Achtung PC-Diktatur" und begründet damit den Kampf gegen alle revolutionären Initiativen der Basis. Man sagt: "Pressefreiheit!" und meint damit die bürgerlichen Freiheiten des Herausgebers und den Kampf gegen jede Arbeiterkontrolle. Soares' Parole: "Sozialismus ja - Diktatur Nein!", diese Parole, bei der Maoisten so begeistert mitsingen, heißt: "Bürgerlicher Parlamentarismus ja - revolutionärer Sozialismus, Nein!" Endziel ist demgemäß der Strategie der europäischen Sozialdemokratie das portugiesische Volk mit einer "offenen Gesellschaft" 6 la BRD zu beglücken.



Rede zur Eröffnung der Portugiswoche in Frankfurt

Um zu bestimmen, was Solidarität für uns praktisch heißen könnte, über einen allgemeinen und vagen Internationalismus hinaus, muß man genauer bestimmen, welche Rolle die Bundesrepublik für den Prozeß in Portugal spielt. Es ist mittlerweile bekannt, daß deutsches Kapital in den letzten Jahren

die meisten ausländischen Investitionen in Portugal gebügelt hat, daß die ökonomische Bedeutung der BRD für Portugal nach vor der USA steht, und daß die Bundeswehr einen Luftwaffenstützpunkt in Beja in Südpotugal unterhält. Noch wichtiger aber ist - und dies wäre ebenfalls eine zu diskutierende These - daß die BRD mehr und mehr zu einer disziplinierenden Intervention übernahm sich zu entwickeln und daß sie heute schon für die instabilen kapitalistischen Systeme Südwesteuropas eine Rolle spielt, die der USA für Lateinamerika vergleichbar ist. Schon heute ist klar, daß der revolutionäre Prozeß in Portugal den Zerfall kapitalistischer Herrschaft in Spanien, Italien und Griechenland beeinflusst und beschleunigt. Nicht umsonst sind tausende von Spaniern trotz der für sie damit verbundenen Gefahren zum 1. Mai nach Lissabon gefahren und haben an der großen Kundgebung im Stadion des 1. Mai teilgenommen. Es geht also nicht allein um die direkte Bedrohung ökonomischer Interessen in Portugal und Angola, es geht nicht allein darum, daß der NATO durch den faktischen Verlust des Azoren-Stützpunkts ein Zeichen aus der Krone gebracht wird - es geht heute viel allgemeiner darum, die immer größere Einschränkung des Operationsfeldes imperialistischer Politik zu verhindern, und hierzu ist gegenwärtig - zumindest was Europa betrifft - nur die BRD in der Lage.

Für Sozialismus in Freiheit neue portugiesische Schreibweise für Sozialismus à la Mano.

Wir haben im Laufe dieses Jahres gesehen, wie unsicher und schwankend die BRD auf die Entwicklung in Portugal reagiert hat, wie wenig sie in der Lage war, die Dynamik der vom Faschismus befallenen Massen und die dadurch bewirkte Radikalisierung der Milieubewegung einzuschätzen. Diese Entwicklung lief nach keinem Programm ab und zwang die Kommentatoren der bürgerlichen Presse zu immer neuen demagogischen Verurteilungen. Sehr grob aber lassen sich zwei Strategien möglicher Intervention unterscheiden.

Die erste Strategie war die eines rechten Putschs von innen, wobei die Frage, ob die BRD oder USA nun direkt auf den Umsturzversuchen vom 28. September und 11. März beitrug, kaum zu beantworten, aber auch nicht so wichtig ist. Dann jedenfalls war ein Spinnfeld der überlasteten Bundesregierung für die Integration Portugals in das kapitalistische Europa gewesen. Diese Strategie ist so gründlich gescheitert, daß ein erneuter Versuch dieser Art in absehbarer Zeit nicht zu erwarten ist. Die portugiesische Reaktion ist militärisch und politisch so schwach und andererseits so der erwartende Widerstand so stark, daß ein erneuter militärischer Umsturzversuch - auch wenn er von außen, also insbesondere durch die BRD massiv unterstützt würde, jedenfalls auf absehbare Zeit eher eine Unterminierung der Revolution zur Folge haben würde, wie es schon nach dem 28. September und dem 11. März der Fall war. PORTUGAL WIRD NICHT EUROPAS CHILE SEIN!

Die zweite, neuere Strategie ist die der "sozialdemokratischen Intervention", auf die mittlerweile anscheinend auch die Kräfte bauen, die sonst - hier - der Sozialdemokratie nicht so grün sind. Die "sozialdemokratische Intervention", die sich in Portugal auf die PPD und zumindest die Führung der PS stützen kann und mit ihrer Hand in Hand arbeitet, geht mit zwei einfachen Methoden von reaktiver antikomunistischer Propaganda und Spaltung der Milieubewegung und der revolutionären Kräfte in der Arbeiterklasse aus. Diese, ökonomische Integration andererseits, wofür die gegenwärtige portugiesische Wirtschaftskrise die besten Voraussetzungen bietet. Die Sozialdemokratie ist nicht - wie es für die BRD hier viele sagen, das "kleinere Übel", sondern ist, was Portugal und auch Spanien betrifft, die große aktuelle Gefahr. Das kann man sehr anschaulich erleben, wenn man sieht, wie sich die SPD-Delegationen im Ritz-Hotel in Lissabon die Klinke in die Hand geben, wie sie manipulieren, Druck ausüben, Geschenke machen, neue Tageszeitungen, wie jetzt das 'Jo me Novo' aus dem Boden stampfen usw.

Wir müssen in unserer Politik mehr und mehr begreifen, daß es auch eine europäische Perspektive gibt, daß auch dieser ganze Wust von innerer Sicherheit und Repression bei uns nur erdbeerbar und nur bekämpfbar ist auf dem Hintergrund der europäischen Rolle der Bundesrepublik, daß sich die Repression nicht nur gegen eine sozialistische Opposition hier, sondern ebensosehr gegen die aktuellen und virtuellen Kräfte des Faschismus in Südwesteuropa richtet. Und schließlich - und das ist vielleicht die wichtigste Erfahrung, die man auf einer Reise nach Portugal macht - schließlich ist es notwendig für uns, einen größeren Optimismus zu bekommen, zu sehen, daß die Befreiung, die soziale Revolution nicht nur nötig, sondern auch möglich ist.



Wir stehen fest auf dem Boden der freiheitlichen demokratischen Grundordnung

Über die Kämpfe der portugiesischen Arbeiterklasse. Für die PS ist dies erneut ein Beweis für ihre These der Übernahme der gesamten Massenmedien durch die PC. Dieser Einfluß der PC besteht bis zu einem gewissen Grade mal, aber sogenannte PC-kontrollierte Zeitungen berichten dennoch unverfälscht über alle Aktionen des Volkes. (ab nach dem 1. Mai selten lange Berichte über die Kundgebungen und Aktionen der verschiedenen Organisationen der revolutionären Linken, Abdruck auch scharfer anti-PC-Politiken, etc. - man stelle sich vor, die Rundschau oder die Frankfurter Allgemeine würden auf einer halben Seite die Organisationsdebatten des RK darstellen - das ungefähr wären portugiesische Zustände.)

Der Konflikt des 2. Mai führt zu einer vorgegebenen Kompromißformel. Die gewählte Arbeiterkommission soll mit der Redaktion in einen Dialog über die Linie des Blattes eintreten. Am 16. Mai kommt dann der entscheidende Konflikt: Die Redaktion bringt einen sehr langen Artikel über die Rückkehr einer PCP/ML-Delegation aus China. Die Wichtigkeit, die die PS der PCP/ML beilegt, erklärt sich weniger aus der Präsenz dieser Partei in den Arbeiterkämpfen, denn da hat sie keine Bedeutung, sondern aus der gemeinsamen Frontstellung gegen die PCP. So ist auch dieser Artikel weniger Bericht, als Hetze gegen Moskau's angebliche Pläne, Portugal zu verschlucken. Nach Diskussionen weigern sich die Mehrheit der Arbeiter, diesen Artikel zu drucken - sie besetzen die Druckerei und erklären den Chefredakteur für abgesetzt. Die Mehrheit der Redaktion solidarisiert sich mit dem abgewählten Chefredakteur, die PS beginnt Demonstrationen vor dem besetzten Gebäude zu organisieren. Zeitweise versammeln sich bis zu 50.000 Menschen unter Führung von Soares vor der 'Republica'.

Im portugiesischen Stahlwerk



Wie Arbeiterkontrolle gemacht wird:

Am Beispiel einer Betriebsversammlung in der Siderurgia Nacional, im Rahmen der Demokratisierungskampagne der MFA.

Die Siderurgia Nacional in Setúbal ist das größte Stahlwerk Portugals. Von hier kommen 60-70% des Gesamtjahresproduktion des Landes (14 Mio. Tonne Stahl/Jahr). 4500 Arbeiter. Die Arbeiter dieser Region haben bei den Rechtsputschversuchen die Brücke über den Tejo von dieser Seite aus kontrolliert, z.T. mit Waffen.

Der Betrieb ist gerade nationalisiert worden, von der Regierung wurden Verwaltungskommissionen eingesetzt.

Wir versuchen bewußt, den Verlauf der Versammlung genau wiederzugeben und haben darauf geachtet, die Aussagen nicht durch Kommentare, Einschränkungen oder Streichungen sozialologisch zu bereinigen - oder wichtigeres von unwichtigerem zu trennen. Gerade wenn sich der Prozeß der Arbeiterkontrolle konkret entwickelt - und nicht allgemein, dann sind die besonderen Fragen wichtig und nicht die allgemeinen.

Auf dem Podium: 2 Vertreter der Verwaltungskommissionen, 1 Vertreter der Interindical, 2 MFA-Offiziere.

Es sind mehr Arbeiter gekommen als bei der letzten Betriebsversammlung, nicht zuletzt, weil die MFA anwesend ist.

Interindical vertritt Arbeiter: "Zunächst stellen wir mit Bedauern fest, daß die Arbeiterkommission nicht auf dem Podium anwesend ist. Das Bruttoerzeugnis beträgt umgerechnet 9000 Esc. pro Beschäftigter, d.h. 2500 Esc. pro Kopf pro Monat. In der gegenwärtigen wirtschaftlichen Lage müssen wir davon ausgehen, daß keine Lohnsteigerungen mehr möglich sind, denn sie würden eine Preissteigerung nach sich ziehen. - Wir können sagen, daß die Verwaltungskommissionen die jetzt hier begonnen haben zu arbeiten einen Fortschritt auf dem Weg zur Sozialisierung des Betriebs bedeuten."

90 Tage nach der Nationalisierung müssen diese Verwaltungskommissionen der Regierung ein Neues Statut vorlegen.

Arbeiter: Wir schlagen vor, daß die Verwaltungskommissionen folgendermaßen besetzt werden: 2 leitende Angestellte, die von der Regierung benannt und von der Belegschaft gebilligt werden, 2 leitende Angestellte, die vom Betrieb gewählt werden, davon einer von der Gewerkschaft, einer von den Arbeiterkommissionen.

Arbeiter: Die Verstaatlichung war eine große Freude für uns, aber - wir wollen die Produktion kontrollieren. Worum soll das nicht über die revolutionären Räte geschehen? Unterstützt die MFA diese Räte? Der zweite wichtige Punkt sind die Säuberungen. Hier muß noch viel geschehen. Derjenige, der eingekerkert hat, hat viel dazu beigetragen, daß dieser Betrieb nicht rentabel gearbeitet hat. Wenn solche Leute offen uns gegenüber sind, wenn sie mit offenen Karten spielen, sind wir bereit, sie zu tolerieren.

Arbeiter: Die Arbeiterkommissionen haben sich bisher gewandelt mit den Gewerkschaftskommissionen zusammenzuarbeiten. Ich frage also: Welche Aufgabe hat also die Gewerkschaftskommission?

Interindical: Es ist Platz für alle da. Die Gewerkschaftskommissionen haben bisher nicht viel gemacht, sie wollten die A.l.o. nicht beleidigen. Beide sollten sich näher kennen.

MFA: Wir intervenieren hier nicht innerbetrieblich.

Arbeiter: Können noch vom, viel Beifall!

Dies ist eine Aufklärungsveranstaltung der MFA und deshalb ist es nicht der Moment, der MFA innerbetriebliche Konflikte zu erklären, das ist eine Sache, die die Arbeiter unter sich diskutieren müssen, deshalb nehmen wir hier nicht Stellung. (Sie treten ab) (mittels war ein Betriebsanfall, einige verlassen die Versammlung, um Blut für den Kollegen zu spenden.)

Arbeiter: Für oder können nur diejenigen Delegierte wählen

die einen extra Ausweis haben. Bezahlen ihn alle den Gewerkschaftsbeitrag. Warum soll diese alte Regelung weiter bestehen?

Verw.ko: Die Gewerkschaftsdelegierten haben sich entschlossen, daß das bis zum 31.1. des nächsten Jahres erst mal weiter so bleibt.

Arbeiter: Viele hier haben gesagt, daß ich ein Schweißhändler bin. Ich bin froh, daß die MFA da ist, und daß ich hier mal vor allem was sagen kann. Bei der letzten Versammlung hat einer vorgeschlagen, daß alle den gleichen Lohn kriegen sollten. Ich meine, das gibt es doch in keinem anderen Land, das geht doch nicht.

Es erhebt sich ein Wutauflauf, man lacht ihn aus und zeigt ihm den Vogel.

MFA: Jetzt nach der Verstaatlichung werden die Profite für Lohnzahlungen benutzt und zwar für die, die am wenigsten haben. Lohnunterschiede kann man nicht von heute auf morgen abschaffen. Auch in Cuba, wo es noch keine richtigen Sozialismus gibt, gibt's noch Lohnunterschiede.

Arbeiter: Die Gewerkschaft vertritt nicht die Arbeiter, das würde sie erst tun, wenn die Gewerkschaftsvertreter nicht nur immer an sich selbst denken würden, sondern an die Arbeiter.

Arbeiter: Ich finde, die Streichung geteilt abgeschafft, ich bin allerdings auch dafür, daß es ein Stufenplan für die geben soll, die immer krank fetten. Es gibt zu viele Opportunisten. Bisher gab es ja keine Lohnfortzahlung in solchen Fällen, aber jetzt ist sie ja wohl eingeführt. Man muß aber auch sagen, daß viele tatsächlich krank sind, denn die Arbeitsbedingungen sind schlecht. Von 4.500 Arbeitern arbeiten nur 150 unter idealen Sicherheitsvorkehrungen.

Arbeiter: Wendet sich mit dem Gesicht zur Fahne hinter dem Podium: Erst mal finde ich, sollten wir nicht immer mit dem Gesicht zur Fahne sprechen. Ich spreche mit dem Gesicht zur Fahne, weil sie jetzt zum ersten Mal frei ist. In der Siderurgia Nacional gab es Säuberungen d.h. die Leute haben die Plätze gewechselt und 300 - 400 Esc. mehr bekommen. Ich frage mich, ob das gut ist für die Arbeiterklasse.

Arbeiter: Die Gewerkschaftsvertreter kommen nur einmal zu uns, um den Beitrag abzuheben, jetzt reden sie von Demokratie. Die Bäume sind die alten geblieben, weiß das die MFA denn nicht? Es gab Leute, die 160 000 Esc verdient haben und diese Leute haben gegen mich geschimpft, wo ich 6000 verdienten. Das sei zu viel. Solange es nach Faschisten in der Verwaltung gibt, solange kann man nicht weitergehen.

MFA: Es geht schon vor dem 11. März eine 2. Säuberungswelle. Aber wir müssen alles gut bedenken: einige sind nur Opfer gewesen und sie haben jetzt große Probleme in ihrer Familie.



Arbeiter: Warum ist in einem Sektor die Produktion so zurückgegangen? Vor dem 25. April haben wir es nicht gewußt und jetzt wissen wir's auch nicht - es hat zwar eine Streikung gegeben, aber die erklärt nichts. So geht das nicht weiter, daß ihr da oben das alles allein ausmachet!

Verw.ko: Sie ist wegen finanzieller Schwierigkeiten zurückgegangen. Bis zur Nationalisierung wurde 1 Mill. für die Investition und 1 Mill. für Reparaturen ausgegeben. Im Moment wollen wir keine Hauptaufgaben mehr machen - Na ja, ich meine, es ist nicht so rentabel, was zu produzieren, was man nicht weiß, ob es sich auch verkaufen läßt.

Arbeiter: Ich habe eine persönliche Frage über einen, der war vom PIDE. Der fiel zwar unter die Säuberung, kriegt jetzt aber einen Posten in Porto und noch mehr Lohn.

Verw.ko: Da haben wir keine Informationen.

Arbeiter: Warum werden immer noch außerbetriebliche Techniker herangezogen? Die Arbeiter sind bereit technische Aufgaben selbst zu übernehmen, das geht schneller, billiger und schafft uns Arbeit. Wenn das nicht möglich ist, gibt es doch keinen Sozialismus!

Verw.ko: Also, was mich betrifft, ich wäre natürlich grundsätzlich dafür. Das wird alles in Zukunft sowieso einfach, denn die Fabrik gehört ja den Arbeitern.

Arbeiter: Aber wenn Sie schon gewählt sind, müssen Sie doch Ideen entwickeln haben, wie das Problem mit den Freiarbeitern zu lösen ist, oder wollen Sie uns genau so ausbeuten, wie die von früher?

Verw.ko: Man sollte dies alles doch auf der nächsten Betriebsversammlung weiterdiskutieren, wo jetzt die MFA hier ist. Soviel kann ich aber sagen: In Zukunft werden die Reparaturarbeiten, soweit das möglich ist, von Vertriebsunternehmen der Siderurgia übernommen und nicht nach außen vergeben (Viel Beifall, eine wichtige Zusage ist gemacht).



Arbeiter: Genau dazu muß ich noch sagen: es gibt in diesem Betrieb eine Wäscherei, die voll eingerichtet ist, da wurde viel reinvestiert. Aber diese Wäscherei ist geschlossen, die Wäsche wird in eine Fremdwäscherei abgegeben. Da arbeite ich. Das ist doch Scheiße, - ich will zu diesem Betrieb gehören.

Arbeiter: Der auf der letzten Versammlung gleichen Lohn für alle gefordert hat! Am gleichen Tag, wo hier die Versammlung der Arbeiter beschloß, den Mindestlohn auf 8 000 Esc. und den Höchstlohn auf 20 000 Esc. festzusetzen, hat die MFA Lohnforderungen in verstaatlichten Betrieben als Boykott erklärt. Was soll das heißen?

MFA: Wir nennen nur das einen Boykott, Boykott, wenn Lohnforderungen in einem Betrieb gestellt werden, der kurz vor der Nationalisierung steht. Die Folge ist nämlich, daß der Kapitalist den Lohnforderungen natürlich nachgibt. Boykott ist auch, wenn bei der Schiffahrtsgesellschaft, z.B. bei den Schiffahrtsgesellschaften, wo die Schiffe Rohstoffe an die S.N. liefern, die Forderung einer 40 Std. Woche erhoben wird. Diese Arbeiter gehören schon zu den Höchstbezahlten (1 000 DM umgerechnet). Da für die Rohstofflieferung 56 Std. gearbeitet werden muß, müssen dann bei einer 40 Std. Woche, 16 Std. als Überstunden bezahlt werden. Die Folge für die S.N. liegt auf der Hand.

Arbeiter: Eine Frage an die MFA: Warum werden die Rohstoffe noch aus den USA importiert und nicht aus dem Ostblock oder Europa?

Verw.ko: Erst muß der Ofen repariert werden und jetzt lohnt es sich nicht, zu importieren, weil die Nachfrage um 30% zurückgegangen sind. Wir verkaufen allerdings schon an Polen, Rumänien und CSSR und an Lybien und Algerien soll auch geliefert werden. Die Verw.ko. erarbeitet gerade einen Bericht über die wirtschaftliche Verflechtung, Investitionen wirtschaftlicher Gegendlung und Schaffung neuer Arbeitsplätze. Dieser Bericht wird an alle Arbeiter verteilt.

MFA: Die Fragen der Arbeiter richten sich alle an die Betriebsleitung. Wenn die Arbeiter hier wenig mit der MFA reden, dann zeigt das nur, daß sie wissen, auf welcher Seite der Barrikade die MFA steht.

Einer der wichtigsten Punkte für die nächste Zeit wird wiederum die Säuberung sein, denn sie betrifft nicht nur die Menschen, sondern auch die Strukturen, sie trifft nicht nur auf die ganz oben zu, sondern auch auf die Mittelschicht. Bei der Frage der Entscheidung bei Entscheidungen müssen wir die Unterschiede sehen. Bei Großbetrieben wie hier gibt es keine Entscheidung für den Kapitalisten. Anders ist es aber z.B. bei Kleinbetrieben in verstaatlichten Betrieben. Die Arbeiter dieses Betriebs sind stets sehr was dazu gegen die Reaktion gewesen. Sie sollen es bleiben!



Produktionsschlacht

PROBLEME VON PORTUGAL ALS ÜBERGANGSGESELLSCHAFT: KRISE, PRODUKTIONSSCHLACHT UND KONTROLLE DER ARBEITER ÜBER DIE PRODUKTION

Wenn die Leute nichts zu fressen haben, steht es schlimmer um die Revolution!

Das ist eine Erfahrung, die sich zuletzt in Chile bewährt hat, wo die Krise, produziert vom internationalen Kapital, Grundlage des faschistischen Putsches war.

Für ein Portugal im revolutionären Prozeß bedeutet die ökonomische Krise, daß sich die Weichen für die Zukunft stellen. Hier, wie überall dort, wo die Zerstörung alter Strukturen der Ausbeutung nicht eindeutig vom sogenannten fortschrittlichen Kapital aufgefangen werden kann, zeichnet sich ein Produktionsrückgang ab. Dieser ist die Folge aus zwei Momenten, die mit dem revolutionären Prozeß seit dem 25. April einhergehen: zum einen hat von der neuen Arbeiterbewegung ein Angriff auf das gesamte Kapitalverhältnis begonnen. Die Industrie- und Landarbeiter stecken ihre Energie in Kämpfen und Diskussionen und nicht mehr in die pure Anstrengung kapitalistischer Warenproduktion, d.h. eine politisch bewußte Arbeiterbewegung, die sich nicht mehr mit Lohnforderungen und neuen Herren zufriedengibt, die Kontrolle über die Produktion will, ist nicht mehr beliebig auspreßbar oder produziert im Sinne kapitalistischer Mehrwertproduktion.

zum andern reagiert auf eben diese Entwicklung das internationale Kapital - im Fall Portugal - mit zwei Techniken, den Abbrünnung im Süden Europas heimzuholen: ökonomischer Boykott (USA-Imperialismus), "Entwicklungshilfe" (BRD-Imperialismus).

Diese Entwicklungshilfe ist zwar angekündigt, vorerst taßt man den Asylananten aber noch ein bißchen zappeln. Das Kapital zieht sich zurück, um dann unter besserer Konditionen wieder einschlagen zu können. In der durchsichtigen, "partnerschaftlichen" Strategie des BRD-Imperialismus ist die Krisensituation in Portugal ein angemessenes Einfallstor für eine sozialdemokratische Lösung.

Gerade wenn man um die Gefahr einer solchen Lösung weiß, wird man feststellen, daß in der gegenwärtigen Lage in Portugal zumindest die Aufrechterhaltung des Produktionsniveaus für den revolutionären Prozeß notwendig ist. In der gegenwärtigen Lage, das bedeutet in der ökonomischen Krise, daß ein Widerspruch entsteht, zwischen den unmittelbaren Bedürfnissen der autonomen Arbeiterbewegung, wie sie in den Kämpfen artikuliert werden, und den Notwendigkeiten der nationalen Produktion.

Das ist das Problem. Die PC, Regierung und Teile der MFA versuchen, einen Produktionsrückgang aufzufangen, indem sie zur Produktionsmacht rufen. Von den beiden Bedingungen, die diesen Rückgang provoziert haben (Angriff auf die kapitalistische Arbeitsorganisation und Strategie des internationalen Kapitals) nehmen sie sich die zweite heraus und begründen damit die Notwendigkeit technokratischer Strukturen einzuführen, über die ermöglicht würde, den Produktionsrückgang aufzufangen, sie suggerieren das Arbeitsintensivierung die Lächer füllen könne, die Kapitalflucht etc. gerieren haben.

Wenn zur Produktionsschlacht in einer Übergangsgesellschaft gelassen wird, leuchten in unseren Köpfen sofort die roten Warnlampen auf. Wir haben die historische Erfahrung der Russischen Revolution mehr oder weniger im Kopf, haben aber alle miterlebt, mit welchen Formen und mit welchen Konsequenzen für eine Arbeiterbewegung die Militarisierung der Produktion in der DDR durchgezogen wurde. Das war nicht nur Mehrarbeit, sondern eine neue Form von Ausbeutung, mit "Helden der Arbeit", d.h. neuer sozialistisch verbrämter Konkurrenz und das heißt, Entsetzen aller autonomen Kämpfe, Ausverkauf der Revolution an den revisionistischen Weg oder schlimmeres.

In Bezug auf den revolutionären Prozeß in Portugal sollten wir allerdings vorsichtig sein, wegen dieser Erfahrung das, was unter dem Schlagwort "Produktionsschlacht" zusammengefaßt ist, als bloßen Versuch zu sehen



die Arbeiterbewegung zu drosseln, wir sollten sehen, daß diese Strategie nicht bloß eine typische PC-Machenschaft ist, sondern daß sie gerade deshalb gefährlich werden kann, weil sie auf ein solches Problem antwortet auf die Gefahr des Produktionsrückgangs nämlich, der neben Gründen wie Kapitalflucht eben nicht zuletzt innen: dann eintritt, wenn bei noch kapitalistisch bestimmter Produktivität der Kampf der Arbeiter über die Lohnhöhe hinausgeht und zum Angriff auf die kapitalistische Form der Arbeitsorganisation wird, wie in Portugal geschehen.

Gerade diese Qualität der Kämpfe hat der Revolution in Portugal eine Lebenschance gegeben, hat nicht zuletzt die Radikalisierung von Teilen der MFA bewirkt und hat die Möglichkeit eröffnet, daß das ökonomische Überleben Portugals nicht in die Hand einer bürokratisch verordneten Produktionschlacht gegeben wird.

Wenn es nämlich gelingt, daß sich die Kämpfe der Industrie- und Landarbeiter nicht nur auf der Ebene des einzelnen Betriebs oder auf Branchenebene radikalisieren - wie bisher geschehen - sondern wenn sich in ihnen ein Bewußtsein von der nationalen Ebene der Ökonomie, ihren Strukturen und auch ihren Notwendigkeiten herausbildet, wenn sich Organe von Pöbel Popular zu Organen von Produktionskontrolle entwickeln, die auf der Ebene von Nationalökonomie (etwa über Interkommunalen) bestimmen, was produziert wird, wie und für wen dann könnte Produktionschlacht etwas anderes bedeuten als das was oben beschrieben wurde.

(Aus der 176.igen Nummer der französischen Zeitung "Politique Hebdo": "Wie aber können die Arbeiter für die Produktionsschlacht mobilisiert werden, ohne daß ihnen die reale Macht gegeben wird, selbst über notwendige Opfer zu entscheiden?") Einleuchtet in die Notwendigkeit, ein Produktionsniveau zu sichern und Entfaltung von Produktionskontrolle sind zwei Seiten, die sich sicher nur über so etwas wie einen kulturrevolutionären Prozeß vermitteln lassen. Dabei würde sich sicher auch das verändern, was Produktivität der portugiesischen Wirtschaft bisher war, eine Produktivität, die durch kapitalistische Rationalitäten bestimmt war.

Der innere Markt ist absolut kolonialisiert. Weiße Teile der Landwirtschaft liegen brach, es wurde zum Beispiel Kork angebaut für den Export und damit verhindert, daß sich eine landwirtschaftliche Selbstversorgung entwickeln konnte. In der Landwirtschaftskooperative "Rote Stern" hat schon begonnen, was Selbstbestimmung der Produzenten über ihre Produkte bedeuten kann. Die Arbeiter drosseln die Kornproduktion und beginnen Getreide anzubauen. Für die Landwirtschaft ist eine Umstrukturierung der Produktion möglich, eine weitgehende Selbstversorgung Portugals an landwirtschaftlichen Konsumgütern ist möglich und auch nötig, Produktionskontrolle und kollektive Formen von Arbeitsorganisation können sich entfalten. Schwieriger wird eine entsprechende Vernetzung für die große Industrie, die weiterhin für den Weltmarkt produzieren muß, was ein Aufbrechen der kapitalistischen Form der Arbeitsorganisation nicht denkbar scheint.

Das Verhältnis von kapitalistischer Produktivität und neuen Formen der Arbeitsorganisation bezeichnet das Problem einer Übergangsgesellschaft, für deren Analyse es keine manische Methode gibt, es gibt nur Erfahrungen und Modelle. Man hört, daß sich die Portugiesen bald an diesem bald an jenem Modell orientieren. Das letzte Gerücht Kuba, Schwierig wird eine solche Orientierung auch dadurch, daß man Erfahrungen bald so, bald anders auswerten kann. Eine unentstellte wir eben wenn sich der Kampf als radikaler und widersprüchlicher Prozeß trotz Krise und Imperialismus Gefahr weiter entwickeln kann, wenn der Arbeiterklasse Zeit bleibt, zu experimentieren, so heißt das zugleich, daß sich ihre Fantasie entfalten kann, und diese Fantasie ist allerdings eine Produktivkraft.

ANGOLA

ein neues Vietnam-?-

In Angola herrscht offener Krieg. In Luanda und im Nordosten des Landes hat es in den vergangenen Wochen fast 10 000 Tote gegeben. Die Zeitungen schreiben, es handele sich um Bürgerkrieg oder sogar "Bruderkrieg" der drei rivalisierenden Befreiungsorganisationen: der MPLA, der FNLA, und der UNITA. Das portugiesische Militär in Angola - immerhin noch 25 000 Mann - verhält sich "neutral"...

Ein Appell, den linksradikale Organisationen - wie LUAR, MES und FSP - am 13. Mai an den Revolutionären der MFA richteten, verweist auf die tatsächlichen Vorgänge in Angola.

Die MFA wird aufgefordert, "die imperialistische, neokolonialistische Lobby" in den drei stalinisierten Streitkräften, vom hohen Kommando, Silva Cardoso, bis zu den niedrigen Offizieren hin aufzulösen und zu entfernen. Dasselbe gilt für den Minister der "interterritorialen Koordinaten", Almeida Santos, und die zahlreichen ehemaligen PIDE-Agenten, die bislang unbehelligt blieben. Die FNLA und die UNITA sollen gemeinsam von der Armee und der MPLA entwaffnet werden. Die Geheimabkommen dieser "Befreiungsbewegungen" mit dem CIA und der PIDE (vor dem 25. April 74) sind zu veröffentlichen...

Diese Forderungen wurden durch eine Anti-Imperialismus-Wache (31. Mai - 4. Juni) mit Massenkundgebungen und Demonstrationen in Lissabon unterstützt.

LUAR, MES, FSP, später schlossen sich auch die MDP und die PCP an, Delegationen der PLO, der lateinamerikanischen "Koordinationsuni" (MLR/ERP/ELN/MLN), der baskischen ETA, der FRELIMO, PAIGC und MPLA, - feierten den Sieg der Indochinesischen Revolutionäre und warnten zugleich vor der Gefahr eines neuen Vietnam in Angola!

Der 25. April 74 und die darauf folgende Entwicklung.

stehen in engem Zusammenhang mit dem anticolonialen Kampf in Guinea-Bissau, Mozambique und Angola. Die 13 Jahre Guerillakrieg zerstörten die ohnehin rückständige Wirtschaftsstruktur Portugals. Die heutigen ökonomischen Schwierigkeiten sind ein Vermächtnis des Kolonialkrieges und des Staatsbankrotts unter Costas Ende 1973.

Der Krieg zerstörte auch das alte Selbstverständnis und die Loyalität der Armee. Es ist bekannt, daß sich mit der Aufhebung der Streitkräfte auf 200 000 auch die soziale Zusammensetzung des Offizierscorps veränderte. Die Söhne von Pächtern, Kleinbauern, aus städtischen, kleinbürgerlichen Familien wurden eingezogen. Teilnehmer der Portugiesischen Studentenrevolte 1968/69/70 kamen in die Armee. Die Armee wurde zu einer Art Volkshochschule für Jugendliche ohne sonstige Bildungsmöglichkeiten. Dies betraf auch die politische Bildung. Zur Pflichtlektüre der Anti-Guerilla-Ausbildung gehörten Schriften von Cabral, Castro, Debray und Che Guevara mit "Die Strategie des Gegners kennenlernen". Soldaten und Offiziere mußten gegen die Bevölkerung kämpfen, deren soziale und politische Unterdrückungssituation in vielen an die eigenen innerportugiesischen Verhältnisse erinnerte. Romão Correia, Mitglied des Revolutionärsrates und Leiter der "kulturellen Dynamisierungskampagne" auf dem Land, faßt seine dort gemachten Erfahrungen zusammen: "Die meisten Regionen Portugals befinden sich nicht in einem Zustand, der dem Typus einer Kolonialgesellschaft entspricht" (In: "Politique Hebdo" - Nr. 172/73).

In der Phase der Auseinandersetzung mit den Befreiungsbewegungen wurde dann der letzte patriotische, "lusitane" Vorwand des Krieges ab absurdum geführt. Die Soldaten erhalten zum Teil direkt von den internationalen

Konvention - Cobena Basso-Projekt, in Cabinda, in Lubito-Ebene-Distrikt etc. - ihre Verpflegung, Ausbildung, Munition und den Sold. Für den Polifunktions- und Radikalisierungprozeß der Armee sind so in Schwarzafrika die ersten entscheidenden Weichen gestellt worden.

Gleichzeitig wird, wenn auch verwickelter, ist die ökonomische Interdependenz zwischen Portugal und seinen (ehemaligen) Kolonien. Man muß dazu - und zum Verständnis der aktuellen Auseinandersetzungen in Angola - Momente der "Vorgeschichte" rekonstruieren: Interne Entwicklung in Portugal und ein "Ultra-Kolonialismus" (Perry Anderson) in Schwarzafrika bedingten einander. Das Land mit der niedrigen Kapitalakkumulation in West- und Südamerika, war in seinen Kolonien auf das Zwangsarbeitssystem, die primitivste und extremste Form kolonialer Ausbeutung, angewiesen. In "Lema of trade" ausgedrückt, heißt das: Durch den "Verkauf" von maschinellen Arbeitsmitteln an Südafrika und Rhodesien und den Außenhandelsüberschuß, den Angola von 1930 bis 1967 erwirtschaftete, wurde die notorisch defizitäre



Das System wurde durch einen Protektionismus, der ein Einfließen von Fremdwährungen ("Mutterland") und seine "Überseeprovinzen" ungemein erschwerte, eingefahren. Salazar fasste Politik politisch nach dem zweiten Weltkrieg durchaus nicht mehr in das Rohstoffkonzept des "modernen" westlichen Kapitalismus. Im Fall von Angola war das besonders stehend, denn dort gibt es fast alles, was an Mineralien, Eisen- und NE-Erzen interessant ist: Erdöl, Diamanten, Gold, Kupfer, Mangan, Uran. Daneben agrarische Monokulturen: Kaffee (heute ausschließlich für "Maxwell" und Nescafé), Baumwolle, Stahl. Südafrika suchte einen kontinentalen Markt für Importwaren noch nicht konkurrenzfähige Industrieprodukte.

Die USA, Japan, die BRD und Frankreich klopften an die Tür. Zunächst "subversiv". Über ein "American Committee for Africa" wurde 1954 in Leopoldville (heutiges Kinshasa) die UPNA ("Union des nordangolischen Völkern") unter Holden Roberto aufgezogen, dem späteren FNLA-Führer. Die UPNA war eine rassistische und tribalistische Rechtsorganisation, die deklarierte Flüchtlinge des nordangolischen Bakongo-Stammes rekrutierte. Sie war und ist seit ihrer Gründung mit den CIA-Leuten in Kongo/Zaire liiert. Zuerst mit Adoula, dann mit Mobutu (Holden Roberto schwager). Diese CIA-Subversion war Bestandteil einer klaren politischen Strategie. Die alten Kolonien sollten "dekolonisiert" werden, die Direktherrschaft der Belgier in Kongo und der Portugiesen in Angola sollte einer formalen nationalen Unabhängigkeit weichen.

Die internationalen Kapitalgesellschaften wählten sich die Region zur ökonomischen und neokolonialen Durchdringung aufschließen. Die Salazaristen haben das sehr wohl durchschaut:

"Was einmal freier Zugang aller zu den kolonialen Märkten hieß, heißt heute Entkolonialisierung. Und auf dem frei zugänglichen Markt, für den die moderne Terminologie den Ausdruck politisch unabhängiges Territorium setzt, besteht dann die sogenannte Gleichheit des Zugangs - der facto - in der Vorherrschaft inner Mächte, deren Finanz- und industrielle Mittel übermäßig genug zur Ausschaltung fast aller Konkurrenten sind... Damit beantwortet wir schon die Frage, wessen Interessen gedient ist, wenn wirtschaftlich schwächere Besitzer von Überseebetrieben sich dazu bewegen lassen, diesen politischen Autonomie zu verleißen. (I. (in) A. Moreira: Portugiesische Überseepolitik/Lisboa, 1963).

Das Festhalten an den Kolonien war die *conditio sine qua non* des erstarrten faschistischen Repressionsystems und der "Großen Acht", der beherrschenden portugiesischen Familienkonzerne. Es heißt darum auch in denselben Studien: "Das Schicksal Portugals wird heute in Angola entschieden". Der Sturm der MPLA auf das politische Gefüge von Luanda und der sich anschließende Aufstand der Zwangsarbeiter auf den Kaffeeplantagen, besonders diese "Kolonialdilemma". Salazar wurde in einen Guerillakrieg verwickelt, den das Regime - auf sich gestellt - nicht finanzieren konnte. Es opferte seine "Selbständigkeit", um sich die Kolonien und damit das eigene Überleben zu erhalten. Das Investitionsgesetz von 1937 war jetzt nur noch Makulatur. Die Multis eroberten sich Angola: Die CHASE-MATTEN-Bank zusammen mit der GULF-OIL die Cabinda-Enklave mit einer Jahresförderung von 155.000 barrels Erdöl. (Soll sich 1975/76 verdoppeln - und damit die Gesamtproduktion Nigerias erreichen.)

"Im Nordosten des Landes sucht die südafrikanische "DE Beers"-Gruppe nach Gold und Diamanten und hat aus Sicherheitsgründen auf dem Gelände eine modern ausgerüstete Armee mit Düsenflugzeugen aufgestellt. Die Schürfrichte für 81% des angolischen Territoriums werden von DIAMANG kontrolliert, einer Gesellschaft, mit englischen, amerikanischen, belgischen und südafrikanischen Geldgebern. - Der angolische Kaffeeanbau wird



zu 80% von der CADA gesteuert, die Aktienmehrheit fließt sich in den Händen einer französischen Bank". (FR vom 12.4.75)

Beim Mangan-, Kupfer- und Uranabbau kooperierten amerikanische, japanische und westdeutsche Gesellschaften. Die "Companhia Mineira do Lobito" im Südwesten, wird zwar von portugiesischen Strömännern geleitet, doch zu 90% von Krupp kontrolliert, usw., u.ä. Die westlichen Dekolonisierer schlossen ihreseits Kompromisse. Auf den Befreiungskampf der MPLA hatten sie keinen Einfluss (ebensowenig auf die PAIGC, die 1963, - und die FRELIMO, die 1964 die ersten Angriffe eröffnete). Ende 1961 griffen zwar FNLA-Einheiten vom Kongo aus in die Kämpfe ein; Holden Roberto kam auf den Kopf, aber keinen Zweifel offen: "Bakongo - Tötet alle Weißen, alle Mischlinge, alle, die Lesen und Schreiben können - und alle Mitglieder der MPLA!" (nach: Politische Hebel/Nr. 176/75)

Die FNLA, als nationale "Befreiungsbewegung" gegen den alten portugiesischen Kolonialismus initiiert, wurde zum internen Repressionsinstrument gegen die MPLA umfunktioniert. Für die "Angeklärten" des Krieges nach der "Unabhängigkeit" dieser schwarzafrikanischen Reglen wurden schon 1961 alle Voraussetzungen geschaffen. (Der belgische Kongo - die Liquidierung Lumumbas, die Ausschaltung des von Brüssel gesteuerten Tshombe und die Einsetzung der CIA-Kreier Mobutu - lieferten das Modell!)

Wie vermittele sich die Auseinandersetzungen in den Kolonien zur innerportugieschen Entwicklung? Robin Blackburn (in New Left Review/Nr. 87-88/74); fasst für die Periode von 1961 bis zum April-Putsch zusammen:

"Um sein Kolonialreich zu verteidigen, wurde der portugiesische Kapitalismus gezwungen, die Kolonisierung von vielen Faktoren seiner eigenen Industrie auszuweichen". Der "Modernisierungs- und Industrialisierungsprozess im vergangenen Jahrzehnt war gleichermaßen ein Produkt multinationaler Investitionen (nachdem der Protektionismus aufgegeben werden mußte), ITT, Times, Ford, Hawchit, Grundig, Siemens, Renault, British Leyland, Hitachi u.ä. nutzen das Reservat eines Überangebots an wohlfließenden Arbeitskräften. Einige der "Großen Acht" fusionierten mit den Multis, so die portugiesische CUF mit holländischen und schwedischen Werften zur L. SNAVE, der weltgrößten Reparaturwerft... Die Landbevölkerung wurde "freigesetzt" (Ihr Anteil sank von 43% 1960 auf 31% 1970). Die Industriearbeitskraft wuchs (von 23% auf 36%) - aber nicht schnell genug. Zur Zeit des "portugiesischen Wirtschaftswunders" mußten einhalb Millionen Arbeitsmigranten in die EG-Länder gehen - ein Sechstel der Gesamtbevölkerung. Portugal wurde selbst zum Objekt neo-kolonialisierender Ausbeutung - ohne eigene Produktionsmittel/Industrie, ohne entwickelten inneren Markt und ohne einen eigenen kolonialen Absatzmarkt, das Zwangsarbeitssystem dort unangenehm blieb. Die Exporterlöse zu den Kolonien fielen in einem Jahrzehnt kontinuierlich. Ab 1967

konnte via Angola die portugiesische Handelsbilanz nicht mehr ausgeglichen werden. Die Konterrevolution ließ ihre eigenen Väter

Multis, "moderne" portugiesische Kapitalisten und ihnen verbundene Persönlichkeiten von Range Spinozas wollten die alten Fesseln des Salazar-Castano-Regimes abreißen. Die nackte, politische Repression, das katastrophale Ausbildungssystem etc. waren zu schlechte Voraussetzungen für eine Integration in die EG und das westliche Wirtschaftssystem. Ihr anfängliches Bündnis mit der MFA ließ das Mißtrauen vieler Linier gegenüber dem 25. April 74 als begründet erscheinen.

Die Radikalisierung in der MFA war ein Reflex der sich entwickelnden Massenbewegung in Portugal und der nationalen Befreiung in Afrika. Die Revolutionsierung im Inneren und die tatsächliche Dekolonisierung im Äußeren bestärkten den portugiesischen Prozeß. Die Ausschaltung der Spinoza traten nach dem 28. September 74 und dem 11. März 75, bedeutet zugleich eine Niederlage für a) Interventionen, portugiesischen Plantagen, wie die Spinoza in seinem Buch "Portugal und seine Zukunft", verteidigt. Die scheinbare Progressivität der "antidiktatorischen Demokratie" und der neokolonialisierender orientierten Gegner des "Ultra-Kolonialismus" war entlarvt. Ihre Parteigänger sind in der Defensive, doch noch nicht geschlagen. Sores Sozialdemokratische Offensive im Inneren, Cordoso und Santos "Neutralität" in Angola zeigen das. Die Absetzung der letzteren ist eine Maculfrage, die die MFA bis jetzt nicht eindeutig lösen konnte.

Dabei ist die Strategie der Westmächte und internationalen Konsortien noch leicht durchschubar. Man hat aus der portugiesischen und vietnamesischen Erfahrung direkter militärischer Intervention gelernt. Die FNLA wurde sofort nach dem 25. April 74 auf 32.000 Mann aufgestockt (zwei Drittel der FNLA bestehen ohnehin aus kongolisch-zairenschen Einheiten) und modernisiert, Mobutu, der CIA- und - chinesische Militärhilfe und 150 Instrukteure, machten es möglich. Die FNLA überschreitet die Grenzen von Zaire nach Angola, und beteiligt sich "wieder" am Unabhängigkeitskampf - (siehe 1961) Angriffsziele - die angeblich "afrikanisierte" MPLA, die in fact genauso wenig "rassistisch" ist, wie die FRELIMO, die PAIGC, die PFLC am arabischen Golf, die FLO im Nahen Osten, die FNL in Vietnam usw. - sondern von dort her ihre Waffen beziehen, nachdem die Eingliederung chinesischer Außenpolitik zu einem Lieferstopp aus Peking geführt hatte. Die MPLA hat die Hauptlast des Befreiungskrieges getragen, durch sie sind die angolischen Massen politisiert und in Basis- und Revolutionskomitees organisiert worden. Sie ist die alleinige sozialistische Alternative zu einem formal unabhängigen Regime d. lo Mobutu. Das Mittel der FNLA dagegen ist der nackte Terror, die Liquidierung aller ansehbaren MPLA-Mitglieder und -Sympathisanten, die Einschüchterung des Volkes durch wahllose Erschießungen, Überfälle auf Hospitäler usw. Das in konzentrierter Aktion mit der "dritten, neutralen, vermittelnden" Kraft, der UNITA, gegründet vom ehemaligen "Außenminister" der FNLA - "Exilregierung", Dr. Sovimbi, und vormals aus PIDE-Mitteln finanziert. Die UNITA, zahlenmäßig und militärisch unerheblich, läuft als "Alternative" zu den beiden "Großen Rivalen und als Ventil für politischen Desorientierung in einer Situation der Angst und Unsicherheit. Ein ähnlicher Versuch ist die Neugründung einer "Befreiungsfront für die Enklave Cabinda (FLEC) durch die ehemaligen FNLA-Mitglieder und PIDE-, bzw. CIA-Agenten Alexandre Toly und Stevenon Barber, die die nationale Unabhängigkeit und Loslösung Cabindas von Angola betreiben. (Ein Appell zu dieser neokolonialisierenden Strategie ist das Auftauchen einer "Befreiungsbewegung für die Azoren", nachdem die Lissaboner Regierung den USA die Zwischenlandung dort im Falle eines erneuten Nachbarkrieges untersagt hat. - Auf den Azoren sitzt es nur Portugiesen!)

Während der Portugal-Woche hier in Frankfurt sagte Camillo Morag von der LUAR in einem Interview mit dem Diskus, dem Informationsdienst und der WWA: "Unsere Position zur Dritten Welt ist klar. Unser Prozeß hängt direkt davon ab, was in den ehemaligen Kolonien passiert. Angola ist der neue gleiche Punkt. Wenn Angola zum Sozialismus kommt und wie gute Beziehungen aufbauen können (in Mozambique und Guinea ist das gut gelaufen), auch der Rohstoffe wegen, können wir selbst bei einem Boykott des Westens vorwärtskommen. Wenn das klappt, können auch unsere Beziehungen zu den arabischen und afrikanischen Ländern gut werden".



Während der Portugal-Woche hier in Frankfurt sagte Camillo Morag von der LUAR in einem Interview mit dem Diskus, dem Informationsdienst und der WWA: "Unsere Position zur Dritten Welt ist klar. Unser Prozeß hängt direkt davon ab, was in den ehemaligen Kolonien passiert. Angola ist der neue gleiche Punkt. Wenn Angola zum Sozialismus kommt und wie gute Beziehungen aufbauen können (in Mozambique und Guinea ist das gut gelaufen), auch der Rohstoffe wegen, können wir selbst bei einem Boykott des Westens vorwärtskommen. Wenn das klappt, können auch unsere Beziehungen zu den arabischen und afrikanischen Ländern gut werden".

In Angola wird aktuell ein neues Vietnam inszeniert. Von seinem Ausgang hängen nicht allein Umwälzung und Übergreifen auf Zaire oder konterrevolutionäre Befriedung in dieser Region ab, sondern auch die Chancen des portugiesischen Revolutionsprozesses selbst.

GOLPEAR EL GOLPE

-Gegen den Putsch putschen-

Militanter Anti/Faschismus in Portugal und Italien

Heute wird der Faschismus anders gemacht als vor fünfzig Jahren. Die bürgerliche Reaktion kann nicht mehr mit denselben Waffen operieren, wie damals, um das selbe Ziel, nämlich den militärischen Sieg im Klassenkampf, zu erreichen. Damals konnte sich die Reaktion durchsetzen, als ein starkes und aufstrebendes Anwachsen der Klassenkämpfe (bis zur punktuellen Machtergreifung) zerschlagen wurde, breite Schichten des kleinen und mittleren Bürgertums und halbproletarischer Massen gegen die Demokratie aktiviert und auf Betreiben des Großkapitals arbeiterfeindliche Freikorps gebildet wurden. So wurde der bürgerliche - demokratische Staat gesetzt und dem Faschismus übergeben.

Damals war das imperialistische System durch die Auswirkungen des ersten Weltkrieges soweit geschwächt und zerissen, das jeder reaktionäre Prozeß mehr auf den inneren als auf den äußeren Ausschall zählen mußte. Heute ist die Situation wesentlich anders. Die Arbeiterklasse hat in Europa - wenn auch in den verschiedenen Ländern ungleichmäßig - eine ganz andere politische und materielle Stärke, die Krise des imperialistischen Systems verläuft nicht plötzlich und zusammenbruchartig, sondern zieht sich langfristig hin und die Veränderungen in der Klassenstruktur sowie die politische Polarisierung machen es sehr schwer und in vielen Ländern praktisch unmöglich, eine breite faschistische Massenbasis zu gewinnen selbst die Vereinheitlichung der Bourgeoisie ist auf Grund widersprüchlicher Interessen (z.B. zwischen mehr autonomen und mehr US-abhängigen Fraktionen) schwieriger geworden. Natürlich wird durch das Problem der Reaktion des Kapitals auf anwachsende Klassenkämpfe (siehe Portugal, Italien, Spanien, Griechenland etc.) nicht aus der Welt geschafft, sondern im Gegenteil verschärft, nur haben sich bestimmte Bedingungen tiefgreifend verändert; der Auslöser liegt immer mehr in den Händen der Internationalen, d.h. imperialistischen Bourgeoisie und ihrer bewaffneten Werkzeuge (z.B. NATO) und die Rolle der regulären Symbole (Armee, Polizei, Geheimdienste usw.) und des offiziellen staatlichen Repressionsapparates steht im Vordergrund, während die Initiativen und die Entscheidungen innerhalb der einzelnen Staaten, sowie das Gewicht irregulärer faschistischer Banden mehr und mehr ins zweite Glied zurücktreten müssen.

Daher ist es heute für das Aufkommen und die Fortentwicklung jedes revolutionären Prozesses so wichtig, den Zusammenhang zwischen der Krise des US-Imperialismus und seinen aggressiven Reaktionen darauf zu erkennen, und für die Zerschlagung, bzw. stufenweise Überwindung der Abhängigkeit vom US-Imperialismus (Austritt aus der NATO, Vertreibung amerikanischer Militärpräsenz etc.) zu kämpfen.

Nicht weniger wichtig ist es, die zunehmende politische Reaktivierung der Armeen zu sehen: in Ländern wie Italien, BRD, Frankreich, England usw. ist die Armee in der letzten Zeit in den Brennpunkt politischer Auseinandersetzungen und Bestrebungen geraten und umgekehrt hat der Einfluß der Militärs auf die Politik stark zugenommen.

Nato Übung WINTEX 75
Für bestimmte Kategorien muß von einer möglichen Desertionsquote von über 50% ausgegangen werden.

Herr General! Ich halte Ihnen ja gesagt, daß es falsch ist, nur 50% Deserterte einzuberechnen!

Aber Sie in ihrem grenzenlosen Optimismus wollten mir ja nicht glauben...

Halt's Maul und schieb weiter



Wenn wir heute die beiden neurologischen Punkte innerhalb der Krise des imperialistischen Südeuropas betrachten - nämlich Portugal und Italien, in denen die Klassenkämpfe zwar einen verschiedenen Entwicklungs- und Konsolidierungs-, aber jedenfalls sehr deutlich (für die Bourgeoisie) bedrohlichen Charakter angenommen haben und das Problem der Regierungsbeteiligung revisionistischer KPs entweder schon Wirklichkeit ist oder auf der Tagesordnung steht - dann wird klar, wie wenig akademisch und wie dringlich die Diskussion über die Formen der bürgerlichen Reaktion und die Antwortmöglichkeiten der Arbeiterklasse und des Proletariats darauf ist.

In Portugal hat die Entwicklung der letzten Tage (dieses Manuskript wurde am 17.3.75 abgeschlossen) zum zweiten Mal in verhältnismäßig kurzer Zeit (28.9.74 und 11.3.75) gezeigt, wie ein Putschversuch der Bourgeoisie scheinbar misslingt und geschlagen werden kann. In Italien ist die Diskussion um die Möglichkeit eines reaktionären Putsches so tief von einem zentralen Thema in der Auseinandersetzung der revolutionären und antirevisionistischen Kräfte



Ansätze dazu hat es schon mehrfach gegeben (Dezember 70: nach einer Besetzung durch Faschisten und militärische Einheit; 1974: mindestens dreimal im Verlauf des Jahres Generalarbeit in den Kasernen und putschähnliche Übungen) und wenn die Bourgeoisie selbst besonders unversorgte Putschentwicklungen bestimmter faschistischer und politischer Kreise (Corbinieri-Genera-De Lorenze 64, die verschiedenen faschistischen Gruppen wie "Rosa dei Venti", "Gente di mest-Genera! Mici!", usw. stoppt und entdeckt, so zeigt das keineswegs etwa von der demokratischen Gesinnung dieser bürgerlichen Kräfte sondern nur von deren Überzeugung, daß ein mißlungener Putsch (siehe Portugal) sehr teuer zu stehen kommt und besonders in einem Land wie Italien mit einer so stark entwickelten Klassenbewegung wohl unweigerlich eine derartige Antwort darauf in Gang setzen würde, daß weitere Versuche zur Rückeroberung verlorener Positionen für immer unmöglich würden.

So hat also die Diskussion um bürgerliche Putschpolitik und deren Bekämpfung nicht vor allem bei den inneren Widersprüchen der Armeen - bzw. ihrer Führungsschichten - anzusetzen, sondern in erster Linie bei dem Verhältnis, daß die Klassenkämpfe und die Klassenbewegung dazu entwickeln und dem Zusammenhang mit dem US-Imperialismus und dessen Komplizen, z.B. BRD. Die innere Situation und die inneren Widersprüche der Armeen können zwar wichtige Voraussetzungen entwickeln, aber entscheidend ist, was die Masseninitiativen vor allem der Arbeiterklasse und der übrigen proletarischen Schichten, besonders Soldaten, Schüler und Studenten, hervorbringen. Denn wenn innerhalb der Klassenkämpfe, durch direkte Mobilisierung und Eingreifen der Massen, schon geschlagene Brechen ausgeweitet oder neu aufgerissen werden, dann kann auch die innere Dynamik und Widerstandsfähigkeit im Militärapparat ihre große Bedeutung haben und einen entscheidenden Beitrag leisten. Wenn umgekehrt die Masseninitiative vorwiegend als Ergänzung oder verstärkender Druck gegenüber der einen oder der anderen militärischen Fraktion verstanden wird und sich deren Logik und Dynamik unterordnet, ist es wohl unvernünftig, daß onstelle der Klasseninteressen des Proletariats korporative Anliegen bestimmter Militärs zum Bezugspunkt werden.

In den letzten Tagen haben die Massen in Portugal und in Italien auf verschiedenen Ebenen aber gleichermaßen aufschlußreich und "wegweisend" gezeigt, wie das Proletariat der bürgerlichen Reaktion die Stirn bieten kann.

In Portugal haben die aufständischen Militärs, hinter denen die inneren und internationalen Kapitalisten standen, die gerne nach dem müßigen Ucker den Hand zurückgezogen hätten und die aus Spinoza einen Spinochore machen wollten, in letzter Zeit gemerkt, daß sie auf Granit trafen. Manchen schien die Haltung der Armee nach dem Entzünden der gemäßigten Kräfte innerhalb der MFA wenige Tage vor dem 11. März und der künstlich erzeugten Ungewißheit durch Gerüchte über Umbesetzungen wichtiger Kommandostellen für einen reaktionären Schlag jetzt am günstigsten. Daß die bestimmt zahlreich vorhandenen latenten Putschanhänger gar nicht erst auf den Plan treten konnten, ist nicht allein, und nicht einmal in erster Linie der Loyalität der einen oder anderen Regiments zu verdanken, sondern der unmittelbaren und sofortigen Massenmobilisierung - die allerdings auf breite und zunehmend radikalisierte Vorarbeit aufbauen konnte. Lautsprecherwagen der Linksparteien, der Gewerkschaften, der revolutionären Gruppen liefen die Arbeiter aus den Fabriken und die Schüler aus den Schulen. Es wieder sa zu machen wie am 28. September war die allgemeine Losung und gemeint war damit, sich massenhaft auf die Straße zu begeben, Barrikaden zu errichten, gemeinsam mit den Soldaten Streifen zu bilden und verärgerte Passanten anzuhalten und zu durchsuchen; den ganzen Tag zu demonstrieren und dadurch so die in der ganzen Stadt auf Abzug



Partisanen aus Zeit des Mussolini-Faschismus

Bereit zu sein, auch auf bloße Gerüchte imperialistischer Interventionen hin sofort die nötigen Streikaktionen und militärischen Aktionen zu tätigen die nötigen politischen und ökonomischen Anführer der Reaktion zu identifizieren und festzunehmen, an der Flucht zu hindern und durch Besetzung ihrer Häuser unendlich zu machen - alles das war mit dem 28. September gemeint "golpear el golpe": was ein Teil der revolutionären und linksrevolutionären Kräfte in Chile rechtzeitig erkannte, aber nicht mehr eiligst zu realisieren vermochte hatte, das haben die Volksmassen in Portugal, mit den Arbeitern aus einigen großen Fabriken (Luzerne, TAP, usw.) und anderen wichtigen Arbeitsstätten (Banken!) an der Spitze und in einem ständig sich verbessernden Verhältnis zu den Soldaten in diesen Tagen praktiziert. Dabei waren wesentlich qualitative Sprünge gegenüber dem 28. September: das diesmal demonstrierten die Soldaten massenhaft und bewaffnet mit den Arbeitern und Studenten und begannen Soldatenstreiks zu bilden (womit zum ersten Mal die proletarische Massenbasis des Heeres autonom und organisiert in den revolutionären Prozeß einpreißen und die Voraussetzung zu einer von der inneren Entwicklung der MFA weitgehend unabhängigen Verbindung zum Proletariat schaffte). Diesmal begnügten sich die demonstrierenden Massen nicht mehr mit der Bekundung ihres Willens, "am 25. April" festzuhalten, sondern riefen nach Bewaffnung, nach Vertreibung der NATO, nach Bestrafung und Entzerrung der Faschisten und Kapitalisten, nach Verbot der Organisation rechtsextremistischer Parteien und Gruppen, die eindeutig hinter der Putschinitiative gestanden hatten. Da wurde nichts an die Streikkräfte delegiert: die Kasernen der Putschisten wurden umringt, die Verhaftungen, Hausdurchsuchungen, Beschneidungen usw. selbst durchgeführt oder zumindest direkt kontrolliert, die putschverbundenen Botschaften (USA, BRD) entsprechend "besucht", die vielen eingelegten Reaktionen unbewohnbar gemacht, die Überzeugung durfte nicht auf später verschoben oder irgendeiner institutionellen Vermittlung verfallen werden.

Auch der KP gegenüber, die vor dem reaktionären Schlag eindringlich gewarnt hatte (so sehr, daß sie zum Unterschied zu anderen revisionistischen KPs auf die ausgelegene Verdamnung ultrarechter und ultralinken Provokationen verzichtete, was dann die italienische "Unita" nachholte), wurde die Masseninitiative die Entwicklung zu forcieren und dadurch - von der Autonomie eines praktisch durchgesetzten Klassenstandpunktes aus - einen entsprechenden radikalen Druck auszuüben der die KP Portugals entschieden zur heute am weitesten linksstehenden revisionistischen KP gemacht hat. So hatten die Initiativen zu Verhinderung rechter Parteigründungen etwa in Oporto und Setúbal, bei weitem nicht nur "Extremisten" revolutionärer Formationen auf den Plan gerufen und wenn sich Soares in seiner Haut als S. Kollonne der NATO heute so unwohl fühlt, daß viel nicht in den nächsten Tagen mit seinem Regierungsaustritt zu rechnen ist (weil es unmöglich ist, der NATO gegenüber die Verteidigung unvollbarer Positionen zu garantieren), so kann man bestimmt nicht sagen, daß die KP sich nicht rechtlich bamhi hätte, diesen Konflikt zu vermeiden - aber da waren eben stärkere und radikalere Kräfte im Spiel.



Portugal. „TOD DEM FASCHISMUS!“ „DAS VOLK IST WACHSAM!“

16. April 75/Mailand:
Claudio Verrilli von Faschisten erschossen

17. April 75/Mailand:
Giuseppe Zibecchi von einem Bullenaut überfahren

17. April 75/Turin:
Tommaso Micciche von einem Faschisten erschossen

18. April/Florenz:
Rodolfo Boschi von einem Bullen erschossen

23. Mai 75/Mailand:
Alberto Basilini von Faschisten erstochen

13. Juni 75/Reggio Emilia:
Aleste Campanile von Faschisten erschossen

Der 25. April ist in Italien (wie in Portugal) der Tag der Befreiung vom Faschismus. Dieses Jahr, das dreißigste Jahrestag der Befreiung vom Faschismus, war gekennzeichnet von Morden der Faschisten und der Bullen und einer einwöchigen Massenmobilisierung gegen den Faschismus.

Mittwoch, 16. April

Der 17-jährige Genosse Claudio Verrilli von Movimento Studentesco wurde während einer Demonstration in Mailand von einem Faschisten erschossen. Die Polizei ließ den faschistischen Mörder entkommen.

Donnerstag, 17. April

70 000 Menschen demonstrieren in Mailand gegen den Mord an Claudio Verrilli. Während der Demonstration, bei der das Zentralbüro der MSI (Neofaschistische Partei) in Brand gesetzt wurde, wird der 26-jährige Genosse Gianni Zibecchi von einem Einsatzwagen der Carabinieri (Bürgerkriegspolizei) überfahren und getötet. Gianni Zibecchi ebenfalls von Movimento Studentesco, stand mit mehreren Genossen auf dem Bürgersteig, als der Wagen mit großer Geschwindigkeit in die Demonstration hineinfuhr.

...pagherete tutto!



...ihr werdet für alles bezahlen!

Montag, 21. April:

Tag der Begehrnisse: 100 000 folgen dem Sarg von Gianni Zibecchi, 40 000 folgen dem Sarg von Claudio Verrilli in Mailand; zum Begräbnis von Rodolfo Boschi kommen 80 000 nach Florenz bei dem Begräbnis des Lotta Continua-Genossen Tommaso Micciche demonstrieren 20 000 in Turin gegen den Faschismus.

Dienstag den 22. April:

GENERALSTREIK. In ganz Italien finden antifaschistische Demonstrationen statt. Die größte Demonstration mit 200 000 Leuten findet in Mailand statt. An diesem Dienstag demonstrieren in Mailand über eine halbe Million Menschen gegen den Faschismus.

Neben den Parolen: "MSI faurillegge, e morte la DC che lo protegge" (Verbot der MSI, Tod der Christdemokraten, die sie schützt); "Oggi e sempre Resistenza" (Heute und immer Widerstand); "Le nostre bandiere oggi sono a tutto, ma pagherete caro, pagherete tutto" (Unsere Fahnen sind in Trümmern, aber ihr werdet dafür teuer bezahlen, ihr werdet alles bezahlen müssen) werden antifaschistische Aktionen, ebenso militant wie die meisten Parolen, durchgeführt.

gen die extremistischen Gruppen hetzte. Die PCI versucht durch ihre Strategie der Abwiegung und Bündigung der antifaschistischen Kräfte sich den Christdemokraten anzubieten, um ihr großes Ziel, den "historischen Kompromiß" (Koalition mit den Christdemokraten) zu erreichen. PCI-Chef Berlinguer fordert, "den politischen Kampf auf dem Boden der staatsbürgerlichen Auseinandersetzung zurückzuführen". In diesem Sinne rufen die Kommunisten im Interesse der antifaschistischen Sache auf zur Entspannung der Gemüter und zur Wachsamkeit.

Nach den Auseinandersetzungen der Woche vom 17.-22. April ziehen die italienischen Genossen den Vergleich zu 1960, als die reaktionäre Regierung Tambroni - eine von den Neofaschisten unterstützte rechts-christdemokratische Regierung - durch Massenkämpfe bekämpft und besiegt wurde.

Reggio Emilia, 13. Juni 75 (2 Tage vor den italienischen Regionalwahlen, bei denen - wie zu erwarten war - die linken Parteien, PC und PSI, klar auf Kosten der rechten, insb. der Christdemokraten, gewonnen haben): in der Nacht ist etwas außerhalb der Stadt der Genosse Aleste Campanile ermordet worden - aus ganz kurzer Entfernung durch einen Genickschuß und einen Schuß ins Herz. Aleste Campanile war 22 Jahre alt, studierte Musik und Theaterwissenschaften in Bologna und arbeitete aktiv in lotta continua. Die Tatsache jedoch, daß er früher einmal in der faschistischen Jugendorganisation war, führte in der bürgerlichen Presse zu wildsten Spekulationen, daß man ihn weiter als Faschisten ausgab und so Andeutungen über die brigitte rose und die NAP als mögliche Täter machen konnte. Aber er war wirklich ein Genosse geworden, und so ist es offensichtlich, wie die tatsächlichen Mörder zu suchen und zu finden sind: unter den Faschisten!

Den Genossen und Antifaschisten ist das auch klar und so wurde als Antwort auf diesen Mord in Reggio Emilia ein Generalstreik ausgerufen und eine Demonstration gemacht, an der vor allem viele Jugendliche teilnahmen.



Ein Bulle fährt mit seinem Lastwagen bewußt auf die Demonstranten zu... und genau in diesem Moment überrollt er Claudio Verrilli. Diese Photos, die kurz nachher von einem Genossen aufgenommen wurden, daß der Bulle absichtlich in die Demonstranten gefahren ist - es also kein Unfall war!

In Turin wird der Lotta Continua-Genosse Tommaso Micciche von einem Faschisten erschossen. Er war 23 Jahre alt, arbeitete bei FIAT und war ein führender Genosse der politischen Kommission von Lotta Continua.

Neben den 70 000 Menschen in Mailand demonstrieren 8 000 in Turin und Padua, 6 000 in Reggio Emilia, 5 000 in Florenz, 4 000 in Pisa; Studenten und Schüler bleiben dem Unterricht fern.

Freitag, 18. April

Der 27-jährige Genosse Rodolfo Boschi, Mitglied der PCI, wird in Florenz von einem Zivilbulle nach einer Demonstration erschossen. Die Bullenversion, es sei aus Notwehr geschossen worden, nachdem ein "Unbekannter" zuerst auf die Polizisten geschossen habe, wird von der revolutionären PCI-Führung kritisch übernommen, im Gegensatz zur Justiz, die ein Ermittlungsverfahren gegen den Polizisten einleitet.

In Rom wird der Genosse Sirio Pacino durch den Schuß eines Faschisten in den Rücken getroffen und schwer verletzt. Wahrscheinlich wird er für immer gelähmt bleiben. Der Faschist, der geschossen hat, wird von den Bullen wieder freigeschickt gegen den schwerverletzten Genossen wird Haftbefehl erlassen, die Bullen behaupten, er habe das Büro der MSI überfallen wollen, vor dem er niedergeschossen wurde.

In Bari kommt es zu einer Auseinandersetzung zwischen Faschisten und Genossen. Dabei wird von einem Faschisten plötzlich geschossen. Ein 22-jähriger Unbeteiligter wird verletzt. Die Faschisten entkommen.

Von den Gewerkschaften wird ein einseitiger Generalstreik gegen den faschistischen Terror organisiert. An den Schulen und Universitäten wird der Streik fortgeführt. In allen größeren Städten finden Massendemonstrationen statt.

Samstag, 19. April

In Cagliari (Sardinien) schließen Faschisten der MSI-Studentenorganisation RUAN in eine Gruppe linker Studenten. Der Genosse Antonio Quartu wird verletzt. Gleichzeitig demonstrieren in Florenz 10 000 gegen die Ermordung des Genossen Boschi. Auf einer Lotta Continua Portugal-Demonstration in Rom demonstrieren 80 000 unter der Parole: "Portugal wird nicht das Chile Europas"

Sonntag, 20. April

100 000 treffen sich in Bologna zum 30sten Jahrestag der Befreiung der Stadt vom Faschismus.

geführt. Regionalzentren der MSI in Mailand und Turin gehen in Florenz auf. Büros der faschistischen CISNAL-Gewerkschaft und der faschistischen Studentenorganisation RUAN und Boss, die als Faschistentreffpunkte bekannt sind, zerstört wurden.

Das bemerkenswerteste an den Demonstrationen und Aktionen ist nicht so sehr die quantitative Stärke, sondern die Ausdauer der Genossen, die sich durch die täglichen Morde und den täglichen Terror nicht haben entmutigen lassen. Nach dem Massaker von Brescia - wo die Faschisten am 28. Mai letztes Jahres bei einem Bombenanschlag auf eine gewerkschaftliche Kundschaft acht Menschen töten - waren die Demonstrationen zwar größer als diesmal, dennoch übertraf die Massenmobilisierung im April die Mobilisierung nach dem Massaker von Brescia.

Die Faschisten wissen, daß sie sowohl bei den diesjährigen Regionalwahlen, als auch bei den im nächsten Jahr stattfindenden Kongresswahlen einen erheblichen Teil ihrer Stimmen einbüßen werden. Mit Morden und Terror versuchen sie eine Situation zu schaffen, um der Annahme, die Teile von Faschisten und rechtgerichteten Christdemokraten behauptet ist, eine Legitimation zu suchen zu geben (siehe Artikel "Golpe al golpe"). Eine Nachricht von Faschisten an eine Nachrichtenagentur macht dies ganz deutlich: die Faschisten forderten in die Regierung aufgenommen zu werden, sonst würden die Terrorakte weitergehen.

Ähnlich dürfte die Strategie der Christdemokraten sein. Es ist abzusehen, daß sie bei den bevorstehenden Wahlen ähnlich den Faschisten Stimmen einbüßen werden und eventuell zu einer Koalition mit der KP gezwungen sein werden, um weiterhin an der Regierung teilhaben zu können. Wie die Christdemokraten in Chile, die sich durch den Putsch vom 11. September 73, den sie entschieden mitinitiierten, die Machtübernahme erheben, spekulierten Teile der italienischen Christdemokratie auf einen Putsch des Militärs, der sie vor der vorzustehenden Wahl Niederlage schützen könnte.

Die PCI versucht sich bei den Wahlen als Ordnungsfaktor zu profilieren. Sie bezeichnet die Genossen, die MSI-Büros in Brand setzen, als Provokateure. Nach der Ermordung ihres Genossen Boschi in Florenz gab die PCI eine Erklärung ab, die den Bullen als "Adressanten" nur in einem Satz erwähnte, die Version der Bullen übernahm, und ge-



Volem Viure / Wir wollen leben!

... wie ein „Tourist“ sie mit-
erlebt hat:

Wir, vier Frankfurter Genossen, waren am 26. März in Sète, einer südfranzösischen Hafenstadt und erlebten dort wie 50 000 Weinbauern demonstrieren, mit der CRS (kasernierte Polizei, Bürgerkriegswehr) kämpfen und bis zum nächsten Morgen alle Straßen- und Bahnlinien rings um die Stadt verbarrikadiert hielten. Die Angst, wir würden uns den kampfenden Wein-



Fischer und Weinbauern diskutieren gemeinsam.

wurde von Bauern, Pfarrern und Studenten besetzt, um auf die Lage der Weinbauern hinzuweisen. In der Zeit bis zum 26. März gab es viele Signale, die auf den „großen Tag von Occitanien“ wiesen. Die Fischer blockierten eine Reihe von Mittelmeerhäfen. Sie forderten billigere Diesels, gestiegene Maßnahmen gegen die Meerverschmutzung und ließen keine Weinimporte durch. Sie sagten: „Wir nehmen uns das Meer, die Bauern nehmen sich das Land!“

Ries und das kommt es zu demonstrativen Straßensperren. Die Regierung in Paris ist zwar beunruhigt, aber nicht sehr. Sète haben die Bauern gewählt, weil viele Importfirmen hier ihre Lager haben und es sich außerdem um eine Arbeiterstadt handelt. Am 25. März belagern 6000 CRSler und Mobilgarde die Innenstadt. Oft müssen sie auf dem Weg nach Sète vor einer gefüllten Platane oder anderen Straßensperren umkehren.

Um 15 Uhr am 26. sind etwa 50 000 Bauern auf der Place Stalingrad. Wir sind ziemlich verwirrt, als die uns völlig unverständliche occitanische Hymne gesungen wird. Dann folgen mehrere, teilweise wütende Reden der verschiedenen Vorsitzenden und Abgeordneten. Plötzlich tosende Beifall. Wir sehen eine Abordnung der Larzac-Bauern, die mit transparenten ihre Solidarität mit dem Kampf der Weinbauern ausdrücken. Ein Überwältigender Empfang.

Während der Reden ist der Platz von einer gespannten Ruhe. Gegen Ende der Kundgebung zieht ein Bauer einen Knüppel aus dem Hosensack. „So, jetzt geht's auf die Bullen!“ meint er und sagt das so, als wäre das so selbsterleuchtend. Ein anderer zieht sein Taschenmesser und zeigt damit lachend auf die CRS-Mengen, die die Brücken zur Innenstadt sperren, wo sich die Lagerhallen der Importeure befinden. Ehe wir überlegen können, ob das mit dem Knüppel wohl ernst gemeint war, wird aus der Kundgebung ein Demonstrationsschrei, wie man ihn nicht so oft erlebt. Aber wir kapieren die Strategie nicht. Ein Drittel, also etwa 17 000 marschieren zum nahegelegenen Bahnhof. Dann teilt sich der Zug noch einmal. Die eine Hälfte geht zu den Fischern in den Hafen, die anderen in Richtung Ausfallstraße nach Beziers. Wir sind ganz schön enttäuscht, denken an Gewerkschaftsaktivität wie löst man in kürzester Zeit einen riesigen Demonstrationsschrei auf?

Wir dachten, die gehen jetzt zu ihren Bussen und fahren in aller Ruhe nach Hause. Und dann ging es auf einmal los. Die ganze Stadt stank nach Tränengas. Über dem Bahnhof standen schwarze Rauchwolken. Wir hätten gerne gewußt, was eigentlich los war: ein Hafenarbeiter erklärte es uns mit ungeheurer Ruhe: „Wir haben uns auf geteilt. Die einen sperren den Bahnhof, da kommt heute kein Zug mehr rein. Die große Straße nach Beziers wird abgeriegelt, um im Hafen schauen sie sich nach Importschiffen um. Gegen Abend ziehen wir das Ganze raus aufs Land, da haben wir eine bessere Übersicht.“

Der zentrale Bahnhof, wo inzwischen an die 10 Feuer auf den Schienen brannten. Alles schien schrecklich durcheinander, aber es wurde dann schnell klar: Die Bauern hatten sich hinter einer dicken Oualwand verschanzt und dachten so an die 50 CRS mit einem permanenten Steinhaagel ein. Auf den Gleisen gab es davon genug. Die Bullen feuerten blindwütig in die Gegend mit ihren Tränengasgranaten. Plötzlich rief ein Bauer „Auf sie! Denen ist die Wundtation ausgegangen.“ Von allen Seiten stürzten die Bauern los, um die Bullen zu verprügeln. Vorher waren schon einige von den CRSlern geschickt worden, um Ersatzmunition zu holen. Die kamen aber nicht weit, sondern rannten bildschirm zu ihren Kollegen zurück. Die Bauern beherrschten eine Zeit lang das ganze Bahnhofsgelände. Sie machten dabei überhaupt keinen Widerstand entlassenen Eindruck, sondern verabschiedeten sich von den Bullen durch Schmähschreie, daß die ganz bleich im Gesicht wurde. „... all“, wo wir hinkamen, erklärten uns die Bauern, was es heute nach Sète gekommen waren. Zwei Monate hatten die Vorbereitung gedauert. Am militant ihre Forderungen zu vertreten. Einige rechneten vor, wie wenig Geld sie im Monat haben und meinten, daß sie gegen die EG der Trümpfen kämpfen würden, nicht einfach gegen fremden Wein.“ Die Arbeiter bei Renault machen heute in Paris auch so, die kämpfen wie wir“, sagte ein junger Bauer.

Die CRS hatte inzwischen einen riesigen Haufen frischer Bullen herangeschafft, um das Bahnhofsgelände zu „säubern“. Die Feuerwehre versuchte sich an den brennenden Güterwagen und Lagerhallen, aber mehr offensichtlich gingen sie dabei nicht vor – offenbar fanden sie es gar nicht so falsch, daß die Wagen, mit denen der Importwein transportiert wird, einmal kräftig

Eine große Rolle spielten den ganzen Tag über die Reisebusse, mit denen die Bauern gekommen waren. Mit ihnen führten sie von einem Kampfplatz zum anderen, informierten sich und waren so außerordentlich mobil. Wenn sie müde wurden, konnten sie im Bus schlafen oder ein Glas Wein trinken.

Im Laufe des Tages sperrten die Bauern sämtliche Zugänge zur Stadt. Die CRS rechnete verbissen mit einem Angriff auf die von ihnen aufwendig beschützten Lager der großen Händler. Aber es passierten ganz andere Sachen. Ein wildgewordener Bourgeois fuhr mit seinem großen Peugeot einen Bauer an, und zwar mit Absicht. Er wurde aus dem Auto geholt, verprügelt – und bestraft: sein schönes Auto landete im Kanal.



Eine Demonstration der Krankenwagenfahrer.

Durch die Stadt fuhren plötzlich zehn Ambulanzwagen. Kein Großinsatz, sondern eine Demonstration! Die Fahrer der Krankenwagen, die in Frankreich privat laufen, solidarisierten sich mit dem Kampf der Weinbauern und forderten ihrerseits mehr Lohn. Ihre Wagen stellten sie als Barrikaden und Kurierfahrzeuge zur Verfügung. Die ganze Stadt war in Bewegung, und die meisten Leute freuten sich irgendwie darüber. Wir dachten an Frankfurt, an die Aktionen im Häuserkampf und wünschten uns 50 000 Bauern für die nächste Demonstration. Das war in Sète, wie wir es bisher in Frankfurt nur geträumt hatten: nicht der Kampf irgendeiner Avantgarde allein, sondern eine Massenaktion. Es hätte uns einmal beinahe erwischt, als ein Trupp CRS mit Tränengasgranaten aus nächster Nähe schoß, aber wir und fast alle anderen hatten Glück (fünf verletzte Bauern in Sète, zwanzig CRS).

Gegen 10 Uhr abends wollten wir raus aus Sète. Wir kamen 10 Kilometer weit. Dann stand ein Bus quer und die Bauern erklärten uns auch gleich, was es sich hier handelte. Alle Straßen um Sète, auch der Fernverkehr, nach und das war sehr gemütlich. Überall brannten kleine Feuer; wo Holz fehlte, wurden Telegraphenmasten verfeuert. Man wartete allgemein auf die Bullen, bewaffnete sich mit Knüppeln und besaerte die Barrikaden aus: Betonschilder, riesige Steinkörner etc. Ein CRSler verirrte sich mit seinem Motorrad zu den Bauern. Er wurde von den Bauern als Geisel genommen, als Sicherheit dafür, daß die Bullen nicht angreifen. Sein Motorrad wurde verbrannt. Er mußte es allerdings nur wenige Minuten als Geisel aushalten. Ein kommunistischer Abgeordneter „befreite“ ihn alsbald. „Das schadet doch nur eurem gerechten Kampf...“

Überhaupt haben die verschiedenen Abgeordneten eine herausragende Rolle an diesem Tag gespielt. Sie tauchten überall auf und steten das, was Abgeordnete immer tun: vermitteln, verhandeln. Das bewahrte sie aber nicht davor, von der CRS in einem von ihnen belegten Bus eine Ladung Tränengas gefesselt zu bekommen. Es wurde Strafantrag gestellt. Das außer anderen Barrikaden durften wir mitbringen, Platanen zu fällen und ein Baugerüst abzubauen.

Am nächsten Tag lasen wir in der Zeitung, daß nicht Sète, sondern Beziers das eigentliche Kampffrontzentrum gewesen sei. Dort war die Präfektur besetzt worden, und einiges mehr. Am nächsten Tag beschloß die Regierung, alle Weinimporte erst einmal für einen Monat zu stoppen.

Wir waren ziemlich begeistert von den Bauern, haben uns aber vorgenommen die EG zu unterstützen und überhaupt die Bedeutung der Bauernkämpfe wdh., in Frankreich, Occitanien... was sind das für Kämpfe?



Bauern gegenüber genauso verhalten wie die Foto-Imperialisten zu ihren Sehenswürdigkeiten, wurde uns rasch von den Bauern genommen. Sie sahen, daß wir fremd waren und erklärten uns sofort freundlich und geduldig ihre Wut und ihre Kampfmotive.

Schon während des ganzen Monats hat es in Südfrankreich Demonstrationen und Aktionen der Weinbauern gegeben. Sie wandten sich vor allem gegen die billigen Weinimporte aus Italien. Die EWG kontrolliert den Weinmarkt der Mitgliedstaaten. 1970 fielen die Zölle für Wein weg, vor allem aus Italien wurden riesige Mengen auf den französischen Markt geworfen.

Mit diesem billigen und meist gepanschten Wein können die kleinen französischen Weinbauern nicht konkurrieren. Das hängt einmal mit den scharfen französischen Reinheitsgesetzen zusammen, zum anderen mit der Überkommenen Produktionsweise der kleinen Bauern, deren Familien seit Generationen Wein produzieren und ihn über die Kooperative vertreiben, haben zu ihrem Wein ein anderes Verhältnis als die großen Gesellschaften, die nach Arzneipflanzen und Zucker.

Die Bauern verteidigen in ihren Kämpfen auch ihre Produktionsweise. Die Regierung unterstützt den Konzentrationsprozeß der großen Weinproduzenten durch Kredite, die Trümpfen versuchen den bäuerlichen Kooperativen das Wasser abzugraben.

Für die Bauern aber ist die Kooperative ein wichtiges Instrument. Sie nimmt den Wein zu einem festen Preis, gleichgültig, wo er gewachsen ist. In der Generalversammlung der Kooperative zählt jede Stimme, gleich, ob es sich um einen „Arbeiter-Bauern“ handelt oder einen Winzer, der allein von Wein lebt. Der Wein ist für Südfrankreich, was die Kohle einmal für das Ruhrgebiet war. „Wenn der Wein sich nicht verkauft, geht nichts mehr“ sagen die Leute.

Südfrankreich, von Bordeaux über Limoges, Clermont-Ferrand bis Lyon, das ist: Occitanien. „Volem viure“ ist occitanisch und heißt: „Wir wollen leben!“ Das sagen nicht bloß die occitanischen Weinbauern, es ist seit Jahrhunderten die Kampfansage der gesamten occitanischen Region gegen die Ausbeutung und Ausplünderung des französischen Südens durch den ökonomischen und politischen französischen Zentralismus.

Die occitanische Sprache und Kultur wurde verboten und verdrängt. Die reichen Bodenschätze der Region wurden und werden in die nördlichen Industriezentren verschleppt und dort weiterverarbeitet. Die kleinen Industrien niederkonkurriert und wagrationalisiert; angehebt durch die wildeste Bodenspekulation wird landwirtschaftliche Nutzfläche in Touristenparks für die Reichen verwandelt. (Wie in La Grande Motte, wo man fast nur deutsche Mercedessees rumstehen sieht.)



Auch herrscht hier die größte Arbeitslosigkeit in Frankreich. Besonders die Jugendlichen „emigrieren“ in den Norden, ganze Dörfer veröden. Außerdem ist der Süden Frankreichs mit riesigen Militärcamps überzogen. Das in Larzac, in dem sich die Bauern seit Jahren gegen eine Erweiterung des an ihre Felder grenzenden Camps wehren, ist das bekannteste.

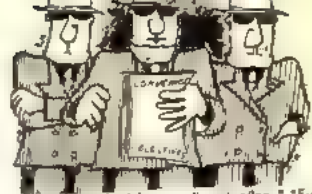
Die occitanische Bewegung, die seit 1968 stark gewachsen ist, nennt das alles „innere Kolonisation“.

Immer wieder haben die Bauern zusammen mit den Arbeitern und kleinen Händlern gegen diese Kolonisation gemeinsam gekämpft. Im Jahre 1967 war es auch schon um Weinimporte gegangen. Eine Million Arbeiter und Bauern waren im Aufstand, die Regierung schickte Truppen, die aber verbrüderten sich mit den Massen.

1962 unterstützte die gesamte Bevölkerung des Departements Aveyron den aktiven Streik der Minenarbeiter von Decazville. Dies sind nur zwei Daten von vielen. Wir fanden sie auf transparenten der Bauern bei der Kundgebung am 26. März.

Am 15. März 1975 kam es in ganz Frankreich zu Solidaritätsdemonstrationen für den Larzac. Besonders im Süden gab es dabei heftige Kämpfe mit der CRS. Die Kathedrale von Montpellier

NACHRICHTEN AUS BARCELONA



Ich war in die Schweiz gefahren, um auszuspannen und die Genossen von früher wieder zu sehen. Ein paar Tage früher hatten sich ehemalige Kollegen gefragt, ob ich jetzt nicht um eine Professur an der Gesamthochschule ... wo sie jetzt sind, bewerben wollte. Allerdings wären meine Chancen gering. Abends sprach ich mit Jochem darüber. An der Grenze hatte ich sein Passfoto gemacht, es stammte noch aus der Zeit, wo er Büroangestellter war, mit kurzen Haaren und so. Jetzt fallen sie ihm auf die Schultern, er studiert irgendwas und kriegt vom Staat Geld dafür. Einmal sagte er mir, er habe lang genug für den Staat gearbeitet, jetzt wolle er so lang wie möglich von ihm leben. Später werde man sehen, irgend etwas werde sich schon finden.

Sonntag mittag war ich am Aufwachen, als Pete hereinkam. Pedro habe angerufen, es seien zwei Genossen von der SEAT da, man müsse die irgendwohin fahren, es müße. Ich warf noch ein Frühstück ein und wir fuhren los. Pedro selbst kommt irgendwas aus Barcelona er arbeitet seit Jahren in einem als unbedeutend angesehenen Betrieb, er macht bei so einer christlichen Jugendberufshilfsorganisation mit, die hatten gerade ein Treffen, da wollte er hin um eine Diskussion über die Kämpfe bei SEAT zu veranstalten. Sie waren bei Rakai dahinter einem Metallarbeiter, der früher in der Gruppe war, wo ich mitmachte. Jetzt ist er bei den Ultra-leninisten von der FRAP, aber wir kennen uns zu gut, um uns nicht weiter zu respektieren. Der eine Typ von SEAT, Mario und ich setzen uns zu Jochem ins Auto. Mario arbeitet in einer chemischen Fabrik, sie war früher auch bei einem Christen, ist dann ausgestiegen. Jetzt macht sie als Individuum in einem Spanierkomitee zur Unterstützung der Kämpfe dabei mit. Ich war hungrig und müde, aber ich mußte gleich mit Fragen beginnen. Ich hatte gerne eine Tonbandaufnahme gemacht, aber es ging nicht. So fuhren wir am Bienensee vorbei in den Jura und radelten

fortzigtausend Arbeitern. Weißt Du, da waren Transparente in der Fabrik, rote Fahnen, wir haben Spanisch geredet, es wurde überetzt, aber die haben uns auch so verstanden. Die Arbeiter da sind wunderbar, die interessieren sich für den Sturz des Franco-Regimes mehr als die Spanier. Und die Gewerkschaft ist auch phantastisch, die haben sehr gute Leute. Dann machten wir Pressenkonferenzen, versuchten Solidarität zu organisieren. Es wurde der Vor-

schlag gemacht, daß alle FIAT-Beschäftigten eine Stunde im Monat für die Entlassenen bei SEAT zur Verfügung stellen. Das sind zweihunderttausend Leute, das wäre wunderbar. ... Dann ist da noch etwas: die Multinationalen Konzerne. Verstehst Du, wenn die bei FIAT streiken, dann kommen sie doch bei SEAT und lassen Überstunden fahren und so stußt der Streik ins Leere. Da haben wir denn in Turin auch darüber geredet, daß man sich organisieren muß, um so etwas zu verhindern."

Massendemoskrate

Losgegangen war es, als wegen einem Streik in einer kleinen Fabrik einige Genossen verhaftet wurde, da gab es bei SEAT eine Solidaritätsbewegung, und daraus entwickelte sich eine Plattform für einen neuen Vertrag, Lohnerhöhungen, 40-Stundenwoche, ein Monat Urlaub, Herabsetzung des Rentenalters u.a.

"Im Dezember 74 ging es dann los. Eine Abteilung beginnt zu streiken, und sie reist die anderen mit. Dann machen wir Versammlungen, da kommen Tausende von Leuten. Man konnte sich gar nicht hören, also kauften wir ein Megaphon, es wurde in die Fabrik gebracht, damit ging es dann. Das ganze Forderungsprogramm wurde diskutiert und beschlossen, es wurde eine Vertretung gewählt, die darüber verhandeln sollte. Da waren 15.000 Leute und es wurde gewählt: Abteilung X: Ich schlage den und den vor." Juchhe!

Bullen kommen, da mußten wir abhauen, die schreien ... "Ein anderer mal war eine riesige Demo, fünfzigtausend Leute, da war die Mehrheit Studenten, aber das war ein großer Platz, und rundherum standen die SEAT-Arbeiter, zu tausenden, im Blau. ... "Ich finde, in Italien ist das Verhältnis von Arbeitern und Studenten nicht so gut wie bei uns, die Arbeit hier finden irgendwie, was die Studenten machen, ist zwar in Ordnung, gehen sie aber nicht viel an."

Die ETA

"Die ETA? Also Du mußt unterscheiden, die ETA VI, das sind praktisch Trotzlisten, die Terroristen, sind die von der ETA V. Das ist, weil sie sich auf dem Rücken oder sechsten Kongreß gespalten haben, oder so ähnlich." Der von SEAT erzählt weißt: "Die ETA-Genossen sind für die Bullen Feind. Die werden nicht mehr verhaftet, die werden erschossen. Aber die Genossen schäßen zurück. Und jeder Bulle, der tot ist, ist eine Ermordung für die Leute in Spanien. Nein, nicht nur im Baskenland. Sicher, die ETA ist für die Basken wichtig, die kämpfen um ihre Unabhängigkeit, darum ist die ETA auch wichtig. ... "Aber reduziert sich die Bedeutung der ETA darauf, daß sie den Zeitpunkt bestimmen können zu dem Franco stirbt? Ich meine: früher machten sie doch Aktionen, die hingen mit den Massenkämpfen direkt zusammen, als etwa Huarte verhaftet wurde, um die Wiedereinstellung der Streikführer zu erzwingen, die er entlassen hatte. Aber jetzt kämpfen sie um nichts Überleben?" "Nein, nein, so kann es! Du das nicht sagen. Erstens geht Franco nie aus, das ist nicht wie bei Carrero Blanco. Sicher, das Attentat auf Carrero Blanco war eine gute Sache, und setzt ist die ETA in der Defensive, aber was willst Du: die verlangen Unabhängigkeit, stattdessen sind sie ein militärisch besetztes Land, Ausnahmezustand, Folter, bis zur physischen Vernichtung."

PROHIBIDO FUMAR CARTELES
ART. 605 (PROHIBICION DE FUMAR)
- prohibido fumar en la calle

VIVA LA LUCHA DE SEAT
MANANA A LA LUCHA en la...

Entlassene

"Der letzte Streik war der beste, den wir je gemacht haben, aber die Repression hat ungeheuer zugeschlagen. Fünfhundert Leute haben sie entlassen, wir zwei gehören auch dazu. Etwas wurden verhaftet, ein Dutzend gefoltert. Du bekommst kein Arbeitslosgeld, wenn Du wegen sowas gefeuert wirst und dann den Prozess verlierst. Und das ging noch, aber sie machen schwarze Listen: Du suchst Arbeit, meldest Dich, alles prima, jedermann ist freundlich, rufen sie morgen nochmal an, so, so tut uns leid, nein, leider ist nichts mehr frei - und das passiert dir zehn, zwölf, zwanzig mal."

"Habt ihr nicht Angst, jetzt, an der Grenze? Ihr wart doch in Italien, seid da öffentlich aufgetreten ...?" "Angst schon, aber man muß hart sein. Wir haben diese Raize diskutiert, wir wußten, daß es ein Risiko ist, aber wir fanden es richtig, zu gehen."

"Wer hat die Reise diskutiert?" "Die Entlassenen, wir haben eine Versammlung gemacht. Das mußte natürlich ziemlich klandestin sein, darum waren da nur relativ wenige, die politisch bewußten, zuverlässigen. Nein, nicht alle von derselben Organisation, auch unorganisierte, etwa vierzig Leute. Es gab auch Differenzen, eine Minderheit fand, man müsse unseren Kampf nur über radikal darstellen. Natürlich hatten wir die Sache lieber in der Fabrik diskutiert, eine große Versammlung angesetzt, aber das ging nicht."

"Treffen sich die Entlassenen oft?" "Oh ja, wir machten jeden Tag Treffen in den verschiedenen Stadtteilen, wo Entlassene lebten, und einmal in der Woche trafen wir uns alle zusammen."

"Weißt Du, ich frage, weil sie bei uns in einer Fabrik auch gegenwärtig rund fünfhundert Leute zusammenrufen wollen, und da ist die Frage, wie man sich weiter organisiert." "Wir haben dauernd etwas gemacht: Protestresolutionen, eine Kirche oder sowas besetzen, mit dem Bischof verhandeln, Geld sammeln, sich gegenseitig helfen, dauernd. Es ist natürlich unpraktisch, Du mußt die Leute an irgendwelche Orte haben, und dort ist dann einer, der weiß, wo man sich wirklich trifft, irgendwo auf freiem Feld. Es kommen alle zusammen, und man geht wieder wandern hin. Viele haben Angst, aber so hundert, zweihundert Leute kommen schon. Und wenn man laut redet, da tut ja niemand sonst, versteht man sich schon."

"Einmal haben uns die Bullen erwischt, entweder es war Zufall, oder sie hatten einen Spitzel, den sie folgen konnten. Wir sind weggegangen, aber sie haben mehrer von uns festgenommen. Darauf haben die bei SEAT gestreikt, es gab Proteste, es sind alle wieder freigelassen."

Besuch in Turin

"Die italienischen Gewerkschaften haben uns eingeladen, wir sollten in Italien über SEAT berichten. Es war überwältigend. Wir haben jeden Tag bei FIAT Versammlungen gemacht, je, in der Fabrik, während der Arbeitszeit. Die können pro Monat eine bestimmte Zeit für Versammlungen verwenden, das wird bezahlt. Wir haben rund vierzig Versammlungen gemacht, insgesamt mit vielleicht

der ist in Ordnung. Applaus, Hände in der Luft: gewählt - und so weiter 110 Mal."

"Die Geschäftsleitung hat es aber abgelehnt, mit denen zu verhandeln, das hat nicht geklappt. ... "Du, bei FORD in Köln haben die Töden etwas ähnliches gemacht, die haben in eine Versammlung in der Fabrik Forderungen beschlossen und eine Streikleitung gewählt, aber die Geschäftsleitung hat sich geweigert, mit denen zu verhandeln. Vielleicht haben die Töden da einen Fehler gemacht: In Deutschland gibt es ja halbwegs demokratische Gewerkschaften und eine offizielle Vertretung der Arbeiter, den Betriebsrat. Die hätten versuchen können, den Betriebsrat zu erweitern und die Leute, die sie da wählen, und so verhandeln. Ich glaube, bei LIP in Frankreich ist es ein bißchen so gelaufen, daß also gewerkschaftliche Organe geöffnet, erweitert wurden und dadurch, wenn Du so willst, auch übersteuert wurden. ... "Das ist interessant! Bei uns hat nämlich die Geschäftsleitung dann gesagt, wir verhandeln nur mit den Vertretern der offiziellen Gewerkschaft - sie ist in Spanien fast nicht existent - und ja auch die Kapazitäten selbst Mitg. oder die Arbeiter haben diesen Vorschlag abgelehnt, aber dann begann eine Diskussion, über mehrere Tage hinweg, mit der Zeit war es halb halb, und dann haben wir gesagt: OK, wenn's anders nicht geht, wir können es ja mal versuchen. Aber da hat dann die Geschäftsleitung plötzlich abgelehnt."

"Wie sieht das Verhältnis zwischen den verschiedenen politischen Organisationen aus?" "Also eine Teilung war das sehr schlimm, da konnten Du die Leute nicht an denselben Tisch kriegen. Aber jetzt ist es schon anders, die Leute spielen, das Einheit wichtig ist, viele schließen sich der Kommunistischen Partei an, Gruppen wie Bandera Roja, Trotzlisten, Sozialisten. Und es gibt einen gewissen Respekt voreinander, es gibt Versammlungen, wo alle dabei sind. Und es wird ungeheuer viel diskutiert, als Vietnam befreit wurde, das war für die Leute richtig ermutigend, über Portugal wird diskutiert, ja, auch über Chile."

Die Studenten

"Und wie sind die Studenten organisiert?" "Sehr gut. Die haben Versammlungen gemacht, wo sie uns fragten, als wir erzählen konnten, was bei SEAT los ist. Wir sind hingegangen, es gab eine Gruppe, um uns vor Verhaftungen zu schützen, die Versammlung war durch Streikposten abgesichert. Die koordinieren sich auch sehr gut: Barcelona, Madrid, Bilbao, Valencia usw. ... da wird gleiches rig gestreikt für ihre Forderungen, Reformen des Ausbildungswesens, gegen die Repression ... Welche Gruppen gibt es da?" "Die KP ist am stärksten. Auch da gibt es einen Ärmel. Ich habe an der Universität die Sprüche an der Wand gesehen, die sind von verschiedenen Gruppen, aber sie überdecken sich nie. ... "Und wie kriegen die Studenten Kontakt mit Euch?" "Sie fragen uns halt." "Es gibt gemeinsame Demonstrationen?" "Oh ja, die haben zum Beispiel den Bullenfunk mit, da kriegen sie mit, daß die Bullen gegen eine Arbeit tendenz vorgehen wollen. So können sie einmal direkt aus einer Versammlung zu uns, wir waren siebentausend Leute, etwa viertausend Arbeiter. Natürlich nur kurz, die

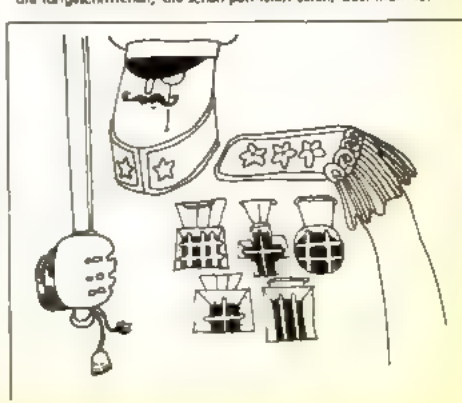
"Der Frankismus hat keinen Ausweg mehr. Er ist nicht mehr fähig, Reformen durchzuführen, er wird an allen Fronten bedrängt. Nimm die Frage der gewählten Streikleitung: bei SEAT haben sie das abgelehnt. Dafür haben die Theoretiker, die intellektuellen gestreikt, die hat auch eine Streikleitung gewählt, und der Staat mußte mit ihnen verhandeln. Die Regierung hat echt keinen Spielraum mehr, und da verachteten sie dann einfach die Repression. Aber auch damit können sie die Bewegung nicht in die Knie zwingen. Du siehst es ja."

Ein anderer, später: "Am Tag, als der Ausnahmezustand im Baskenland erklärt wurde, hat die ETA einen Fernsehfilm in die Luft gesprengt, und jetzt haben sie ein Kommuniqué gemacht: durch die faktische Herstellung des Kriegszustandes sehen sie sich gezwungen, mit dem Aufbau eines Volkshauses zu beginnen."

"Und das neue Streikgesetz, ist das keine Reform?" "Sicher, es ist ein Sieg, ein kleiner Schritt vorwärts. Aber es ist doch total ungenügend. Ein Streik wird erst erlaubt, wenn sechzig Prozent der Belegschaft dafür sind, wenn es kein Solidaritätsstreik und politischer Streik ist - das ist doch nichts!"

Zum Streik

Wir kamen zu einem Haus mit Garten, das der Kirche gehört. Im Garten lagen in kleinen Gruppen etwa vierzig Spanier herum, sie diskutierten über Sexualität, Schwulheit, Jungfräulichkeit. Pedro wollte alle in einen Saal holen, um zu diskutieren. Aber der Pfaffe und so ein Obermaier waren dagegen. Die SEAT, das sei etwas für die fortgeschrittenen, die schon politisiert seien, aber nicht für



Wij blijven hier wonen

"Wir bleiben hier wohnen" ... sagen die Bewohner des Amsterdamer Stadtteils Nieuwmarkt und kämpfen um die Erhaltung ihrer Häuser ...

Der Nieuwmarkt ist ein schönes altes Viertel im östlichen Zentrum von Amsterdam (zwischen dem Puifvortel und dem Einkaufszentrum). Während der französischen Revolution stand da die Guillotine; im Dritten Reich war es das Judenghetto; "Zutritt für Wehrmachtangehörige verboten - Der Stadtkommandant". Dann kam der Malloch "moderne Industriegesellschaft" und sprach progressiv von Sanieren, Modernisieren, von neuen Arbeitsplatz (Bürohochhäusern) und schnellen Verbindungen zu den Satellitenstädten, d.h. Betonzellen à la Märkisches Viertel.

Dafür soll die Metro gebaut werden

Wenn sie gebaut wird, müssen dafür ca. 500 Wohnungen im Nieuwmarkt abgerissen werden. Noch mehr Menschen werden von ihren alten Wohnungen im Zentrum, wo Arbeiten, Wohnen, sich Erholen in erreichbarer Nähe lag, in die Schlafstädte deportiert. Die Metro treibt die Aufteilung der Stadt in Funktionsbereiche noch weiter voran: sie dient nur dazu, Menschenmassen vom Wohnplatz zum Arbeitsplatz und zurück zu transportieren; sie erfordert, um rentabel zu sein, notwendigerweise die Ansiedlung weiterer Schlafstädte entlang der Metrolinie. Aber sie schafft keine Verbindung innerhalb der einzelnen Schlafstadt, so daß z.B. die Leute sich leichter und öfter besuchen könnten. Alternativ zur Metro wären Schnellstraßenbahnen - wenn der Stadtkern für Autos gesperrt würde, wären sie schneller, billiger und flexibler. Deshalb haben die Genossen die Parole ausgegeben: "Rettet unsere Stadt - beginnt mit dem Nieuwmarkt!"

Das Stadtparlament gab sich sozial-fortschrittlich, und so wurde 1968 das Projekt Stadtbahn zugunsten des Massenverkehrs mittels Metro fallengelassen.

Wer soll das bezahlen?

Schon bei der Planung der Metro, die von Bijlmer, einer riesigen neuen Schlafstadt aus zunächst bis zum Waterloo-Platz führen sollte, wurde Protest laut. Gruppen von betroffenen Anwohnern trafen sich zusammen und versuchten, in der Abgeordnetenversammlung der Stadt alternative Vorschläge zur Diskussion zu bringen. Jedoch gab es bei der Baugenehmigung der einzelnen Abschnitte zwischen 72 und 75 keine nennenswerten Gegenstimmen in diesem Gremium, auch KP-Vertreter und Pazifisten stimmten zu, weil der U-Bahn-Bau Arbeitsplätze für die hohe Zahl der niederländischen Arbeitslosen schaffen würde. Nach heute argumentieren sie so, obwohl jedermann weiß, daß der U-Bahn Bau von deutschen Firmen mit deutschen Facharbeitern durchgeführt wird.

Heute ist die Metro im wesentlichen schon fertig, - eben bis zum Waterloo-Platz (Flohmarkt).

Der Höhepunkt der Auseinandersetzung um den U-Bahn Bau macht sich jedoch am Plan der Stadt fest, eine Verbindung zwischen Waterloo-Platz und Zentralbahnhof herzustellen, d.h. die U-Bahn Linie quer durch den Altstadtkern fortzuführen, was den Abriss des gesamten Amsterdamer Altstadtkerns bedeutet. Die Stadt ist der Eigentümer des gesamten Gebiets, was aus kleinen Gäßchen und Grotchen und alten kleinen Häusern besteht. Sie hatte seit 5 - 10 Jahren dieses Gebiet verslummen lassen, bis die Studenten zunehmend dorthin zogen und in die Häuser gingen. Ob sie die Häuser gemietet oder gekocht (besetzt) hatten, sie investierten viel Geld und Arbeit, um sie zu renovieren und um in diesem Gebiet Grünanlagen und Kinderspielflächen anzulegen. Ihr Widerstand gilt aber hauptsächlich dem ihrer Meinung nach unnötigen U - Bahn Bau und erst in zweiter Linie der drohenden Zerstörung der Wohngebiete und des Altstadtkerns. Sie sagen, man braucht diese unnötige teure Verbindung zwischen Zentralbahnhof und Waterloo-Platz nicht durch den wässrigen und sandigen Untergrund des Altstadtkerns, weil der Waterloo-Platz ein zentraler Platz ist und außerdem leicht zu Fuß oder mit Bussen vom Zentralbahnhof aus zu erreichen ist, sie kämpfen gegen diesen, ihrer Meinung nach von Prestigegedanken motivierten Plan der Stadt.

Um den letzten Bauabschnitt realisieren zu können, versuchen die Amsterdamer Behörden schon lange, den Räumungstief gegen die Bewohner des Altstadtkerns durchzusetzen. Da er in Holland immer nur gegen die tatsächlich in einem Haus Wohnenden vollstreckt werden kann, war es lange Zeit möglich, durch Bewohnerwechsel die juristische Bürokratie zu unterlaufen und die Räume noch hinauszuziehen.

Vor mehr als einem Jahr standen die Häuserblöcke, die jetzt geräumt wurden, fast leer. Nur ein paar ältere Leute, die noch Verträge hatten, und wenige Besitzer lebten noch in dem halb zerstörten Viertel. Die Bewohner der billigen Wohnungen waren alle weggekündigt worden. Um den Bewohnern den Auszug schmerzhafter zu machen, hatte ein KP-Stadtkomitee sich kämpferisch für die Bereitstellung von Sozialwohnungen z.T. in anderen Abrissvierteln und die Erhöhung der Sanierungsprämie von 600 auf 3500 Gulden (1960 - heute) eingesetzt. Dann begann die organisierte Besetzung. Die zugewanderten Fenster wurden geöffnet, Fußboden geputzt, Leitungen installiert, das Dach neu gedeckt - es entstand die Aktiengruppe Nieuwmarkt. Immer neue Grüppchen und Individuen kamen dazu. Eine

Distributionsgruppe hatte eine Liste der leerstehenden Wohnungen. Dieses Komitee führte auch Gespräche mit Wohnungssuchenden, so daß nur wirklich Entschlossene einzogen. Die Gruppe hat inzwischen beachtliche Fähigkeiten im Häuser-Instandsetzen und -Besetzen entwickelt. Weil sie alles Geld in die Renovierungen stecken, zahlen sie natürlich auch keine Miete.

Am 12. Dezember sollte eines der Häuser im Block abgerissen werden. Die Genossen hatten es rechtzeitig beschriftet: auf der Hauswand prangte ein bekanntes antisemitisches Gedicht von einem holländischen Nationaldichter aus dem 2. Weltkrieg: "Ein Volk, das vor dem Tyrannen weicht, wird nie mehr aufrecht gehen ... wir müssen kämpfen und leiden, hier und jetzt!" Die Kulturkritiker fanden das völlig aus dem Zusammenhang gerissen! Als alte Bewohner gegangen waren, wollten es die Genossen besetzen, doch die früheren Bewohner intervenierten: "Wir wollen, das unsere Kinder es besetzen!" Die Genossen warteten also ab. Aber statt der Besitzer kamen Bauarbeiter, eskortiert von ca. 20 Bullen. Die Genossen waren schnell über das Dach ins Haus eingestiegen und deuteten den Bauarbeitern die Gesundheitsschädlichkeit ihrer Arbeit an. Ängstlich verließen diese das Haus, um nach 2 Stunden mit 300 Bullen wiederkommen, gemäß der Parole: Der Staat ist mein Herr! Die inzwischen aufgebauten Barrikaden wurden weggeräumt, Stock für Stock errichtet und demoliert. Zum Schluß saßen die Genossen auf dem Dach - dorthin konnten die Bullen nicht folgen. Sie waren eingeschlossen, passiv Widerstand zu leisten. Dann aber fiel ein Dachziegel herunter, der seine Wirkung nicht verfehlte. Der Beispiel machte Schule und nach 2 Stunden zogen es die Bullen vor, zu verschwinden. Innerhalb von 14 Tagen war das Haus von der Gruppe Nieuwmarkt bewohnbar gemacht.

Im Dezember sollten zur Vorbereitung des Metrabaus Bäume gefällt werden. Um 7.00 Uhr morgens hatten sich einige Aktivisten auf den Bäumen festgebunden. Die Arbeiter schnitten unter Polizeischutz die Äste rings um die Leute ab. Bis 15.00 Uhr war es möglich, wie auf weißer Schicht auf den Bäumen zu machen, dann umzingelten die Bullen die Bäume und zwangen die Festgebundenen zur Aufgabe. Diese Aktion weckte viel Sympathie in der Bevölkerung. Als im Januar wieder Bäume gefällt werden sollten, riegelte die Polizei vorzeitig schon in der Nacht die ganze Gasse ab. Obwohl die Amsterdamer in Straßenschlachten unerfahren sind, landete ein Polizist im Krankenhaus.



Räumung!

Um 3 Uhr morgens am Montag, dem 24. März, unternahm die Polizei mit Abbruchkolonnen einen Überraschungsangriff auf die ersten beiden betroffenen Häuser. Gepanzerte Fahrzeuge drückten die Barrikaden an Türen und Fenstern ein, Polizei holte die Bewohner heraus, die noch vorhandenen persönlichen Gegenstände und Möbel wurden abtransportiert und nach einer Stunde begann der Abruch der Häuser. Die Studenten, die nur als diese Stadtreinigungsinitiative organisiert sind, hatten schon vorher einen telefonischen Rundruf organisiert, der auch sofort einsetzte und

bis 9.00 Uhr ca. 1000 Menschen auf dem Trümmergrundstück in unmittelbarer Nähe der Abbruchhäuser versammelte. Die Polizei sperrte das gesamte Viertel hermetisch ab, was mit wenigen Polizisten in den engen Gäßchen und auf den Brücken und drei Wasserwerfern auf den großen Straßen auch vollständig gelang. Der sorgendliche Berufsverkehr brach zusammen. Ziel der studentischen Aktion war es, die Absperrungen zu durchbrechen und die Abbruchkolonne in ihrer Arbeit zu behindern. Während der einzelnen Angriffe fliegen vor allem Farbbeutel und Eier gegen die Wasserwerfer und Polizisten auf dem Trümmergrundstück und auf den kleinen Brücken. Steine waren ihnen zu gefährlich, weil sie zu leicht die Genossen in den vorderen Reihen treffen konnten. Man kann in Amsterdam keine breite Front an den die Polizei bilden, wegen der Enge der Straßen und Brücken, nur kleinen Stoßgruppen, aber die Polizei hat bei einem Straßenkampf leichter Spiel sich zu schützen und Absperrungen aufrecht zu erhalten. Die Polizei antwortete auf die Durchbruchversuche mit Wasserwerfer Einsatz, Tränengas und Nebelkerzen. Bei den Aktionen am Vormittag wurden auch andere zentrale Plätze in Amsterdam besetzt und der Verkehr blockiert, um die Polizei abzulenken, was aber nur teilweise gelang. Bis zum Mittag hatte sich die Menge mehr als verdoppelt. Demonstrationen aus Amsterdam und anderen Städten Hollands (Rotterdam, Amheim) waren hinzugekommen und 700 Polizisten waren voll im Einsatz. Die jeweiligen Offensiven wurden von einzelnen Genossen mit Flakettüren organisiert. Auch wurde bald klar, daß sich Zivilpolizei unter die Demonstranten gemischt hatte, die eine führende Rolle in einigen Gruppen von Demonstranten übernahmen, selbst die Polizei angriffen und mit Steinen bewarfen, um einen Einsatz zu provozieren, bei dem sie dann selber die Verhaftungen ihrer Nebenbühnen vornehmen konnten. Die Verhafteten wurden aber - wahrscheinlich aus Platzmangel im Polizeirevier meistens gleich wieder freigelassen. Gegen 3 Uhr löste man sich an dieser Stelle des Stadtviertels in kleinen Gruppen auf, um sich etwas weiter entfernt auf einer breiten Straße wieder zu treffen. Hier sollte der Durchbruch der Absperrungen besser gelingen. Die Polizei hatte nachgezogen und es fanden heftige Auseinandersetzungen statt, bei denen ein Wasserwerfer außer Funktion gesetzt wurde und über 20 Polizisten verletzt wurden.

Zu den Auseinandersetzungen nahm die Presse nicht eindeutig Stellung, durchweg verurteilte sie Demonstranten und Polizeieinsatz gleichzeitig. Nur die Zeitung der KP nahm eindeutig

Position gegen die Demonstranten ein, wegen der Militanz der Auseinandersetzung einerseits und ihrer Haltung zum U-Bahn Bau andererseits, die ungebrochene als die der bürgerlich - liberalen Öffentlichkeit auf eine Befürwortung des Projekts hinausläuft.

Wer macht mit?

Die Aktiengruppe Nieuwmarkt setzt sich zusammen aus einem breiten Spektrum von aktiven Genossen. Einige stammen aus dem

einmaligen KP-Komitee, andere aus Betriebskomiteen, K-Gruppen, aus der Flipper-Szene, die älteren stammen aus dem antifaschistischen Widerstand, aus der rätekommunistischen und der anarchistischen Tradition. Die Aktionsgruppe Nieuwmarkt knüpft an verschiedene Bewegungen der letzten Jahren in Amsterdam an, beispielsweise die Bewegung: "Autofreie Stadt - Ich bin mit dabei!" Letzten Sommer fand eine Demonstration gegen die Stadt-Entwicklungsplanung statt, die von mehr als 40 Stadtteilgruppen und -komitees organisiert war. 8000 Leute beteiligten sich, darunter Bauern mit Traktoren, sie protestierten gegen den geplanten Bau einer neuen Schlafstadtung.

Nicht beteiligten hat sich die niederländische KP, die CPN; sie setzt sich ein für die Metro, für ein "modernes" Amsterdam. Nachdem ihr Komitee für Erhöhung der Sanierungsprämien durch den Austritt vieler Genossen (die später in die Aktionsgruppe gingen) kaputt war, verloren sie zunächst jegliche Basis im Nieuwmarkt. Seit einigen Monaten hat sich eine neue KP-Gruppe von 10-20 Mann gegründet, deren Aufgabe offensichtlich hauptsächlich im Zerstören der Aktionsgruppe besteht. Auf jeder Versammlung mischen sich ihre Rhetoriker unter die Leute, um Verwirrung zu stiften. Sie diffamieren die Gruppe und werfen ihr vor, sie seien keine Bewohner, sondern Besetzer. Klassenkampf-fisch werfen sie den Besetzern vor, sie wollten die Metro- und Abbrucharbeiter arbeitslos machen. Mittlerweile organisiert die KP in der Schlafstadt Blijmer eine Bürgerinitiative für den schnellen Aufbau der Metro. Auf jeden Fall hat die KP erreicht, daß "Kommunist" im Nieuwmarkt zum Schimpfwort geworden ist.

Gegenmacht!

Die Aktionsgruppe hatte es geschafft, nach außen hin relativ offene Strukturen zu entwickeln: vor dem besetzten Altstadtviertel hängt eine Tafel aus, auf der die neuesten Nachrichten zu lesen sind. Es gibt einen telefonischen Anrufbeantworter, den jeder anrufen kann, der wissen will, was los ist. Es gibt ein eigenes Radio "Mokum", das jeden Sonntag 20 Minuten lang das "Neueste vom Nieuwmarkt" sendet und jeden Donnerstag fünf Minuten in einem legalen Sender. Es gibt ein festes Drucker-kollektiv, das viele sehr einprägsame Plakate herausbringt. Es gibt ein Café, wo man halt so vorbeigehen und schwärzen kann. Es gibt eine alte Schmiede, wo Filme gezeigt und Versammlungen gemacht werden. Es gibt eine dicke Kneipe an der Ecke - der Wirt ist Allgemein nach aus der Zeit des antifaschistischen Widerstands. Dort trifft sich abends die ganze Szene, Studenten, Seeleute, Alkoholiker, ein paar Arbeiter. Diese älteren Leute spielen eine wichtige Rolle: sie können viel besser als die jungen Studenten mit den älteren Bewohnern des Viertels reden, an alte Erfahrungen erinnern. Die Genossen haben sich also eine Reihe von recht gut funktionierenden Einrichtungen geschaffen, die es ermöglichen, sehr viele Menschen zumindest auf der Ebene von Agitation und Propaganda mit einzubeziehen.

Mittlerweile hat die Stadt eine wirkungsvolle Gegenoffensive gestartet. Sie hat öffentlich allen legalen Bewohnern des betroffenen Viertels neuen, gleichwertigen Ersatzwohnraum zugesichert. Viele verließen daraufhin die Altstadt, die Studenten waren isoliert. Deshalb wurde die große Widerstandskaktion gegen die geplante Räumung weiterer Häuser am 12. April abgeblasen.



Bullen - überall dieselben Typen...



... prügeln die Politessen gibt's bei uns aber noch nicht!



... zum Glück gibt es auch überall Genossen, die sich wehren!

Arbeitslosenbrochure u.a. pol. Texte ... oder:

und sind wir jetzt auch
ARBEITSLOS

das Problem, sie loszuwerden.

Am Beispiel der Arbeitslosenbrochure kann man ein paar Voraussetzungen klar machen, die es braucht, damit wichtige politische Texte und Broschüren nicht nur produziert, sondern auch unter die Leute, die sie erreichen sollen, gebracht werden können. Bei der Arbeitslosenbrochure sind folgende Sachen schief gelaufen:

1. Hieß es in der WWA, man bekomme sie gegen 1,50 DM in Briefmarken von der Karl-Morx-Buchhandlung zugeschickt. Der Preis war falsch und an die Portokosten hat auch keiner gedacht.
2. Die reinen Druck- und Papierkosten pro Stück betragen 2,40 DM. Das ist viel, aber billiger gehts nur bei höheren Auflagen, wie sie zum Beispiel Rowohl und Fischer haben, aber auch die sind anders kalkuliert. Darauf kommen jetzt 50% Vertriebskosten, also ist der Endpreis 4,80 DM. Da sind 20% Vertriebskosten (bei Sava, Proflitz, Maulwurf oder Sportplatz) und 30% Rabatt an die Buchhandlungen. Wer glaubt, daß sei zuviel, sollte sich mal klar machen, daß die linken Buchhandlungen nur deshalb existieren können, weil die Genossen, die dort arbeiten sich selbst ausbeuten, dadurch, daß sie durch unbezahlte Arbeit den Laden über Wasser halten. Rentabel wird nämlich ein Laden erst wenn er eine Größenordnung wie Montanov hat, die damit ihren Reibach machen, daß sie wenige Titel einkaufen, die in großen Mengen und dafür von den bürgerlichen Verlagen 45 - 50% bekommen.

Sortimentsbuchhandel mit vielen kleinen Titeln lohnt sich nicht, steht auch auf der Abschuliste. Wohin die Tendenz geht, sieht man in den USA. Es gibt nur Krimis oder Bestseller am Kiosk oder im Kaufhaus, politische Titel gibts gar nicht, oder von wissenschaftlichen Versandbuchhandlungen in New York für horrend Preise. Das ist der Hintergrund.

Zurück zur Arbeitslosenbrochure: 4,80 DM wäre wie gesagt, realer Endpreis. Vergleichbare Texte (gleiche Seitenzahl, ähnlicher Druck): Opel Buchdruck 4,-; Merve, Ausschuß der Verteidiger 6,80; Pionier Neuß 5,-.

Weils politische Texte sind, kann man versuchen, den Preis zu drücken. Das geht aber nur über unbezahlte Arbeit (die überdies von dem objektiven Standpunkt her unrationell ist). Wenn man die Broschüre einem der linken Vertriebe gibt, kommt das Buch sofort a) In alle linken Buchhandlungen und Buchvertriebe, b) als Möglichkeit auch in bürgerliche Läden. Außerdem gibts bei den Vertrieben Verpackungsmaschinen, geregelten Abrechnungsverkehr und ähnliche Arbeitererleichterungen, die jeder gern hätte, der schon mal Bücher rumgeschickt hat.

Bei der Arbeitslosenbrochure bekommen die Buchhandlungen in Frankfurt, Hannover, Berlin und München welche, die anderen gucken in die Röhre.

Will man die 30% Buchhandelsrabatt kürzen, dann ist das bereits eine bewußte Solidaritätsspende seitens der Buchläden, die da faktisch draufzahlen (Steuern, Betriebskosten und was alles dran hängt). Wenn das aber nicht über die Buchläden läuft, sondern dort die Broschüre zu einem real (schon knapp) kalkulierten Preis verkauft werden, und woanders unten Preis auftauchen, dann ist das ein unterlaufen der Preisbindung, praktisch ein Raubdruck von einem linken Buch und da wird man echt sauer, wenn zum Beispiel

Genossen in den Läden stiefeln und sagen: "Was, das kostet hier ja 5,- DM, ihr seid aber Profilmacher, im Frauenzentrum kriegt ich für die Hälfte 4,-" (so ähnlich wars mal mit dem Frauenkalender). Drum Wenn ihr so ne schöne Broschüre produziert, dann geht zu einem linken Vertrieb und laßt euch den Preis kalkulieren. Ihr spart euch und dem ganzen linken Buchhandel viel Ärger, und das Buch erreicht all die, die es erreichen soll.



chômeurs en paro
desoccupati
insizier
crabajadores en paro
الماطل من العمل



Lektüre für den Urlaub



ohne unsere Kriterien offenzulegen, empfehlen wir - bzw. die lieben Genossen aus der Frankfurter Karl-Marx-Buchhandlung - hier einige Bücher als FERIENLEKTÜRE:

Allgemeines

- Die Wunden der Freiheit - Trikont - (Roman), über die Widerstandsbewegung der Indianer in den USA)
- Bagdanov: Der rote Stern - Heym-Verlag -
- Hettmann: Ich habe sieben Leben - Beltz - (Kinderbuch auch für Erwachsene über das Leben Che Guevaras)
- A. Seghers: Das siebte Kreuz - Luchterhand - (Roman über den Ausbruch eines Genossen aus einem KZ im Rhein-Main-Gebiet)
- Wernitz: Sie kamen aus den Bergen - Basisverlag - (Kinderroman, geschrieben aus der Sicht eines Mädchens über den Verlauf der kubanischen Revolution)
- H. Ball: Katharina Blum - K & W - (Vorsicht: Gibt's auch als Raubdruck)
- Alle Titel aus der Reihe "Literatur der Arbeitswelt" - Fischer
- L. Ronn: Trini - Weissmann - (Erlebnisse eines Indianermädchens während der mexikanischen Revolution)
- J. London: Die eiserne Faser - Weissmann -
- Klassenbuch I bis III - Luchterhand -
- M. Hölz: Vom weißen Kreuz zur roten Fahne - NK-Verlag
- Adams: Dynamit - Trikont - (spannend geschriebene Schilderung der amerikanischen Arbeiterkämpfe bis 1930)
- R. Dutschke: Sowjetunion, Solschenizyn und die westeuropäische Linke - Rowohlt

Bücher für Frauen

- Frauenhandbuch I
- Frauen in der Offensive - Trikont -
- Frauenjournal I und II - Trikont -
- Frauenjahrbuch 75 - Roter Stern -
- C. Brayelle: Die Hälfte des Himmels - Wagenbach -
- S. de Beauvoir: versch. nat. bei Rowohlt
- A. Davis: Autobiografie - Herzer -
- Firestone: Die sexuelle Revolution - Fischer -
- Chesler: Das verrückte Geschlecht - Rowohlt -
- Sherley: Die Potenz der Frau - K & W - (Vorsicht: Die beiden letzten gibt's auch als Raubdruck)

England

- Glyn: Die Profitklemme - Rotbach
- C. Brändel: Klassenkämpfe in England 45-72 - Association
- Mückenberger: Arbeitsrecht und Klassenkampf, der große engl. Dockarbeiterstreik - EVA
- Arbeiterkontrolle und shop-stewards - Kramer
- Fischer: Großbritannien - Athenäum
- Big Flame: 5 months of struggles
- Big Flame Journal No.1
- Bannon: Working for Ford
- In England selbst: macht die Augen auf !!

Spanien

- G. Orwell: Mein Katalonien - Reprint - (ziemlich Toll)
- Brown/Timmer: Revolution und Krieg in S. - Suhrkamp -
- Barrow: Die spanische Revolution - Kramer -
- Santillan/Pelaez: Anarchie und Revolution - Kramer
- Souchy: Nacht über Spanien - Reprint -
- Gerlach u.a.: Die soziale Revolution - Kramer -
- Enzensberger: Der kurze Sommer der Anarchie - Suhrkamp - (Vorsicht: gibt's auch als Raubdruck)
- Bemerit: Klassenkrieg in S. - MAD-Flugschrift -
- Guerin: Anarchismus - Suhrkamp -
- etwas aktueller:
- accion comunista: Für eine revolutionäre Spanien - NK-Verlag
- Tellez: Sobate - Trikont (Roman über die Stadtguerilla in S. in den 50er Jahren)
- Ferienland Spanien - Rowohlt -
- Prokla 13
- Debroy/Gallo/Carrillo: Spanien nach Franco - VSA - (Interviews mit dem KP-Chef Carrillo)

Italien

- Natomico: Die Bankrotter aus der Barriere - Trikont - (Autobiographie, die den Lernprozess eines aus dem Süden kommenden Arbeiters darstellt, der vom KP-Mitglied zum Stadtguerilla wird und geschlappt wird - und auch noch im Knast politische Aktivitäten initiiert - ungeheuer Spannend!!!)
- Solestrini: WIR WOLLEN ALLES - Trikont - (Roman über Herberkämpfe in Turin von 89)
- Tagebuch eines Betriebskampfes - Trikont - (Beschreibung der Kämpfe bei Alfa Romeo von 89)
- Fiat: Arbeiter produzieren die Krise - Trikont - (Über die Aktionen der roten Brigaden bis 72)
- Lotta continua: Bis jetzt haben wir gebittet, jetzt beißen wir! Palisaden/Erl. - (Einschätzung der Kampagne gegen die Abschaffung des Scheidungsrechts 1974)
- Emigrantbriefe - profl - (zweisprachig)
- Silone: Brot und Wein - (Roman über einen im Untergrund lebenden Antifaschisten in den 30er Jahren)
- Tosco: Glauben, gehorchen, kämpfen - (Über die Taktik der Faschisten in den 20er Jahren)
- Boehcke/Hunburg: Wer verändert die Schule? - Rowohlt - (Dokumente zum Schulkampf in Italien der Jahre 69 bis 73)
- In Italien dann: täglich gibt's die Zeitungen von lotta continua, manifesto, avanguardia operaia
- außerdem unregelmäßig: ROSSO und contrainformazione
- und Italiennummer der WWA = Nr. 13 (August 74)

Portugal

- Kritik der politischen Ökonomie, Bd. 3 und 4
- Broschüre des Sozialistischen Büros
- Broschüre des KB-Nord
- ImPreKorr, Portugalnummer
- Ale-Africa: Putsch in Portugal
- Ferreira: Portugiesischer Kolonialismus
- Schilling: Portugals afrikanische Kolonien im Freiheitskampf - Focus-Verlag -
- Klassenkämpfe in Portugal heute - Verlag marxist. Blätter -
- Wiesflecken: P. auf dem Weg zur Demokratie - Röderberg -
- A. Cabral: Die Revolution der Verdammten - Rotbuch -
- N. Poulantzas: Grece, l'Espagne et Portugal - Maspéro -
- Die letzten Nummern des ID
- Und natürlich: besonders die Nummern 16, 18 und die letzten Ausgaben der WWA

Griechenland

- Wallat/Spas: Unser Faschismus nebenan - K & W -
- Richter: Griechenland zwischen Revolution und Konterrevolution - EVA - (über den gr.Bürgerkrieg)
- Eleftheria oder die Reise ins Glück - Fischer - (Erzählung einer Griechin über den Streik bei Pirburg)
- Vassilikos: Z - Rowohlt
- Nikolinos: die verhinderte Demokratie
- Sartre: Griechenland, Weg in den Faschismus
- Argument 57
- Meynaud: Griechenland
- Die Execution des Mythos - Fischer - Texte aus dem griech. Widerstand.

Frankreich

- A. Münster: Der Kampf bei LIP - Rotbuch
- Frauen-LIP - Broschüre - Marve
- Moscow: Aktiver Streik in Frankreich (LIP) - Rowohlt
- Sorrie: Mai 68 und die Folgen - Rowohlt
- Gauche proletarienne: Volkskrieg in Frankreich - Wagenbach
- politiken: Klassenkämpfe in Europa Bd.I
- In Frankreich selbst: täglich LIBERATION - mit Sonderseite für die Ferien und wöchentlich Politique hebdo



Dokumentationen über Jugendzentren

- "und wir werden immer mehr" !
- Berichte und Analysen zum Kampf der Kölner Jugendzentren - enthält außerdem: Probleme beim Verhandeln mit Behörden; was ist Selbstverwaltung? Vereinsgründung? Hausbesetzung und vieles mehr. Erscheint Anfang Juni - erhältlich bei linken Buchläden, JZ-Initiativen oder direkt vom Redaktionskollektiv: Jugendzentren c/a Ben Busch, 5 Köln I, Friesenwall 32-36, Telefon: 249322; Postfachkto. Köln, Nr. 20 1a 89- 5 05 (Bausch)

- Dokumentation über die Entwicklung "Initiative Selbstverwaltetes Jugendzentrum" Wuppertal (deren Arbeit, Auseinandersetzungen, Fehler, Erfolge - die Initiative hat zwei Jahre lang, leider ohne Erfolg, um ein selbstverwaltetes Jugendzentrum gekämpft) - 44 Seiten, Preis DM 3,- (30 % Rabatt für Wiederverkäufer) zu bestellen bei: Arbeiterbuch-Unibuch, 56 Wuppertal, Neue Nordstr. 6 -

Lest und abonniert die

Im Gegensatz zur üblichen "Fachpresse" berichtet die "heut" über die Berufswirklichkeit. Probleme in der 1. u. 2. Kinderstube und im Jugendfreizeitbereich werden nicht isoliert betrachtet, die Probleme der Kollegen, Kinder und Jugendlichen nicht als zufällige. Die "heut" räumt dabei kein Blatt vor den Mund und berichtet nie ohne irgendwo "reins" zu schauen, was nicht seine Grenzen und nicht seine Handlungsfelder. Der Inhalt gestaltet die Leser in der Regel, wie sie sich durch ihre Korrespondenzen daran beteiligen. Die "heut" erscheint monatlich und kostet pro Ausgabe 2,- DM. In der ersten Ausgabe (Juni) zahlen gegen Voranmeldung einer Bescheinigung der Ausbildungsstelle pro Jahrgang nur 3,- DM. Bestellung durch Postkarte an die Heut- und Erklärungsstelle, 1 Bin. 51, Postfach 106 (Laden) alle Zahlungen nur Postbankkonto BLK 95 88 36 - 909 Detlev Tietzsch, in Selbstverlag, Reihe Arbeitsmaterialien zur Weiterentwicklung, in 2. Auflage erschienen: "Indischlossen - Dokumentation Hauptfächer der Elternhausarbeit", "Kollagen berichten aus diesem geschlossenen Rahmenkreis, was Jahre ist, Preis 5,- Die "Arbeitsmaterialien" u. d. "heut" gehören an jede Ausbildungsstelle, wo Schüler u. Studenten ein Interesse an der Berufswirklichkeit haben.



DOKUMENTATION ÜBER STÖRFÄLLE IN KIKWS erschienen

- Von WWA, der Zeitung der Platzbesetzer von Wuhl, Marbachsheim, Kalsenau... gibt es jetzt eine Extra-Ausgabe zu Störfällen in KIKWs in der BRD von 1971 - 74. Das Material ist vorwiegend der Fachpresse entnommen, Besetzerzeitung, 7831 Weisweil, postlagernd.